universität wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Menschliche Sicherheit am Prüfstand – eine Veränderung im Sicherheitsdiskurs oder doch nur leere Worte?“

Verfasserin

Romana Wochner

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 057 390
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung
Betreuerin:	Mag. Dr. Ursula Werther-Pietsch, Privatdozentin

We stress the right of people to live in freedom and dignity,
free from poverty and despair.
We recognize that all individuals, in particular vulnerable people,
are entitled to freedom from fear and freedom from want,
with an equal opportunity
to enjoy all their rights and fully develop their human potential.
(A/RES/60/1 2005: 31)

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 1
1.1 Vorbemerkungen 1
1.2 Gegenstand der Arbeit 2
1.2.1 Thematischer Aufriss 2
1.2.2 Gliederung und Methode 3
1.2.3 Forschungsfragen 4
1.3 Forschungsstandpunkt 6

2 Menschliche Sicherheit als Paradigmenwechsel im Sicherheitsdiskurs? – Ein Erklärungsversuch. 7
2.1 Human Security - Genese und Einführung 7
2.1.1 Kernargumente HDR 1994 – New Dimensions of Human Security 9
2.1.2 Theoretische Ansätze – Schulen – Generationen 10
2.1.3 Aktualität - Was kann Human Security heute bieten? 13
2.1.4 Zwischenconclusio – Paradigmenwechsel 24
2.2 Menschliche Sicherheit im Peacebuilding und Statebuilding 24
2.2.1 Peacebuilding und Statebuilding – eine Einführung 25
2.2.2 Nexus - Statebuilding for Peace 26
2.2.3 Schwachstellen im System - Wie kann Human Security wirken? 29
2.2.4 Zwischenconclusio 35
2.3 Conclusio - Arbeitsdefinition 36

3 Fallbeispiel Kosovo 38
3.1 Einführend 38
3.1.1 Geschichtlicher Hintergrund 38
3.1.2 Internationale Präsenz – ein Überblick 40
3.2 Kosovo 43
3.2.1 Ein funktionierendes Staatswesen? 43
3.2.2 Zwischenconclusio 53
3.3 Menschliche Sicherheit im Kosovo 54
3.3.1 Local Ownership 54
3.3.2 Legitimation der Mission 59

3.3.3 Resilienz und Konsolidierung 62
3.3.4 Zwischenconclusio 65
3.4 Conclusio – Status Quo und Aussichten 66

4 Blickfeld Österreich – emigrierte Kosovarinnen 68
4.1 Einführend 68
4.2 Interviews 70
4.3 Analyseverfahren 73
4.4 atlas.ti 75
4.5 Situationsanalyse 76
4.5.1 Portraits und Atmosphäre 76
4.5.2 Auswertung 78
4.6 Reflexion 90
4.7 Conclusio – Lessons Learned: Menschliche Sicherheit im Alltag 96

5 Conclusio 98

6 Literatur 103

Anhang 111
Abstract Deutsch 111
Abstract English 113

Curriculum Vitae 115

Danksagung

Die Fertigstellung der vorliegenden Diplomarbeit basiert nicht nur auf Selbstdisziplin und vielen Stunden, die lesend und schreibend verbracht wurden. Das Vollenden dieser Abschlussarbeit war insbesondere auf Grund der liebevollen Unterstützung einiger Menschen möglich.

Besonders möchte ich mich bei meiner Diplomarbeitsbetreuerin Ursula Werther-Pietsch bedanken, die von Beginn an dieses Projekt förderte. Während ich rund um die Uhr per Mails Fachwissen und präzisierende Vorschläge einholen konnte, war es gleichzeitig möglich eigene Ideen zu verwirklichen und selbständig zu arbeiten. Das habe ich während des ganzen Prozesses sehr geschätzt.

Irene Stütz danke ich für die Anregungen zur Auswertung der Interviews.

Katharina Menschick danke ich für das umsichtige und gewissenhafte Korrekturlesen.

Roman Müller danke ich dafür, dass mein Computer und ich nach dieser Diplomarbeit in Frieden auseinander gehen.

Der größte Dank gilt meinen Eltern, die meine Ideen und Vorhaben von klein auf sowohl moralisch als auch finanziell unterstützen. Danke, dass ihr im kritischen Denken ein Vorbild seid.
Euch möchte ich diese Arbeit widmen.

Romana Wochner, 22.01.2014

1 Einleitung

Das erste Kapitel deutet in Vorbemerkungen an, welche Themenkreise in der vorliegenden Diplomarbeit behandelt werden. Es folgt eine Auflistung der Forschungsfragen, Gliederung und Methode werden dargelegt.

1.1 Vorbemerkungen

Sicherheit. Dieses Wort stellt den Kernbegriff meiner Arbeit dar. Die bisherige Recherche, sowohl in Literatur als auch in Gesprächen, hat sehr schnell bewusst gemacht, dass man einen Begriff wie diesen nicht erschöpfend erörtern kann. Schon alleine aufgrund der Tatsache, dass sich die Frage nach Sicherheit wohl auch erst dann stellt, wenn man selbst *unsicher* ist. Bisher habe ich diesen Zustand noch kaum erlebt, also wo soll man beginnen, wenn ein Begriff so groß ist und das Wissen so klein? Der erste Schritt um ein Wort näher zu erörtern, ist meist der Blick ins Wörterbuch. Gärtner definiert Sicherheit als „Abwesenheit von [Bedrohung] der erreichten wirtschaftlichen, kulturellen und moralischen Werte“ (Gärtner 2005: 125) und erklärt die gesellschaftliche Sicherheit als „die Ideen und Praktiken, die das Individuum als Mitglied einer sozialen Gruppe verankern.“ (Gärtner 2005: 126) Eine englische Quelle zu Security beschränkt sich auf „freedom from harm or danger, especially from the danger of being robbed, killed, or attacked.“ (Longman 2002: 1012) In dieser Arbeit möchte ich aber weiter greifen und den Begriff Sicherheit im Rahmen des Konzepts der menschlichen Sicherheit näher erörtern. Ob man dabei auf territoriale oder innerstaatliche Sicherheit abstellt, oder doch viel mehr zur Erkenntnis gelangt ist, dass ein individueller Fokus, also der einzelne Mensch als Gegenstand des Konzepts verstanden werden muss, werden die zentralen Punkte in der Diskussion rund um den Begriff der Sicherheit in dieser Arbeit sein.

Kosovo. Eine zur Frage nach der Unabhängigkeit des Kosovos verfasste Seminararbeit hat mein Interesse geweckt, hier weiterzuforschen und den Kosovo als Fallbeispiel für das Konzept der menschlichen Sicherheit heranzuziehen. Zum einen eignet sich dieser junge, fragile Staat um den Praxisgehalt von Theorien auf den Prüfstand zu stellen und zum anderen wollte ich ein Land heranziehen, das sich in geografischer Nähe zu Österreich befindet und für Menschen hierzulande geläufig ist – aufgrund der Gewalteskalation 1998/99 und aufgrund der Menschen dieses Landes, die heute ihren Alltag in Österreich verbringen. Auf den Kosovo bezogen, spielt der Fragilitätsdiskurs eine wichtige Rolle. Insofern drängen sich Fragen auf, wie beispielsweise eine externe Intervention legitimiert wird oder inwiefern die Präsenz von unzähligen externen Akteuren nach wie vor haltbar und Alltag im Kosovo ist. Ob

sich das Konzept der menschlichen Sicherheit bewährt, um Lebensrealitäten tatsächlich zu verbessern, soll anhand des Beispiels Kosovo erörtert werden.

Persönlicher Zugang. Insbesondere bleiben zwei Fragen, auf das Studium der Internationalen Entwicklung bezogen offen. Zum einen habe ich mich mehrfach mit UN-Resolutionen und anderen internationalen Dokumenten beschäftigt. Kurz zusammengefasst, hat mich die Frage, wie diese Instrumente die Welt verbessern könnten, am meisten beschäftigt. Zum anderen habe ich mich immer ein bisschen gewundert, warum man vor den Haustüren sämtlicher Länder kehrt, aber selten vor der eigenen. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir einen Schwerpunktexkurs auf emigrierte Kosovarinnen, die nunmehr Staatsbürgerinnen Österreichs sind, um der Frage nachzugehen inwiefern diese Frauen in Österreich sicher sind.

1.2 Gegenstand der Arbeit

1.2.1 Thematischer Aufriss

Die Schwerpunktsetzung meiner Arbeit knüpft sowohl theoretisch als auch praktisch an die Gegenwart an. Einerseits möchte ich den aktuellen Stand des Konzepts der menschlichen Sicherheit erörtern bzw. derzeitige Debatten aufgreifen und andererseits die Situation des Staates Kosovos rund fünf Jahre nach seiner Unabhängigkeitserklärung beurteilen. Wie Theorie und Praxis ineinander übergreifen und theoretische Konzepte praktisch umgesetzt werden, stellen zentrale Themen dar. Um gegenwärtige Entwicklungen besser abrunden zu können, ist es relevant und notwendig geschichtlich vorzugreifen und die Ursprünge des Konzepts Human Security zu beleuchten sowie zeitlich an 1999 anzuknüpfen, jenem Jahr als am 24. März die elf Wochen dauernden Luftangriffe der Nato begannen, welche einem letzten gescheiterten Verhandlungsversuch mit Milosevic einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, folgten (Feichtinger 2006: 17). Diese, in ihrer rechtlichen Legitimation stark umstrittene, sogenannte *Operation Allied Force* konnte die Kosovo-Krise offensichtlich nicht friedlich beenden. Ganz im Gegenteil, gewalttätiges Vorgehen verstärkte sich. Als das Bombardement im Juni endlich ein Ende nahm, reagierte der UN-Sicherheitsrat rasch und setzte die Resolution 1244 um, welche die Grundlage für eine zivile als auch militärische Intervention darstellte. (vgl. Rossbacher 2004: 55 ff) Manche AutorInnen sprechen diesbezüglich sogar von einer 4. Generation des Peacekeepings, da es ein Novum darstellte auch zivile Aufgaben eines Landes zu übernehmen. In jedem Fall ist die internationale Präsenz im Kosovo schwer zu durchschauen. Rathfelder (2010: 400) bezeichnet dies treffenderweise als „bürokratisches Monstrum."

Im Zuge der Recherche zur jüngeren Geschichte des Staates Kosovo tauchen einige Begriffe auf, die in vielfacher Weise den Bogen zu Human Security spannen. Insbesondere kann man mit der Perspektive einer individuell basierten menschlichen Sicherheit das Individuum ins Blickfeld rücken – zugleich erweist sich der Kosovo im Rahmen eines Fragilitätsdiskurses als Fallbeispiel. Viele Fragen drängen sich auf, die ich im Rahmen dieser Arbeit beantworten möchte, um somit zur Diskussion darüber beizutragen, wie Begriffe wie Intervention, Stabilität, Peacebuilding und Statebuilding im Rahmen des Konzepts der menschlichen Sicherheit neu gedacht werden müssen. Insbesondere ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass diese Begriffe nicht länger als chronologisch aufeinander folgend betrachtet werden, sondern als interdependent und gegenseitig verstärkend verstanden werden müssen (Werther-Pietsch/Ritzer 2012: 76). Grundsätzlich unterliegt der Sicherheitsbegriff per se einer Wandlung; Armut, Menschenrechte, Sicherheit und Entwicklung sollten in einem erweiterten Sicherheitsbegriff verschmelzen, um Herausforderungen im internationalen Recht und auf der nationalen Ebene standzuhalten. Es gilt die Dichotomien zwischen Menschenrechten, Entwicklung, Friede und Sicherheit aufzuheben. (vgl. Werther-Pietsch 2013: 137)

Abseits von einer theoretischen Erörterung soll das Konzept der menschlichen Sicherheit auch in Bezug auf die individuelle Ebene auf den Prüfstand gestellt werden, indem ich der Frage nachgehe inwiefern Menschen im Kosovo *sicher* sind, also einerseits abgesicherte Lebensstandards auf kollektiver Ebene, also im Staatswesen, vorfinden, sowie auf individueller Ebene mit der Erfüllung ihrer Erwartungen rechnen können. Wie es jenen Menschen, insbesondere Frauen, ergeht, die in der Zeitspanne des Kosovo-Kriegs geflohen sind und nun ihren Lebensalltag in Österreich verbringen, gilt das persönliche Interesse.

1.2.2 Gliederung und Methode

Die vorliegende Diplomarbeit gliedert sich in drei Teile. Der erste und theoretische Teil befasst sich mit dem Konzept menschlicher Sicherheit im Allgemeinen, untersucht die Genese von Human Security, erörtert gegenwärtige Auffassungen in akademischer Literatur und beurteilt die aktuelle Tauglichkeit dieses Konzepts. Der Schwerpunkt im theoretischen Teil liegt auf Peacebuilding und Statebuilding. Es wird untersucht, inwiefern menschliche Sicherheit diese Prozesse in eine andere und vielleicht bessere Richtung lenken könnte.

Der zweite Block beschäftigt sich mit dem Fallbeispiel Kosovo und erörtert inwiefern von einem funktionierenden Staatswesen die Rede sein kann. Auf den theoretischen Teil rückgreifend wird untersucht, ob menschliche Sicherheit im Wirken der internationalen

Akteure umgesetzt wird. Dies geschieht an Hand der Prinzipien, Local Ownership, Legitimation, Resilienz und Konsolidierung.

Der dritte und letzte Teil versucht in einem Schwerpunktexkurs auch Österreich auf den Prüfstand zu stellen und beleuchtet die Situation von ehemals aus dem Kosovo emigrierten bzw. geflüchteten Frauen, die nun in Österreich ihren Lebensalltag verbringen. Dabei ist von besonderem Interesse inwiefern diese Frauen in Österreich sicher sind und ein nach ihren Vorstellungen nach gutes und gelingendes Leben führen können.

Die Conclusio beantwortet die Forschungsfragen und zeigt Perspektiven und Aussichten auf.

Vor allem der erste und der zweite Teil basieren weitgehend auf Literaturrecherche. Zudem wurde ein Experteninterview mit Albert Rohan geführt, dessen Erkenntnisse im zweiten Teil in den Text einfließen. Dieses Interview wurde für die Wiener Blätter zur Friedensforschung geführt und erscheint im Dezember 2013. Botschafter Rohan erteilte mir seine Zustimmung, es ebenso für meine Diplomarbeit zu verwenden. In dieser Arbeit wird aus ungekürzter Version zitiert.

Albert Rohan gilt insofern als Experte, weil er über Sonderwissen und exklusives Wissen über politische Prozesse im Kosovo verfügt (vgl. Kruse 2009: 238). Von Interesse war insbesondere seine persönliche Erfahrung und Expertise aus seiner Tätigkeit als Vermittler im Statusprozess.

Die Methode des Experteninterviews ist umstritten. Nach Kruse handelt es sich nicht um eine spezifische Interviewform, sondern stellt eine Variante des Leitfadeninterviews dar. Die Zielgruppe, eben Experten, steht mit ihrem Fachwissen im Vordergrund, sie repräsentieren Handlungs- sowie Sichtweisen einer bestimmten Gruppe (vgl. Kruse 2009: 56). Die Interviewführung orientierte sich an einem strukturierten und ausdifferenzierten Interviewleitfaden (Kruse 2009: 228). Rohans Ausführungen stellen explizit seine Meinung dar und erläutern seine Erfahrung im Kosovo.

Die Theorie zur Methode der Interviewführung und Auswertung der Interviews mit den aus dem Kosovo emigrierten Frauen findet sich im dritten Teil.

1.2.3 Forschungsfragen

Das Konzept der menschlichen Sicherheit inkludiert viele relevante Teilbereiche. Es ist sowohl möglich, sich mit Fragen nach einem funktionierenden Staatswesen zu beschäftigen, als auch das Individuum in den Mittelpunkt zu rücken oder die Frage zu stellen, inwiefern das

Konzept beitragen kann den Lebensalltag tatsächlich zu verbessern. Abseits vom Fallbeispiel Kosovo möchte ich untersuchen, inwiefern menschliche Sicherheit auch in Österreich umgesetzt wird und der Frage nachgehen, ob aus dem Kosovo emigrierte Frauen in Österreich „sicher" sind. Diese Schwerpunktsetzung soll insbesondere aufzeigen, dass man die Grenzen Österreichs nicht verlassen muss, um Aspekte zu finden, die sich im Forschungsbereich der internationalen Entwicklung vertreten lassen.

Der Gliederung dieser Arbeit entsprechend ergeben sich folgende Forschungsfragen:

Theorie: Menschliche Sicherheit

> Inwiefern bewirkt das Konzept der menschlichen Sicherheit eine Veränderung im Sicherheitsdiskurs?
>
> Wie wirkt diese Veränderung auf Peacebuilding und Statebuilding Prozesse?

Status Quo im Kosovo

> Können Menschen im Kosovo abgesicherte Lebensstandards sowohl auf kollektiver als auch individueller Ebene vorfinden?
>
> Welche *Lessons Learned* lassen sich aus dem Fallbeispiel Kosovo für internationale Interventionen ableiten?[1]

Blickfeld Österreich

> Inwiefern sind aus dem Kosovo emigrierte Frauen in Österreich sicher und können mit der Erfüllung ihrer Erwartungen rechnen?

Im Rahmen dieser Arbeit möchte ich es schaffen, Theorien um Sicherheit mit einem individuellen Fokus zu verbinden, jene Fragen, die auf mein Studium bezogen offen bleiben, wenigstens ansatzweise zu beantworten und meinem persönlichen Interessensschwerpunkt Raum zu geben.

[1] Angesichts der Tatsache, dass diese Arbeit während der Auseinandersetzungen in Syrien verfasst wird, interessiert diese Frage besonders.

1.3 Forschungsstandpunkt

Das Konzept menschliche Sicherheit wurde vom Human Development Report 1994 geprägt (UNDP 1994). Das Konzept ist also ein Kind der UNO und wirkt sich somit auf deren Praxis und auf die internationale Zusammenarbeit aus. Wichtig festzuhalten ist, dass diese Theorie nicht nur auf akademischer Arbeit basiert. Die Arbeit der UNO wird aber freilich in der Forschung reflektiert, theoretische Auseinandersetzungen von WissenschaftlerInnen wirken insofern auf die Praxis der UNO. Knapp 20 Jahre später beschäftigt diese Theorie nach wie vor AutorInnen, die sich der Interpretation und Anwendbarkeit in differenzierter Form nähern. Trotz unzähliger Literaturquellen kreisen die Diskussionen um bestimmte Strömungen, die im Verlauf dieses Arbeitsprozesses erörtert werden.

Die für die Erörterung des Themas herangezogenen Artikel sind vorrangig zwischen 2008 und 2012 erschienen, siehe bspw. Tzifakis 2011, Chandler 2012, Newman 2010. Auch die Generalversammlung der UNO hat erst 2012 wieder eine Resolution zum Thema menschliche Sicherheit und wie das Konzept international auszulegen sei, verabschiedet, A/Res/66/290 2012. Daran zeigt sich, dass das Konzept nicht an Geltung verliert und nach wie vor kontrovers diskutiert wird.

Die ausgewählten AutorInnen spiegeln den aktuellen Forschungsstand wieder und gelten deshalb als repräsentativ. Mit Hilfe der zitierten akademischen Texte wird das Vorgehen der UNO beurteilt.

2 Menschliche Sicherheit als Paradigmenwechsel im Sicherheitsdiskurs? – Ein Erklärungsversuch.

Bevor das Konzept der menschlichen Sicherheit anhand des Fallbeispiels Kosovo auf seine Praxisrelevanz geprüft werden soll, wird zu Beginn in einer theoretischen Abhandlung auf dieses Konzept generell eingegangen. Genese sowie Weiterentwicklung sind aufzugreifen und verschiedene Denkrichtungen und Interpretationsmöglichkeiten zu erörtern, um schlussfolgernd eine Arbeitsdefinition für diese Diplomarbeit festzulegen. Anhand dieser Arbeitsdefinition soll die aktuelle Situation im Kosovo im Hinblick auf menschliche Sicherheit auf kollektiver wie auch individueller Ebene eruiert werden. Ebenso sollen jene Themenbereiche, die für die geplanten Interviews relevant sind, erörtert werden.

2.1 Human Security - Genese und Einführung

Obwohl es bereits vor 1994 Gedanken und Ideen rund um menschliche Sicherheit gab, ist dieses Jahr dennoch als Schlüsseljahr für das Konzept Human Security festzuhalten. In eben diesem erstellte das United Nations Development Program unter dem Duty von Mahbub Ul-Haq, ein ehemaliger pakistanischer Finanzminister, einen Human Development Report, dessen zweites Kapitel betitelt mit „New dimensions of human security“ (UNDP 1994: 22) den Grundstein für die Diskussion rund um dieses Konzept legte, das viele Dimensionen von Frieden und Sicherheit vereinen sollte. (vgl. Tzifakis 2011: 353) Nicht vorhersehbar war zu diesem Zeitpunkt, dass kaum eine andere konzeptuelle Auffassung von Sicherheit je so viele BefürworterInnen wie auch KritikerInnen hervorrufen würde. (Werther-Pietsch/Ritzer 2012: 69)

Bis dato gibt es äußerst unterschiedliche Meinungen darüber, wie dieses Konzept von Human Security verstanden und definiert werden sollte, um Schwerpunkte in der Praxis zu setzen. Auch Tzifakis (2011: 353) meint dementsprechend, dass diese „Absence of conceptual clarity“ die politische und praktische Umsetzung stark erschwert, während Burgess und Tadjbakhsh (2010: 448) einige AutorInnen anführen, deren Meinung nach weniger die krampfhafte Suche nach einer Definition im Mittelpunkt stehen sollte als die tatsächliche Implementierung des Konzepts und daraus resultierende Leistungen. Verschiedene Interpretationsweisen sollen in weiteren Kapiteln näher erörtert werden. Vorweg lässt sich jedoch eine große Schnittstelle zwischen den BefürworterInnen von Human Security feststellen. Damit ist die Polarisierung, ob das Konzept in einer engen oder breiten Auffassung verstanden werden soll, gemeint. Während unter einer sogenannten engen Auffassung weitgehend die humanitäre Ausrichtung im Sinne einer militärischen Intervention

und die Sicherung und Stabilität eines Staates verstanden wird, greift die breite Herangehensweise weiter und bezieht Wohlbefinden und ökonomische Sicherheit der Menschen mit ein (Chandler 2012: 214). Tzifakis 2011, Chandler 2012, Burgess/ Tadjbakhsh 2010, um nur ein paar wenige anzuführen, untersuchen und erstellen verschiedene Interpretationsweisen des Konzepts. Die meisten AutorInnen weisen anfangs auf eben diese Polarisierung zwischen einer breiten und engen Auffassung des Konzepts hin. Zeitgleich drängt sich jedoch abermals die Frage auf, warum man derart auf eine Definition fokussiert ist, Tzifakis meint: „[T]his polarity leaves the impression that the debate is mired both in definition and scope." (Tzifakis 2011: 354)

Während manche AutorInnen also darauf hinweisen, dass die klare Definition nicht Voraussetzung für die Anwendung des Konzepts sei, ist dennoch zu bedenken, dass eine von der Staatengemeinschaft allgemein anerkannte Auslegung der Implementierung dienen könnte. So hat die Generalversammlung der UN im September 2012 eine Resolution als Follow up zum World Summit Outcome 2005 verabschiedet, die ein *Common Understanding* des Konzepts menschlicher Sicherheit darlegt. Das gemeinschaftliche Verständnis lässt auf eine holistische Zugangsweise schließen. (vgl. A/Res/66/290 2012)

Das zweite Kapitel dieses Human Development Reports setzte sich also erstmals mit Human Security aus einer anderen Perspektive auseinander und kritisierte vor allem, dass das Konzept von Sicherheit lange Zeit zu eng ausgelegt wurde und viel eher ein individueller Fokus erforderlich ist, um Sicherheitsbelangen Rechnung zu tragen, als lediglich auf territoriale Sicherheit abzustellen. „For most people, a feeling of insecurity arises more from worries about daily life than from the dread of a cataclysmic world event." (UNDP 1994: 22) Vor allem im Schatten des Kalten Krieges wurde ersichtlich, dass Fragen der Sicherheit sich nicht nur zwischen Staaten stellen, sondern der Staat selbst eine Bedrohung darstellt bzw. Entwicklungen/Ereignisse, die innerhalb eines Staates passieren. Diese Tendenzen werden allerdings nur träge in die Auffassungen über menschliche Sicherheit einbezogen, da auch der HDR 2005 noch immer festhält, „Today's security strategies suffer from an overdeveloped military response to collective security threats and an underdeveloped human security response." (UNDP 2005: 152) Die Tatsache, dass heute, also beinahe 20 Jahre später, immer noch Argumentationen um dieselben Diskussionen kreisen, lässt einen zweifeln, inwiefern dieses Konzept tatsächlich vorangeschritten ist. Newman (2010: 78/79) greift diese Debatte in einem Artikel aus 2010 auf und meint: „[I]nternational security traditionally defined –

territorial integrity – does not necessarily correlate with human security, and that an over-emphasis upon state security can be to the detriment of human welfare needs."

Manche AutorInnen wie Paris und Furtado haben eine radikale Auffassung von Konzept menschlicher Sicherheit, so ist der Titel von Furtados Auseinandersetzung „Human Security Did it live? Has it died? Does it matter?" (Furtado 2008) selbsterklärend und auch Paris stellt dem Konzept kein besonders gutes Zeugnis aus, indem er meint „Human security is like "sustainable development"— everyone is for it, but few people have a clear idea of what it means." (Paris 2001: 88)

Das bisher Angeführte mag vielleicht den Eindruck erwecken, dass die Debatte um die Definition und Interpretation des Konzepts Human Security vehement geführt wird und die sogenannte enge Auffassung und die weite Interpretationsweise einander ausschließen könnten. Diesbezüglich sei auf bereits zitierten Autor Chandler verwiesen, der eine holistische Herangehensweise befürwortet und nochmals Newman erwähnt, der Folgendes anmerkt: „[T]raditional conceptions of state security are a necessary but not sufficient condition of human welfare." (Newman 2010: 79) Die enge Herangehensweise schließt demnach eine weite Auffassung nicht aus, da der Staat im Idealfall jene Mittel zur Verfügung stellt, um Wohlfahrt und Wohlbefinden zu gewährleisten und in der Lage ist, die alltäglichen Bedürfnisse seiner BewohnerInnen zu befriedigen (Newman 2010: 79). Dass der Staat an sich stabil und funktionierend sein muss, um dies gewährleisten zu können, ist die logische Konsequenz.

2.1.1 Kernargumente HDR 1994 – New Dimensions of Human Security

Ehe ich näher auf gegenwärtige Auffassungen von menschlicher Sicherheit, Diskussionen um den Fragilitätsdiskurs und wie beide zu vereinbaren sind, eingehe, möchte ich ein paar Aspekte des damals zukunftsweisenden Schriftstücks HDR 1994, Kapitel 2 aufgreifen. Diese Grundthesen spielen meines Erachtens gerade in aktuellen Diskussionen nach wie vor eine tragende Rolle.

Freedom from Fear/Want. Dem HDR 1994 folgend, setzt sich menschliche Sicherheit aus zwei Komponenten zusammen, nämlich einerseits aus *Freedom from Fear* und andererseits *Freedom from Want*. Während das Erste einer humanitären Ausrichtung entspricht, stellt das Zweitgenannte auf die Armutsbekämpfung ab und könnte mit Freiheit von Mangel übersetzt werden. Der Bericht hält fest, dass diese zwei Komponenten von der UN seit ihrer Gründung anerkannt waren, dennoch *Freedom from Fear* priorisiert wurde (UNDP 1994: 24). Noch

immer drängt sich die Frage auf, ob sich internationale Akteure und Staaten damit begnügen *Freedom from Fear* als Hauptkomponente von menschlicher Sicherheit festzustellen, da sich diese wohl weitgehend mit einer engen Interpretation des Konzepts deckt, wohingegen die breite Auffassung dem *Freedom from Want* nahe kommt und oftmals hintansteht. Schon damals hielt der Report ausdrücklich fest, dass sich die Schwerpunktsetzung weg von territorialer Sicherheit hin zur Betonung von individuellen Bedürfnissen wenden sollte und Sicherheit nicht durch Waffen herzustellen ist, sondern durch nachhaltige Entwicklung. (vgl. ebd.)

7 Kategorien. Während die Liste der Bedrohungen für menschliche Sicherheit lang ist und individuell variieren kann, fasst der Report sieben Hauptkategorien zusammen, die sich aus Ökonomischer Sicherheit, Ernährungssicherheit, Gesundheitssicherheit, Umweltsicherheit, Persönlicher Sicherheit, Sicherheit der Gemeinschaft und Politischer Sicherheit zusammensetzen. (vgl. UNDP 1994: 24/25) Diese sieben Einflussfaktoren auf menschliche Sicherheit breit anzulegen war wichtig, um sich von vergangenen Konzepten abzugrenzen und um künftige Diskussionen und Definitionen in Rechtfertigungsbedrängnis zu bringen, falls diese die Eingrenzung enger anlegen sollten (Martin/Owen 2010: 213).

Individualisierung. Das Konzept der menschlichen Sicherheit rückt das Individuum in den Mittelpunkt. Das Versagen von Staaten ihre Schutzverantwortung gegenüber ihren BewohnerInnen wahrzunehmen, hat zu einem „shift in security thinking and policy from a focus on the state to the individual“ (Owen 2008: 113) geführt. Eine Kernaussage des Konzepts ist schließlich, dass die Integrität eines Staates nicht ausreichend ist, um Wohlbefinden und Sicherheit der einzelnen Personen zu gewährleisten. Human Security ersetzt nicht die staatliche Sicherheit, verlangt aber nach an Individuen orientierten Antworten auf Bedrohungslagen. (vgl. A/Res/66/290 2012)

2.1.2 Theoretische Ansätze – Schulen – Generationen

“Within the UN, human security became too many things to too many people.” (Martin/Owen 2010: 220)

Der HDR 1994 hat den Grundstein für Debatten rund um Human Security gelegt, aber wie offenkundig erkennbar, verliert sich die theoretische Auseinandersetzung immer wieder in Diskussionen und theoretischen Abhandlungen um die konzeptuelle Auffassung. Angesichts der unterschiedlichen Auffassungen darüber, was nun Bedrohungslagen konkret seien, haben sich verschiedene Ansätze und Schulen herausgebildet, manche AutorInnen sprechen

gegenwärtig auch von einer zweiten Generation von Human Security, z.B. Martin/Owen 2008. Benedek (vgl. 2008: 8) spricht von drei verschiedenen Ansätzen. Der erste, vertragsorientiert und verankert im Rechtsstaatlichkeitsprinzip, geht davon aus, dass neue Menschenrechtsnormen und konvergierende Nationalstandards durch internationale Institutionen gebildet werden können. Die Sicherheit der Bevölkerung genießt höchste Priorität im Rahmen des zweiten Ansatzes, der menschliche Sicherheit mit präventivem Peacebuilding und Postkonfliktmanagement verbindet. Der dritte hingegen spricht von nachhaltiger menschlicher Entwicklung und orientiert sich an die im HDR 1994 festgelegten sieben Bedrohungsszenarien.

Werther-Pietsch und Ritzer (2012: 70) teilen existierende Modelle von menschlicher Sicherheit in drei Schulen ein. Die erste Schule weist starke menschenrechtliche Bezüge auf und wurde aus der Perspektive der Reaktion auf neue Bedrohungsszenarien entwickelt. Die zweite Schule beschränkt sich auf humanitäre Angelegenheiten und der dritte Ansatz verknüpft das Konzept der menschlichen Sicherheit mit Entwicklung. Das Human Security Network gilt grundsätzlich als Schmelztiegel dieser verschiedenen Ansätze und kann aufgrund seiner Entstehungsgeschichte der ersten Schule zugerechnet werden – die Menschenrechte sind demnach als der Kern menschlicher Sicherheit zu verstehen. Die zweite Richtung war unter anderem auch ausschlaggebend für die Gründung des ICC und die dritte Richtung verweist auf den starken Konnex zwischen Sicherheit und Entwicklung. Bewaffnete Konflikte stellen so nur ein Bedrohungsszenario dar, die umfassenderen Aspekte von menschlicher Sicherheit werden in der Bekämpfung von materieller und immaterieller Armut verortet. (vgl. Werther-Pietsch/Ritzer 2012: 70-72) So ist auch wichtig darauf hinzuweisen, dass Armut als Gefährdungspotential wahrzunehmen ist, denn „Armut ist Unsicherheit.“ (Werther-Pietsch 2008: 79)

Martin und Owen (vgl. 2010: 212) wiederum sprechen von zwei Generationen der menschlichen Sicherheit, während die erste, wahrgenommen durch den Initiator Kanada und repräsentiert durch die UN, am Rückzug ist, ist eine zweite, durch die EU forcierte Generation am Aufstreben. Vorerst stellt sich die Frage, wie ein Scheitern der ersten Generation zu begründen ist. Die AutorInnen kritisieren, dass das 1994 vorgelegte Schriftstück nicht Eingang in die Strategie und Arbeitspolitik der UN fand und zunehmend aus den UN- Agenden verschwand.

In weiterer Folge bewegte man sich weg vom Konzept der menschlichen Sicherheit hin zur sogenannten Responsibility to Protect, die in ihrer engen Definition scheinbar weniger umstritten ist als das Konzept der menschlichen Sicherheit. Obwohl die operierende internationale Sprache eher die R2P heranzieht als auf menschliche Sicherheit einzugehen, verweisen Benedek, Kettemann und Möstl (2011: 246) darauf, dass Human Security hiefür keinesfalls irrelevant ist. Auch das Konzept menschlicher Sicherheit bräuchte eine klare

Konzeptualisierung, ebenso wie dies die R2P verlangt. Martin und Owen (2010: 213) begründen dies in einer generellen konzeptuellen Orientierungslosigkeit. Sie weisen einerseits auf die unklare Unterscheidung zwischen Menschenrechten und menschlicher Sicherheit hin, andererseits die unklaren Linien zwischen den oftmals ambivalenten Konzepten von Entwicklung und menschlicher Sicherheit. Zusätzlich verweisen Martin und Owen (2010: 213, 214) auf Annans Report aus dem Jahr 2000 ‚We the peoples', der Human Security aufgreift und neben anderen, zwei Kapitel beinhaltet. Das eine setzt sich mit dem *Freedom from Want* und das andere mit *Freedom from Fear* auseinander - eine Vorgehensweise, die die Dichotomie zwischen den beiden Komponenten eher propagiert anstatt auf eine Synergie der beiden Bereiche hinzuweisen (vgl. Annan 2000: 18, 42).

Die EU hingegen demonstriert in ihren Dokumenten und Berichten, dass physische und materielle Sicherheit einhergehen müssen, um dem Konzept Human Security Rechnung zu tragen und verortet es im Krisenmanagement, also auch im Rahmen der Konfliktlösung (Martin/Owen 2010: 219). Diese *Freedom from Fear* und *Freedom from Want* verbindende Herangehensweise stellt die Grundlage dafür dar, dass Martin und Owen von Human Security in einer zweiten Generation sprechen. Eine wichtige Komponente ist zusätzlich *Freedom to live in Dignity*, die von Kofi Annan geprägt wurde. Menschen sollen mit Würde und Respekt behandelt werden. (vgl. Annan 2005: 47) Gleichzeitig führen die beiden Autoren konkrete Punkte an, die das Reüssieren des Konzepts gefährden. Insbesondere ist damit gemeint, dass Institutionalisierung eine dürftige Konzeptualisierung nicht ausgleichen kann, und Human Security eher zum Scheitern verurteilt ist, falls eine Institutionalisierung nicht aus Basis einer umfassenden Konzeptualisierung passiert. Zum anderen ist festzuhalten, dass die Ablehnung von „breit" und „eng" begrüßenswert ist, indem die EU eine konvergierende Herangehensweise vertritt und physische Sicherheit mit materieller verbunden sieht. Gleichzeitig darf man sich in der Breite des Konzepts nicht verlieren. Hier sei ein amüsantes Beispiel zu nennen: Es wurde diskutiert, ob Fischereirechte in die Human Security Agenda aufzunehmen seien – lässt man sich auf Diskussionen solcher Art ein, besteht die Gefahr, dass das Konzept ganz einfach als irrelevant abgestempelt wird. (Martin/Owen 2010: 220, 221)

Dieses Unterkapitel soll verdeutlichen, inwiefern Human Security verschiedene Denkschulen hervorgerufen hat und nach wie vor die Reichweite des Konzepts diskutiert wird, wobei dem Verhältnis sowohl zu Menschenrechten als auch zu Entwicklung besondere Bedeutung zukommt. Owen und Martin sehen in dieser zweiten Generation eine neue Chance, die sich wiederum nicht in einer zu breiten Auffassung verlieren darf.

2.1.3 Aktualität - Was kann Human Security heute bieten?

> While, in theory, there should not be a difference between the theory and the practice of human security, practice shows that there is. Indeed, the foremost question that human security studies will need to answer in the years to come is how to ensure the potential of human security in practice. (Benedek/Kettemann/Möstl 2011: 245)

Zum einen stellt dieses Zitat auf die anfangs dargelegte Vorbemerkung ab, nämlich dass es eine der großen Fragen ist und bleibt wie Theorie in der Praxis verankert werden kann und inwiefern theoretische Konzepte mit Potential zur Veränderung tatsächlich implementiert werden. Zum anderen impliziert es die Frage nach der Verbindung verschiedener Themenkreise, die alle in Human Security einfließen bzw. einfließen sollten – denn nur durch eine holistische Vorgehensweise kann das Potential von Human Security in der Praxis sichergestellt werden. Während sich der theoretische Schwerpunkt anlässlich des Fallbeispiels Kosovo auf Peacebuilding und Statebuilding im Rahmen menschlicher Sicherheit konzentrieren wird, werden im Folgenden dennoch jene Themenbereiche aufgegriffen, die das Konzept erst vollständig machen können.

Einführend. Unter manchen AutorInnen (Ogata, Nowak, Benedek, Werther-Pietsch et al) herrscht Konsens, dass Sicherheit nicht ohne Entwicklung gedacht werden kann, sowie eng mit Menschenrechten und Armut verknüpft ist. Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte werden also synergetisch gedacht. Weiters ist die Prävention von Konflikten und allgemeinen Katastrophen ins Blickfeld zu rücken. Benedek formuliert dies als Kultur der Prävention, zu der die Menschenrechtsbildung durch die Vermittlung von Wissen, den Aufbau von Fertigkeiten und die Formung von Einstellungen beitragen soll (Benedek 2009: 35). Vor allem der Fokus auf Prävention ist insofern von besonderer Bedeutung, da manche Dokumente der UN unter Umständen den Eindruck erwecken, dass man versucht, katastrophale Lagen und Kriege sicher zu gestalten, anstatt sie von vornherein zu verhindern.[2]

Zusammenfassend gibt es gewisse Begriffe, die häufig in Literatur und Diskussion rund um Human Security auftauchen. Im Rahmen der Paradigma-Debatte stößt man immer öfters auf ‚Resilience' und Konsolidierung, sowie Selbstbestimmung, Souveränität und Friedenssicherung, die in einem erweiterten Sicherheitsbegriff neu gedacht werden müssen. Die Verwendung von Begriffen wie ‚Empowerment' und ‚Local Ownership' weist ohne

[2] Z.B. Resolution 1325: Diese Resolution stellt auf die Situation von Frauen und Kindern in Kriegssituationen ab. Auch an diesem Dokument wurde kritisiert, dass späte Interventionen ihren Zweck verfehlen können und es eben nicht nur darum geht, Kriege für Frauen und Kinder ertragbar zu machen. Cohn hat dieses Thema betreffend einen interessanten Artikel verfasst und darin Cora Weiss (zit. nach Cohn 2008: 199) zitiert, welche meint „Look, we are not just trying to make war safe for women!" – diese Aussage fasst die Debatte rund um Prävention pointiert zusammen. (vgl. Cohn 2008: 198, 199)

Zweifel daraufhin, dass die Rolle der „zu Beschützenden“ im starken Wandel ist – das Individuum als aktive/r Handelnde/r rückt in den Vordergrund.

Resilienz. Auch mit Chandlers Worten lässt sich gut an das Präventionsargument anknüpfen, denn dieser meint „the emphasis is on *prevention* rather than intervention, *empowerment* rather than protection, and *work upon the vulnerable* rather than upon victims.” (Chandler 2012: 216, Hervorhebung der Verf.) Dieser Politikwissenschaftler konzeptualisiert menschliche Sicherheit im Rahmen eines „post-interventionist/resilience paradigm.“ (ebd.) Der Fachbegriff Resilienz kann mit dem Wort Widerstandsfähigkeit übersetzt werden – die lateinische Quelle findet sich im Wort resilire, das mit ‚zurückspringen‘ oder ‚abprallen‘ übersetzt werden kann (Stowasser 1997: 442). Diese etymologische Deutung soll bewusst machen, in welche Richtung sich gegenwärtige Diskussionen um Human Security bewegen und sich von dem Sicherheitsbegriff der 1990er Jahre abgrenzen.

> The resilient subject (at both individual and collective levels) is *never conceived as passive or as lacking agency* (as in the case of 1990s understandings of victims requiring saving interventions), but is conceived only as an *active agent*, capable of achieving self-transformation. (Chandler 2012: 217, Hervorhebung der Ver.)

Insofern kann diese Transformation, manche sprechen von einem Paradigmenwechsel, in der Veränderung des Subjekts von Human Security verortet werden. Ein aktives Subjekt, das einerseits Mensch als auch Staat sein kann, steht, nach Selbstbestimmung strebend, im Vordergrund. Die internationale Gemeinschaft bzw. externe Akteure haben es nicht zu beschützen bzw. zu verteidigen, sondern zu unterstützen und zu ermächtigen und nicht als ‚Opfer‘ zu behandeln.

Konsolidierung. Werther-Pietsch (2011: 404) zu Folge steht Friedenskonsolidierung vor allem sowohl durch Förderung von Menschenrechten als auch durch die Ausrichtung auf die Schaffung friedlicher Ausgleichsmechanismen im Mittelpunkt des Konzepts menschlicher Sicherheit. Mit Konsolidieren ist unter anderem das Festigen eines demokratischen Gefüges innerhalb eines Staates gemeint, gleichwohl stammt der Begriff aus dem Lateinischen und kann mit seinem Ursprung, con – zusammen und solidare – festmachen, interpretiert werden (vgl. Stowasser 1997: 133, 473). Dieser Begriff führt eigentlich schon weiter zum Fragilitätsdiskurs, welcher auf Grund der Schwerpunktsetzung dieser Arbeit im Rahmen der Diskussionen um Peacebuilding und Statebuilding noch näher diskutiert werden soll.

Die Konsolidierung von Demokratie ist ein schwieriger und langer Prozess, bei dem es nicht selten zu hybriden Regimen kommt, die demokratische, aber auch autoritäre Züge aufweisen

können. Fraglich in dieser Diskussion ist vor allem, inwiefern verhindert werden kann, dass der Demokratisierungsprozess in der Transition hängen bleibt und als Schlussfolgerung von Konsolidierung keine Rede sein kann. (vgl. Goetze/Guzina 2008: 323, 324) Auch internationale Beziehungen müssen durch eine, die menschliche Sicherheit betreffend, sensible Brille betrachtet werden, um der Konsolidierung von fragilen Staaten Chancen einzuräumen. (Benedek/Kettemann/Möstl 2011: 245)

Local Ownership. Die Paris Declaration on Aid Effectiveness im Jahr 2005 prägte den Begriff Ownership. Seither wurde er zu einem immer bedeutenderen Begriff betreffend der Beziehungsmodalitäten zwischen Geber- und Empfänger-Staaten bzw. Intervenierenden und Intervenierten. (vgl. OECD 2005/2008: 3) Die Einbindung der Zivilgesellschaft vor Ort ist zu einem Leitmotiv von internationalen Interventionen und Missionen geworden, Partizipation der lokalen Bevölkerung steht im Vordergrund. Auch der sich wandelnde Fokus vom Staat auf das Individuum bzw. auf ein „society-based understanding of security practises" (Chandler 2012: 217) im Rahmen der menschlichen Sicherheit muss sich auf Prinzipien wie Partizipation und Local Ownership stützen, um den Anforderungen des Konzepts Rechnung tragen zu können. Wie sonst könnte man Bedrohungslagen und Gefahren für Individuen als auch für Staatlichkeit erörtern und einschätzen? Jedes State- und Institutionbuilding wird erfolglos bleiben, wenn es an der Akzeptanz der lokalen Bevölkerung mangelt.

Dass Akzeptanz seitens der Zivilgesellschaft unter Umständen nicht vorhanden ist und externes Engagement mit lokalen Bedürfnissen nicht korreliert, liegt mitunter am Folgenden: „Local ownership as it is often seen by key actors is neither 'local' nor ownership. It is international, elite or national, and defined by participation in pre-existing programmes and neo-liberal property rights." (Richmond 2012: 371) Dieses Argument macht darauf aufmerksam, dass internationale Akteure oftmals vorgeben, an lokaler Partizipation interessiert zu sein. Es gibt allerdings kaum Material, das festhält, inwiefern der Zivilgesellschaft die Möglichkeit zur Partizipation eingeräumt wird und das Leitmotiv Ownership tatsächlich forciert wird – im Gegensatz zur beschönigenden Dokumentation von lokalen Akteuren, die das Geschenk der Ownership von großzügigen internationalen Akteuren dankend annehmen. Die Zustimmung der lokalen Bevölkerung wird oftmals übergangen und Versuche, die Rolle und Ziele von internationalen Akteuren zu beeinflussen um mehr Autonomie und Selbstbestimmung zu bewirken, bleiben vergebens. (vgl. ebd.)

Empowerment. In die Diskussion um Partizipation und Local Ownership fließt der Begriff Empowerment mit ein. Empowerment individuell interpretiert, ist mit Trugers Worten

schlüssig zu erklären: Betroffene in Krisenregionen sollten auf Grundlage ihrer eigenen Bedürfnisse gestärkt werden und nicht als Objekte von Kriseneinsätzen instrumentalisiert werden (vgl. Truger 2011: 339). Empowerment als tragende Säule von Human Security wird in der Literatur häufig aufgegriffen und als neues Element im erweiterten Sicherheitsbegriff verstanden. Empowering als Möglichkeit Eigenkapazitäten zu stärken, ist fester Bestandteil einer breiten Herangehensweise im Human Security Diskurs. So stellt auch McCormack (2008: 113) fest, „the human security approach is considered to have the potential to be an emancipatory and empowering security framework for individuals." Dennoch kritisiert die Autorin, dass es dem Konzept nicht gelingt, seine theoretischen Versprechungen einzuhalten. Empowerment wird durch die Stärkung ungleicher internationaler Machtverhältnisse ersetzt und Kriterien für Interventionen von mächtigen Staaten und internationalen Organisationen werden zunehmend weniger transparenter und weniger rechenschaftspflichtiger (vgl. ebd.).

Auch Boothe und Smithey (2007: 45) argumentieren, dass Intervenierende sich ihrer machtbesetzten Position bewusst sein sollten um sicherzustellen, dass ihr Handeln und Netzwerken mit westlichen Organisationen und Einrichtungen die Entwicklung von nachhaltiger, unabhängiger und demokratischer Politik fördert und nicht ausschließt. Denn die Methoden und Herangehensweisen von internationalen bzw. externen Akteuren haben theoretisch meist dasselbe Ziel, „all seek to protect vulnerable noncombatants, support local activists, confront oppressive power structures, and open space for democracy to flourish." (ebd.: 42)

Wie nun bereits durchgeklungen ist, weicht die Praxis von der Theorie nicht allzu selten ab, die Theorie auf das Fallbeispiel Kosovo angewandt, wird darlegen inwiefern das Bestreben Individuen zu empowern, also zu ermächtigen, und ihre Kapazitäten zu stärken mit den Handlungen und Interessen externer Akteure interferiert. McCormack zitiert in ihrem Artikel Tadjbakhsh und Chenoy, die individuelles Empowerment als „means and ends of human security" (Tadjbakhsh; Chenoy zit. nach McCormack 2008: 17) verstehen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Auffassung auch zu einflussreichen EntscheidungsträgerInnen durchdringt und fruchtet.

Legitimation. Unabhängig von der Betonung und Einbeziehung der gesellschaftlichen Verhältnisse stellt sich die Frage inwiefern externe Interventionen legitimiert sind. Gescheitertes Statebuilding kann die Folge sein, wenn Prozesse nicht in der Legitimation durch die lokale Bevölkerung wurzeln. Die internationale Legitimation externer Akteure stützt sich demnach auf UN-Resolutionen oder andere Normen ohne die Bedürfnisse lokaler

Gegebenheiten miteinzubeziehen und die Präsenz in einem lokalen Konsens legitimieren zu können. Dementsprechend, um diese Legitimierung aufrecht erhalten zu können, werden lokale Anregungen und die Verantwortlichkeit gegenüber den Bedürfnissen von Gemeinschaften ignoriert und die Distanz zwischen internationalen Akteuren und ihren lokalen Gegenspielern bleibt stetig bestehen. (vgl. Richmond 2012: 355)

Auch andere AutorInnen greifen diese Distanz auf und meinen "Distance is assumed and accepted between the researcher/outsider and the insider who is individual/local. The power relationship between the targets/victims of security and the externals analysing insecurity also remains weighted in favour of the latter." (Kostovicova/Martin/Bojicic-Dzelilovic 2012: 572) Diese Diskrepanz zwischen extern und intern sowie die mangelnde Legitimation in der lokalen Bevölkerung können Bemühungen um Statebuilding und Peacebuilding stark gefährden, nämlich wenn sich parallel zu offiziellen Institutionen andere lokale Gegebenheiten entwickeln. Kostovicova/Martin/Bojicic-Dzelilovic (2012: 576) haben drei informelle Sektoren idenfiziert, „selfreliance, informality and community cohesion." Diese These wird in der Analyse des Fallbeispiels Kosovo nochmals aufgegriffen werden. Vorweg kann gesagt werden, dass damit jene Unabhängigkeit gemeint ist, die sich die lokale Bevölkerung durch informelle Aktivitäten erarbeitet, das Vertrauen in offizielle Institutionen stark geschwächt bis zu gar nicht vorhanden ist und man gemeinschaftsintern jene Bedürfnisse, die zu befriedigen ein Staat in der Lage sein sollte, abdeckt. (vgl. ebd.: 576-579)

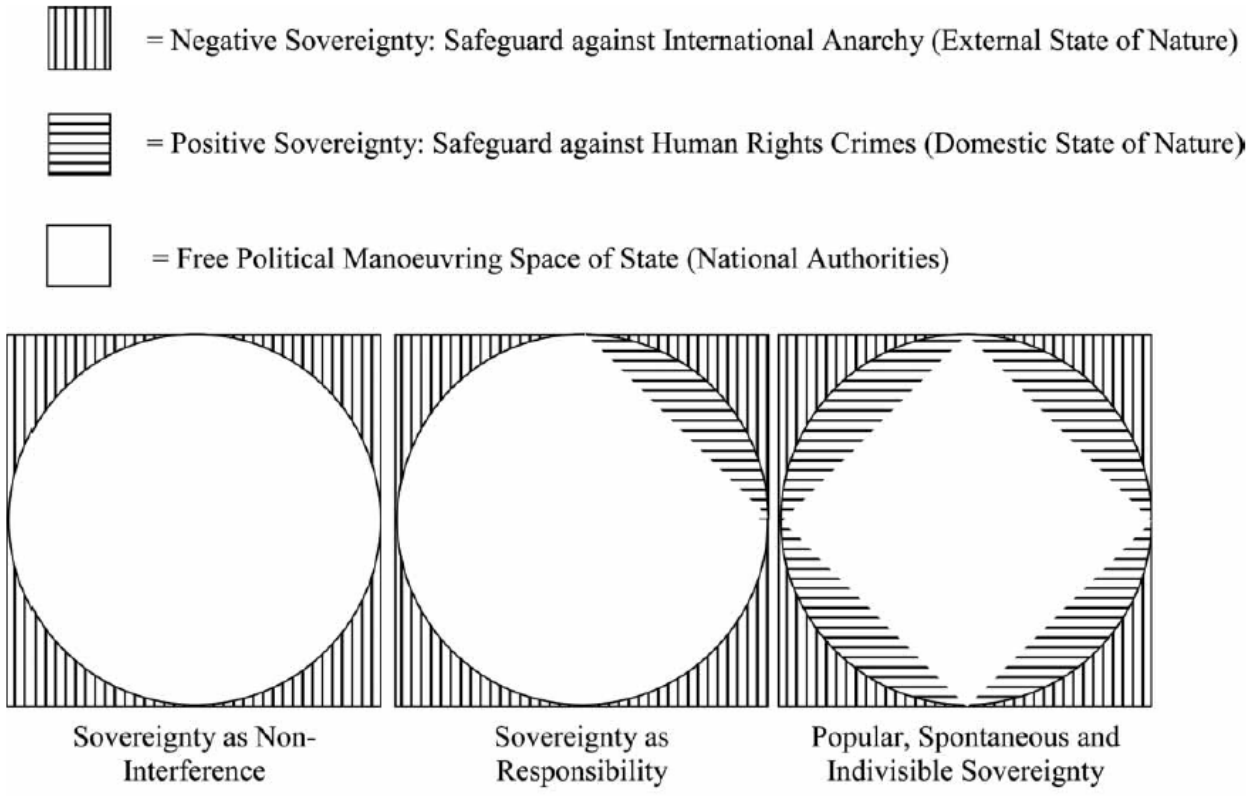
Souveränität. Ein Aufgreifen der Begriffe Local Ownership und Legitimation indiziert die Auseinandersetzung mit dem Begriff der Souveränität, die im Duden als „höchste Herrschaftsgewalt eines Staates, Hoheitsgewalt; [und] Unabhängigkeit (vom Einfluss anderer Staaten)" (Duden 2007: 974) erklärt wird.

Im Rahmen menschlicher Sicherheit ist die Debatte in zweifacher Weise auszuführen. Zum einen handelt es sich hiebei um eine Definition, die die Erklärung des Dudens wiederspiegelt, nämlich die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit eines Staates und das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten wie es schon in der UN-Charta von 1945 in Artikel 2/7 festgehalten wurde. „Nothing contained in the present Charter shall authorize the United Nations to intervene in matters which are essentially within the domestic jurisdiction of any state or shall require the Members to submit such matters to settlement under the present Charter" (UN 1945) – hievon ausgenommen ist Kapitel VII der Charta, welches Entscheidungen des Sicherheitsrates angesichts Bedrohungsszenarien und Friedensgefährdung regelt, insbesondere zu erwähnen sind Artikel 42 und Artikel 51. Aus

einer philosophischen Perspektive betrachtet, „befinden sich die souveränen Staaten in einem zwischenstaatlichen Naturzustand und bleiben darin.“ (Luf 2004: 3) Diese Annahme verstärkt sich angesichts der massiven militärischen Aufrüstung weltweit, welche zur Prävention und zur Steigerung des eigenen Machtpotentials betrieben wird (Luf 2004: 4) – Hobbes bekannte These *Homo homini lupus est* scheint nicht an Geltung zu verlieren.

Die zweite Sichtweise wirft die Frage auf, inwiefern sich die Souveränität eines Staates bzw. die Hoheitsgewalt zu den Staatsangehörigen im Inneren verhält, im Sinne einer verantwortlichen Souveränität, im Englischen Responsible sovereignty, die sich als Gegenkategorie zum allgemeinen Souveränitätsverständnis etabliert hat. In dieselbe Kategorie fällt auch die Responsibility to Protect, ein Konzept, das erstmals im World Summit Outcome von 2005 aufkam. Artikel 138 dieses Dokuments befasst sich mit der Schutzverantwortung eines Staates gegenüber seiner Bevölkerung und Artikel 139 regelt die Möglichkeiten des Einschreitens der internationalen Gesellschaft, wenn eben diese Schutzverantwortung nicht mehr gegeben ist. (vgl. A/RES/60/1 2005: 30) Diese Maßnahmen müssen ebenso auf Artikel 42 des Kapitel VII der UN-Charta basieren. Insofern lässt sich eine Brücke zum Fragilitätsdiskurs schlagen, Peacekeeping, Peacebuilding und Statebuilding können im Rahmen einer Intervention legitimiert werden. (Werther-Pietsch/Ritzer 2012: 90, 91)

Piiparinen hat eine Graphik erstellt, die diese verschiedenen Interpretationen von Souveränität gut darstellt.



(Piiparinen 2012: 409)

Das erste Bild stellt das Prinzip der Nichteinmischung dar. Die interne Souveränität ist unantastbar von externen Gegebenheiten, negative Souveränität zeigt sich in Schutzmaßnahmen gegen internationale Anarchie, der Frieden zwischen Staaten soll bestehen. Dies, siehe oben, folgt dem Reglement der UN-Charta 1945. Die zweite Graphik greift die Souveränität als Verantwortung auf, eine positive Souveränität, als „capacity, readiness and willingness of a state to protect its citizens from mass atrocity crimes […] Concretely, positive sovereignty means the protection of populations and citizens, particularly vulnerable groups and minorities, from the predation of genocidal governments and sub-state groups." (Piiparinen 2012: 409) Diese als positiv definierte Souveränität stellt auf die Verantwortung des Staates, seine StaatsbürgerInnen ausreichend zu schützen, ab. Der Fragilitätsdiskurs begründet sich hingegen ja genau darin, dass oftmals Bedrohungslagen nicht zwischenstaatlich, sondern innerstaatlich herrühren. Insofern stellt sich die Frage mit welchen Gegebenheiten festzustellen ist, dass ein Staat nicht länger fähig bzw. willig ist, seine Schutzverantwortung wahrzunehmen und die internationale Gemeinschaft zur Intervention ermächtigt wäre.

So stellt auch Etzioni (2006: 79) fest, dass es von äußerst wichtiger Bedeutung ist, wo die Grenze zu ziehen ist, denn ist sie zu nieder, besteht die Gefahr der militärischen Intervention,

selbst wenn der betroffene Staat nicht unverantwortlich handelt, ist sie hingegen zu hoch angesetzt, kann es passieren, dass die internationale Gemeinschaft nicht inteveniert bzw. zu zurückhaltend agiert. Im schlimmsten Fall jedoch, nämlich wenn die Grenze inkonsequent gezogen wird, verliert das Konzept an Legitimität. (vgl. ebd.)

Zuletzt ist das dritte Bild von Piiparinen zu erklären, welches Souveränität als „popular, spontaneous and indivisible" versteht, „these three elements combine to constitute positive sovereignty, which, in turn, combines with the hard shell of negative sovereignty to constitute the humanitarian leviathan in global politics." (Piiparinen 2012: 410)

Schließend kann festgehalten werden, dass einerseits das Prinzip der Nichteinmischung und die externe Intervention einander ausschließen und andererseits die Verantwortung eines Staates gegenüber seinen Staatsangehörigen eine immer bedeutendere Rolle spielt. Kann er dieser nicht Rechnung tragen, findet man sich im Fragilitätsdiskurs wieder. Den Entwicklungen im internationalen Recht folgt, dass das Hauptaugenmerk auf der verantwortlichen Souveränität liegt.

Entwicklung. „Security is often viewed as the absence of physical violence, while development is viewed as material development – improved living standards. But this is a misleading distinction." (Kaldor 2007: 183) Wie eingangs schon erwähnt, herrscht unter einem Kern von AutorInnen der Konsens, dass Sicherheit nicht ohne Entwicklung gedacht werden kann und nur ein Zusammenspiel von *Freedom from Fear* und *Freedom from Want* den Bedürfnissen von *unsicheren* Menschen gerecht wird - sowie oben angeführtes Zitat nahelegt. Gleichfalls muss bedacht werden, dass Nicht-Entwicklung und mangelnde Bedürfnisbefriedigung der Menschen zu unsicheren Situationen führen kann und fragile Staaten ebenso ein Resultat dessen sein können. Insbesondere ist zu beachten, dass Sicherheit auch bei unvorhergesehenen und plötzlichen Ereignissen gewährleistet werden muss, denn „[t]hese may be situations that give rise to political instability, even leading to violent conflicts." (Ogata 2004: 26)

Sicherheitsstrategien und deren Implementierung sollten sich dementsprechend an Bedürfnisbefriedigung ausrichten und das Wechselspiel zwischen Mangel und Sicherheit einbeziehen, um für Krisensituationen gewappnet zu sein. Denn wie Ogata weiters treffend festhält "there has been a tendency to disregard the ways in which economic, social and political downturns lead to large-scale and devastating conflicts. Interventions have come

generally too late and have been limited to military action, political negotiation or humanitarian assistance." (Ogata 2010: 181)

In demselben Artikel hält die ehemalige Vorsitzende der Human Security Commission fest, dass die Entwicklungsgemeinschaft zwar eine immer tragendere Rolle in Postkonfliktphasen und Peacebuilding Prozessen spielt. Noch nicht durchgedrungen ist jedoch die Ansicht, dass Entwicklung auch eine Form von Konfliktprävention darstellt. Problematisch sei, dass Entwicklung und Konfliktprävention weitgehend als verschiedene Prozesse verstanden werden und Entwicklungshilfe sich tendenziell nicht an Krisensituationen ausrichtet. Die Ausrichtung orientiert sich zu stark an langfristiger Bekämpfung der Armutsproblematik sowie ökonomischer und sozialer Ungleichheit. Entwicklung wird traditionell auch lediglich an wirtschaftlichen Bedingungen wie Pro-Kopf-Wachstum, Lebenserwartung, Alphabetisierung etc. gemessen. Diese Betrachtung ist zu mechanistisch. Menschen werden tendenziell als Hilfeempfänger betrachtet und Regierungen werden beauftragt Entwicklungsgelder zu verwalten und in Taten umzuwandeln. (vgl. Ogata 2010: 181) Insofern drängt sich die Vermutung auf, dass gerade diese in fragilen Situationen nicht die geeignetsten Institutionen sind, um diese Aufgaben gebührend zu erfüllen. Dementsprechend spielt auch in diesem Zusammenhang Empowerment eine wichtige Rolle, die Menschen sollten nicht nur als Hilfeempfänger betrachtet werden, sondern als aktiv Teilnehmende wahrgenommen werden. (vgl. Ogata 2010: 188)

Unbestritten kann festgehalten werden, dass Krisensituationen mit Gewaltpotential verheerende Folgen für ein Land und seine Entwicklung haben. „The costs of war are paid by civilians" halten Gates et al. (2012: 1720) treffend fest, die indirekten Konsequenzen eines Konflikts fordern ein Land heraus, "development in reverse" kann die Folge sein, so wie selbige die Autoren Collier et al in ihrem Artikel zitieren (ebd.). Dieses Resultat ist zu vermeiden, für die Entwicklungsgemeinschaft gilt es deshalb wachsam und reaktionsfähig gegenüber gravierenden Veränderungen hinsichtlich sozialer, ökonomischer und politischer Tendenzen zu reagieren, welche sich beispielsweise in vermehrten Menschenrechtsverletzungen und Flüchtlingsbewegungen zeigen. (vgl. Ogata 2010: 188)

Abschließend bleibt zu sagen, dass die Bedeutung von Entwicklung im Human Security Kontext hier nicht umfassend erörtert werden kann. Festzuhalten ist jedoch, dass ein vermehrter Fokus auf Konfliktprävention zu legen ist und hiebei die voranschreitende Entwicklung eines Landes eine große Rolle spielt. Die internationale Gebergemeinschaft muss diesem in ihren Handlungen Rechnung tragen und in Postkonfliktsituationen darauf

achten, dass bei der Konfliktaufarbeitung nicht nur Symptombekämpfung betrieben wird, sondern die Wurzel des Konflikts aufgearbeitet wird.

Menschenrechte. „To many, the best way to achieve human security is through the full and holistic realization of all human rights." (Benedek 2008: 13) Im Folgenden stellt sich die Frage inwiefern Menschenrechte und das Menschenrechtssystem im Konzept bzw. in den Diskussionen um menschliche Sicherheit zu verorten sind. So ist beispielsweise der Gedanke, dass die Menschenrechte per se durch Human Security als das aufstrebende und universal lösende Konzept etwas ins Abseits gedrängt werden, berechtigt. Dennoch findet sich unter AutorInnen weitgehend der Tenor, dass Menschenrechte und Human Security in Wechselbeziehung stehen, interdependent und verflochten sind, sowie auch das anfangs erwähnte Zitat darauf hindeutet. Human Security ersetzt die Menschenrechte keinesfalls. (vgl. Benedek 2008: 13)

Auch Ogata meint dementsprechend "Human security seeks to build upon and combine insights from various other." (Ogata 2004: 26) Mit diesen *various other* sind vorwiegend eben die Menschenrechte und, um an den zuvor genannten Unterpunkt anzuknüpfen, die menschliche Entwicklung gemeint. Die ehemals Kovorsitzende der Commission on Human Security untermauert insofern, dass das Konzept der menschlichen Sicherheit die Menschenrechte und die menschliche Entwicklung viel eher komplementieren sollte, als das Zweit- und Letztgenannte zu ersetzen – denn diese Konzepte seien im Vergleich zu menschlicher Sicherheit bekannt und von bereits erfolgten Leistungsnachweisen geprägt. (vgl. ebd.)

Benedek greift die Interdependenz dieser drei Bereiche auf und sieht den gemeinsamen Nenner in der menschlichen Würde, die immer wieder als Grundlage in UN-Dokumenten herangezogen wird, wie beispielsweise schon in der Präambel zur allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 (Benedek 2008: 13). Zudem verweist er auf Manfred Nowak, der in den Menschenrechten „essentially a manifestation of human dignity" (Nowak 2003: 1) sieht. In vereinfachten Worten ausgedrückt würde die Verwirklichung der einzelnen Menschenrechte dem Konzept Human Security Rechnung tragen, deren gemeinsame Basis eben die unantastbare menschliche Würde ist. Abseits dieser positiven Herangehensweise einer komplementären Auffassung und Interaktion von Menschenrechten und Human Security erheben sich freilich auch kritische Stimmen. So äußert sich Uvin etwas verbittert über Menschenrechte im folgenden Wortlaut:

> Human rights, once set down on paper, never die, even though no one may care much about their survival. Rather, they mutate into working groups, commissions, and expert panels, each of which produces reports that are occasionally the subject of discussions in low-level meetings. (Uvin 2007: 598)

Dieser Autor legt zwar den Fokus auf den Konnex zwischen Menschenrechten und Entwicklung, dieses Zitat weist jedoch auf die bereits einleitend erwähnten Zweifel gegenüber dem Praxisgehalt von Menschenrechten und Human Security hin. Theoretisch ist der Nexus zwischen Menschenrechte und Human Security einleuchtend, aber wie sonst auch läuft diese Theorie in Gefahr in der praktischen Umsetzung zu scheitern – sind ja die Menschenrechte per se eine beliebte theoretische Zusage ohne dem Prüfstand der Realität standhalten zu können. Einer „full and holistic realization of all human rights" (Benedek 2008: 13) – sowie Benedek anfangs zitiert wurde – hat sich die Welt meines Wissens noch nicht genügend angenähert, sowie die Kritik an dem universalen Geltungsanspruch der Menschenrechte auch nicht außer Acht zu lassen ist.

Howard-Hassmanns Artikel geht der Frage nach, ob eben Menschenrechte und Human Security komplementierend oder doch eher konkurrierend sind und wirft das Argument auf, dass viele Bereiche, die Human Security aufgreift, bereits vom bestehenden Menschenrechtssystem abgedeckt sind und es daher wichtiger wäre, neue Bedrohungen oder Gefahrenlagen zu erfassen. Zudem richtet sich ein weiterer Kritikpunkt an die akademische Literatur, denn Howard-Hassmann ist der Ansicht, dass manche AutorInnen im Schreiben über Human Security das bereits existierende internationale Menschenrechtssystem außer Acht lassen und deckungsgleiche Gebiete behandeln. (vgl. Howard-Hassmann 2012: 111)

Diesen Unterpunkt abschließend, stellt sich nun die Frage inwiefern der Nexus zwischen Menschenrechten und dem Konzept der menschlichen Sicherheit zu deuten ist. Zum einen sind die angeführten Kritikpunkte als berechtigt anzuerkennen, also die Gefahr, dass Menschenrechte zu einer theoretischen Angelegenheit auf Papier degradieren, sowie auch Howard-Hassmanns Bedenken, dass Human Security das internationale Menschenrechtssystem mehr zu ersetzen versucht als zu komplementieren.

Freilich kann die Recherche für diese Diplomarbeit nicht alles abdecken, dennoch folgt die Argumentation dieser Arbeit der Ansicht, dass Menschenrechte und Human Security als sich ergänzend verstanden werden müssen. Die enge Interpretation von Human Security vermag Kollektivrechte einzubeziehen, die breite Herangehensweise scheint aber nur unter Miteinbeziehung der Erfüllung und Durchsetzung der Menschenrechte möglich.

2.1.4 Zwischenconclusio – Paradigmenwechsel

Menschliche Sicherheit stellt also einen Gegenpol zu bisher in Geltung stehenden Sicherheitsdiskursen dar. Die wichtigste Veränderung der Debatte liegt in der Individualisierung des Sicherheitssubjektes, weg von staatlicher bzw. kollektiver Sicherheit hin zum einzelnen Menschen, der gesicherte Lebensstandards auf der individuellen Ebene sowie auf der kollektiven Ebene vorfinden soll. Die staatliche Sicherheit ist also nicht beiseite zu lassen, sondern tritt in der Gewichtung in den Hintergrund. Daraus resultiert, dass Friede und Sicherheit nicht lediglich an zwischenstaatlichem Frieden festzumachen sind, sondern im Sinne einer verantwortlichen Souveränität innerstaatliche Unruhen und Differenzen als Bedrohungspotential wahrzunehmen sind. Folgt man dem Fokus auf Individualisierung, ist dies ohnehin eine logische Konsequenz.

Eine weitere Abkehr von bisherigen Sichtweisen auf Sicherheit zeigt sich im menschenrechtsorientierten und entwicklungsorientierten Ansatz des Konzepts Human Security. Bereits die im HDR 1994 genannten sieben Bedrohungslagen weisen auf diese Ausrichtung hin. Entwicklung ist in den Sicherheitsgedanken miteinzubeziehen, wer in Armut lebt, ist nicht sicher. Menschenrechte dienen als Säulen der Verwirklichung menschlicher Sicherheit.

Zunehmend erfordert menschliche Sicherheit die Abkehr von Intervention in krisenhaften und fragilen Situationen hin zu einer Präventionskultur, die an die Widerstandsfähigkeit eines Staates anknüpft und somit im Sinne von Resilienz und Konsolidierung an das Potential eines Staates anschließt, als aktives Subjekt aufzutreten.

Im Vordergrund jedoch stehen neben der Individualisierung und dem Blick auf den einzelnen Menschen die gesellschaftlichen Verhältnisse, denen im Fragilitätsdiskurs die wichtigste Rolle eingeräumt werden muss, um den Ansprüchen menschlicher Sicherheit gerecht zu werden.

2.2 Menschliche Sicherheit im Peacebuilding und Statebuilding

Unterschiedliche Arten von Interventionen und deren Begrifflichkeiten umfassend zu erörtern, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Deshalb liegt, den theoretischen Teil schließend, der Schwerpunkt der Ausführungen auf den Interventionsformen Peacebuilding und Statebuilding im Lichte menschlicher Sicherheit. Statebuilding theoretisch zu beleuchten, erweist sich als Notwendigkeit in Anbetracht des Fallbeispiels, Peacebuilding erscheint als geeignetes Feld um gesellschaftliche Verhältnisse in den Mittelpunkt zu stellen und den

Nexus zu Entwicklung zu betonen. Die vorab genannten Prinzipien wie Local Ownership und Legitimation sind auch in diesem Zusammenhang relevant. Zudem ist anzumerken, dass Statebuilding und Peacebuilding nicht als voneinander getrennte Prozesse zu verstehen sind.

2.2.1 Peacebuilding und Statebuilding – eine Einführung

Peacebuilding. Peacebuilding kann im Deutschen mit Friedenskonsolidierung übersetzt werden, Auslegungen haben sich in den vergangenen Jahren verändert und der gegenwärtige Stand ist wohl am treffendsten so festzuhalten:

> At its most ambitious peace-building has shifted from the relatively minimalist focus of the 'negative peace' towards the maximalist goal of transforming society by strengthening human security and addressing fundamental grievances, horizontal inequalities and other root causes of conflict. (Rocha Menocal 2011: 1717)

Lag vorerst der Fokus auf der Herstellung eines sogenannten negativen Friedens im Sinne einer Prävention vor einem Rückfall in einen bewaffneten Konflikt, greift internationales Peacebuilding heute weiter und zielt auf die Entwicklung eines dauerhaften und selbsterhaltenden Friedens ab. Es gilt nicht nur die Symptome, sondern insbesondere die Wurzeln eines Konflikts zu bekämpfen. Die Bandbreite der Aufgabenbereiche und Aktivitäten hat sich stark verändert, die Anzahl der Peacebuilding Missionen ist angestiegen und die Vielfalt der internationalen Akteure hat sich immens erweitert. (vgl. Newman 2011: 1738)

Auch von Seiten der UN ist eine Veränderung dahingehend zu bermerken, dass Peacebuilding im Vergleich zu Peacekeeping oder Peacemaking umfassender ist und verschiedene Stadien von Friedensbildung einbezieht. Zuvor als chronologisch aufeinanderfolgend eingestufte Phasen werden vermehrt interdependent und verstärkend erfasst. Ein Hinweis findet sich in der im Jänner 2013 vom Sicherheitsrat verabschiedeten Resolution 2086.

Der Sicherheitsrat

> *Reiterates* its commitment to continue to improve its consideration and reflection of early peacebuilding tasks in the mandates and composition of peacekeeping operations, and in this regard, *stresses* the necessity for the Secretariat to plan early peacebuilding tasks in phases with clear objectives, taking into account local conditions and lessons learned, which should contribute to long-term peacebuilding objectives, in order to allow successful transition and withdrawal of peacekeeping operations. (S/Res 2086 2013)

Ebenso hat sich das Verhältnis zwischen Peacebuilding und Entwicklung gewandelt. Während ursprünglich Entwicklung und Peacebuilding als zwei voneinander unabhängige Prozesse verstanden wurden und EntwicklungshelferInnen beim Auftreten von bewaffneten Konflikten das Land verließen und ihre Position von humanitären HelferInnen eingenommen

wurde, bekennt sich die neuere Literatur zu einem starken Nexus zwischen Peacebuilding und Entwicklung und den Einfluss von Entwicklung auf Friedensbildung und Konfliktprävention. (vgl. Uvin 2002: 5,6) Im Idealfall ist Peacebuilding heute ein „durch alle Phasen und Konfigurationen von Gesellschaft präsentes Konzept einer aktiven Friedenspolitik“ (Werther-Pietsch/Ritzer 2012: 28, 29), das auf der Garantie von Menschenrechten basieren sollte und die Stärkung und das Empowerment des Individuums zum Ziel hat (ebd.).

Statebuilding. Sisk versteht Statebuilding als eine bestimmte Ausformung des Peacebuilding-Ansatzes (Sisk 2013: 5). Fragile Situationen bzw. failing states kennzeichnen sich dadurch, dass ein Staat seine Grundfunktionen nicht mehr wahrnimmt, insbesondere die Sicherheitsfunktion, die Wohlfahrtsfunktion sowie die Legitimitäts- und Rechtsstaatlichkeitsfunktion (vgl. Troy 2007: 32, 33). Statebuilding zielt insofern auf den Aufbau von Institutionen ab, die in fragilen Staaten dysfunktional sind (Troy 2007: 80) und wird als „strengthening of state capacity through external intervention“ (Bliesemann 2008: 348) verstanden. Darauf rekurriert auch Sisk, wenn er Statebuilding als „the creation or recovery of the authoritative, legitimate, and capable governance institutions that can provide for security and the necessary rule-of-law conditions for economic and social development“ (Sisk 2013: 1) versteht.

Die Zitate verdeutlichen das Ziel, jene Strukturen, die einen Staat ausmachen und nicht länger vorhanden sind, wiederherzustellen oder neu aufzubauen – im Regelfall durch externe Akteure. Man kann ebenso von Kernfunktionen moderner Staatlichkeit sprechen, die sich an der Befriedigung der Erwartungen der Gesellschaft an den Staat messen. Die Betonung des Aufbaus von funktionierenden und legitimen Institutionen wurzelt in der Ansicht, dass diese für die nachhaltige Sicherung von Frieden und Entwicklung unabkömmlich sind. (vgl. Werther-Pietsch/Ritzer 2012: 29)

2.2.2 Nexus - Statebuilding for Peace

Wie einführend angemerkt, stellt sich die Frage, ob Statebuilding und Peacebuilding nicht ähnliche oder sogar dieselben Ziele verfolgen, wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise, denn „[t]hey converge in their aim to strengthen the relationship between the state and society and to promote representative and inclusive political systems and societies.“ (Haider 2012: 5) Peacebuilding und Statebuilding müssen insofern als interdependente Prozesse verstanden werden. Es gilt Ergänzungskapazitäten sowie potentielle Spannungsverhältnisse festzustellen.

Komplementarität. Das verbindende Element zwischen Statebuilding und Peacebuilding zeigt sich in dem Bemühen um Legitimation. „Peace builders and state builders share a fundamental preoccupation in ensuring that the peace process and the process to reconstitute the new polity enjoy broad-based legitimacy and support, so that they can prove resilient over time.“ (Rocha Menocal 2011: 1721) Statebuilding und Peacebuilding verfolgen als Hauptziel, diese, meist staatliche Regierungsautorität, legitimieren zu helfen. Zudem müssen die aufgebauten Institutionen in der Legitimation durch die Bevölkerung wurzeln, ansonsten besteht die Gefahr des Aufbaus von informellen Parallelstrukturen, die abseits von Staatlichkeit die Bedürfnisse der Bevölkerung decken (Bliesemann 2008: 364). Nur wenn die Prozesse lokal mitgetragen werden, besteht eine Aussicht auf Resilienz und konsolidierte Friedenspolitik. Insofern braucht es Institutionen, die dem Allgemeinwohl und nicht nur den Interessen elitärer Gruppen dienen. Vorgehensweisen und Prozesse müssen so inklusiv wie möglich gestaltet sein, um eine Chance auf Legitimation zu ermöglichen. (vgl. Rocha Menocal 2011: 1722) Der Aufbau von staatlichen Institutionen und gesellschaftliche Transformation müssen als sich verstärkende Prozesse wahrgenommen werden.

Darauf aufbauend hat sich ein *statebuilding approach to peacebuilding* etabliert, der davon ausgeht, dass Peacebuilding, ohne ein Minimum an funktionierender Staatlichkeit, nicht in der Lage ist, Frieden langfristig zu erhalten (Rocha Menocal 2009: 1). Auch Call (2008: 61) stellt fest, dass staatliche Institutionen notwendig sind, um Frieden zu konsolidieren. Zudem sei es notwendig, das Missverhältnis zwischen Peacebuilding Modellen, die eine Bottom-up Perspektive verfolgen, und Top-down Statebuilding Modellen auszugleichen (Haider 2012: 5). Ein Statebuilding for Peace Approach erweist sich insofern als Korrektiv für das Defizit, staatliche Strukturen als tragende Säulen im Peacebuilding Prozess wahrzunehmen. Die Präsenz anderer Akteure ist freilich wichtig, kann aber einen nachhaltigen Staatsaufbau nicht ersetzen. (Rocha Menocal 2011: 1720) „Effective state institutions and involvement and buy-in of state and political elites are necessary to enable an atmosphere that is conducive to civil society activities.“ (ebd.)

Spannungsverhältnis. Zum einen bestehen also Anhaltspunkte, die ein Ergänzungsbedürfnis zwischen Statebuilding und Peacebuilding verzeichnen und darauf hinweisen, dass der eine Prozess auf den anderen komplementär wirken kann, um gegenseitig Defizite auszugleichen. Zum anderen ergibt sich daraus jedoch auch ein gewisses Spannungspotential. Folgende Thesen, an Rocha Menocal und Call angelehnt, sind besonders zu beachten:

1. „Statebuilding may not automatically lead to peace.“ (Rocha Menocal 2009: 3) Statebuilding Prozesse verlaufen im theoretischen Konzept idealerweise demokratisch, sind inklusiv und reagieren auf die Bedürfnisse der Bevölkerung. Dass das in der Realität anders aussehen kann, ist naheliegend. Vor allem muss bedacht werden, dass Statebuilding Prozesse nach wie vor GewinnerInnen und VerliererInnen hervorrufen können indem man eine gesellschaftliche Gruppierung unterstützt und daher Potential besteht, die Gesellschaft weiter zu spalten anstatt einen konsensuellen Prozess herbeizuführen, der Staatlichkeit und Gesellschaft verbindet. (vgl. ebd.) Gesellschaftliche Verhältnisse müssen in staatliche Transformationen miteinbezogen werden.

2. „International peacebuilding undermines statebuilding when it bypasses state institutions, even though this may at times make sense.“ (Call 2008: 64) In fragilen Situationen können Kernleistungen von staatlichen Strukturen nicht erbracht werden. Deshalb stellt es manchmal den einfacheren Weg dar, staatliche Strukturen zu umgehen indem externe Akteure bzw. Peacebuilders Hilfe direkt den EmpfänerInnen zukommen lassen ohne dabei staatliche Institutionen zu durchlaufen und um Prozesse zu beschleunigen, indem man nationale Entscheidungen nicht einbezieht. (vgl. ebd.) Dies mag aufs Erste als eine schlüssige Vorgehensweise erscheinen, da fragile Staaten im Regelfall auch von Korruption oder repressiver Führung gezeichnet sind, auf lange Sicht kann aber keine befriedende Situation erwartet werden. Externe Peacebuilder müssen im Übernehmen der Basisfunktionen verschiedene Hilfsmodalitäten bereithalten, um einerseits Grundbedürfnisse stillen zu können und um andererseits Staatlichkeit zu stärken. (vgl. Rocha Menocal 2011: 1729, 1730)

3. „Going too far in one direction“ (Call 2008: 65) versus „Going too far in the other direction“ (Call 2008: 66). Versucht man ausschließlich staatliche Kapazitäten zu stärken indem man keine Rücksicht auf Inklusivität, Rechenschaftspflicht und politische Prozesse nimmt, können Menschenrechtsverstöße und politische Ausgrenzung dadurch sogar gefördert werden. Versucht man hingegen um des Friedens willen nationale Eliten zu besänftigen und setzt minimale Bedingungen an die Umsetzung von Transparenz und Rechenschaft, kann dies die Macht autoritärer und unterdrückender Führung stärken und die Nachhaltigkeit von Frieden und

Staatlichkeit aufs Spiel setzen. (vgl. ebd.) Es gilt die Balance zwischen Stärkung der Staatlichkeit und Peacebuilding Arbeit zu finden.

Zwischenconclusio. Der Statebuilding for Peace Approach macht deutlich, dass verschiedene Interventionsformen das Potential hätten, Defizite auszugleichen. Im Fall von Statebuilding und Peacebuilding wird offenkundig, dass das eine das andere ergänzen könnte, indem man gesellschaftliche Verhältnisse mehr in Statebuilding Prozesse einbezieht und Peacebuilder ihre Hilfewege nicht nur durch externe Akteure schaffen, sondern lokalen, staatlichen Institutionen die Chance einräumen, die Führungsrolle in Basisfunktionen wieder aufzunehmen. Peacebuilding wird auf Deutsch mit Friedenskonsolidierung übersetzt, Frieden kann aber nur konsolidiert werden, wenn man vorgefundene Strukturen stärkt und Gesellschaft und Staat auf einem demokratischen Weg zusammenführt.

2.2.3 Schwachstellen im System - Wie kann Human Security wirken?

> Somewhere between peacebuilding as an activity focused on a 'sustainable peace' often understood as grass-roots, locally owned and resonant, and statebuilding as an institutional activity backed by the mainly western international community for its own interests and to consolidate its security and normative systems, a very unsatisfactory form of peace has emerged. (Richmond 2010: 167)

Ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen Statebuilding und Peacebuilding wurde bereits dargelegt. Dieses Unterkapitel behandelt die Schwachstellen beider Prozesse und wie ein Mehr an menschlicher Sicherheit auf diesen soweit „unsatisfactory […] peace" (ebd.) positiv wirken kann.

Liberal Peace. Gegenwärtige Peacebuilding Prozesse folgen weitgehend liberalen Prinzipien. Dieses sogenannte *liberal peacebuilding* muss sich vehementer Kritik stellen und sorgt für Kontroversen in akademischen Auseinandersetzungen, siehe beispielsweise Paris vs. Roberts. Am Pranger stehen insbesondere die „top-down promotion of democracy, market-based economic reforms and a range of other institutions associated with 'modern' states as a driving force for building peace." (Newman 2011: 1739) Peacebuilding Prozesse in diesem Sinn folgen dem neoliberalen Wirtschaftsmodell, Demokratie soll von oben herab in der Bevölkerung konsolidiert werden und auch ansonsten orientiert man sich an westlichen Staaten, die als modern gelten.

Ein Autor, der nach wie vor das liberale System befürwortet, ist Paris. Er anerkennt Fehler im System des liberalen Peacebuilding, meint jedoch, dass es Modifizierungen innerhalb der liberalen Linien brauche und aktuelle Kritik übertrieben ist (Paris 2010: 338). Andere AutorInnen plädieren hingegen für eine Abkehr und Neuorientierung, so hält beispielsweise

Roberts (2012: 366) fest, dass Resultate bisheriger Peacbuilding Missionen kläglich sind, denn

> in nearly half of all interventions Liberal peacebuilding fails within five years and there is little evidence of democratic practice beyond elections and truth commissions, especially in the institutions of state and leadership. Violence too often returns after peacebuilders leave, and elites routinely disguise traditional, neopatrimonial behavior behind a patina of Liberal rhetoric and fancy nameplates on new offices. (Roberts 2012: 366)

Reales Peacebuiling hat sich diesen Resultaten jedoch nicht entsprechend angepasst und verfolgt nach wie vor dieselbe neoliberale, oktroyierende Strategie. Newman stellt fest, dass Peacebuilding Missionen zwar im Beenden von bewaffneten Konflikten und Stabilisieren durchaus erfolgreich waren, aber darüber hinaus keine Erfolge verzeichnen, denn der zu enge Blickwinkel von liberalem Peacebuilding erachtet Wohlbefinden, gerechte menschlicher Entwicklung und eine inklusive Demokratieentwicklung - jene Belange, die das Individuum betreffen - als sekundäre Angelegenheiten. (vgl. Newman 2011: 1737) Das Konzept der menschlichen Sicherheit in Peacebuilding Strategien einzubeziehen, könnte dies ändern, die Wirkung menschlicher Sicherheit liegt gerade in der Individualisierung.

Soeben zitierter Autor zählt einige Punkte auf, inwiefern Human Security im Peacebuilding andere Schwerpunkte setzen könnte und das Individuum durch den human security approach mehr in den Vordergrund rückt. Im Gegensatz zur Herstellung eines negativen Friedens, gelte es einen positiven Frieden herzustellen, der bewaffnete Konflikte beendet und stabilisiert und gleichzeitig nachhaltige ökonomische Entwicklung, inklusive Demokratieprozesse, individuelle Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit auf selber Ebene mit umfasst. Zudem genießt das Wohlbefinden einer individuellen Person im Rahmen des liberalen Peacebuildings keine Priorität, würde man Peacebuilding Prozesse durch die Brille der menschlichen Sicherheit neu gestalten, müsste man diese Belange jedoch automatisch in den Vordergrund stellen. (vgl. Newman 2011: 1739, 1750)

Auch in Statebuilding Prozessen gilt dieses Credo, man sollte Staaten nicht am Funktionieren ihrer Institutionen und Einrichtungen messen. Ein failed state kennzeichnet sich viel mehr dadurch, dass er seine Schutzverantwortung gegenüber der Bevölkerung nicht wahrnimmt und Bedürfnisse nicht befriedigen kann. „Institutions are fundamentally important, but they are not ends in themselves, but rather the means to an end: to enhance the welfare and livelihoods of individuals and communities.“ (Newman 2011: 1750) Für die Verwirklichung eben genannter Prinzipien ist menschliche Sicherheit ein unabkömmlicher Eckpfeiler.

Development/Peacebuilding – Nexus. Dem liberalen Peacebuilding ähnelnd muss sich auch das Verhältnis zwischen Entwicklung und Peacebuilding neu konfigurieren, denn wie zuvor bereits dargelegt, kann Entwicklung von Sicherheitsaspekten nicht getrennt diskutiert werden. Entwicklungspolitische Grundsätze sollten in sicherheitspolitisches Handeln einfließen und umgekehrt. (vgl. Petritsch 2012: 88) Der Einfluss von Entwicklung auf Konfliktprävention, Stabilität und Frieden ist längst unverkennbar. Wie Veränderung in konfliktbetroffenen und fragilen Staaten zu unterstützen ist, ist derzeit die größte Herausforderung für die internationale Entwicklungsgemeinscahft. (Civil Society Organisations 2012: 103) Insofern ist selbsterklärend, dass Peacebuilding Arbeit gleichzeitig auch Entwicklungsarbeit ist und EntwicklungshelferInnen und PeacebuilderInnen sich in ihrem Tun nicht abwechseln, sondern unterstützen und verstärken sollten.

Human Security trägt zu einer Rekonzeptualisierung ursprünglicher Auffassungen im Entwicklungskontext bei, indem *Freedom from Fear* und *Freedeom from Want* als „two inseparable faces of the same coin“ (Uvin 2002: 18) betrachtet werden. Auch ein Zusammenschluss von zivilen Organisationen hat ein Dokument veröffentlicht, das an die Entwicklungsgemeinschaft appelliert, entwicklungspolitische Rahmenkonzept dahingehend abzuändern, dass Konfliktprävention, Peacebuilding und Entwicklungsprozesse ebenbürtig, interdependent und verstärkend ineinander fließen. (Civil Society Organisations 2012: 103)

Legitimationslücke. Legitimation gilt als Schlüsselelement von gelungenen Interventionen und stellt gleichzeitig die größte Herausforderung dar. Insofern stellt sich die Frage wie Legitimation gemessen wird und in Peacebuilding und Statebuilding Prozessen erreicht werden kann.

Wie Kostovicova (2008: 631) anführt, basiert Legitimation im Regelfall auf Mandaten und wird anhand der Vorgehensstrategie von externen Intervenierenden eruiert, anstatt den „degree of acceptance by the people it governs“ (ebd.) heranzuziehen. Ebenso spricht die Autorin von einem „managerial approach“ (Kostovicova 2008: 634) in der Literatur, der die Taktiken und deren Auswirkungen von internationalen Akteuren von oben herab beurteilt und dabei die Stimme der lokalen WählerInnenschaft vernachlässigt (ebd.). Dies überrascht, denn die Erkenntnis, dass Akzeptanz und der Glaube in das politische System seitens der lokalen Bevölkerung die Basis von Legitimation darstellen, sollte nicht neu sein.

Bliesemann (2008: 356) weist auf die Gefahr hin, dass Legitimation gehemmt werden kann, indem Statebuilders zwar lokale Gegebenheiten beachten, aber lediglich die Interessen einer

Gruppe auf Kosten der anderen unterstützen – unter Umständen ist dies der einfachere Weg, um intervenieren zu können. Eine solche Vorgehensweise unterminiert das Ziel von Beginn an, denn während man versucht, Institutionen und staatliche Strukturen aufzubauen, ist es zugleich wichtig, so inklusiv wie möglich zu agieren, um der Legitimation durch die lokale Bevölkerung gerecht zu werden. Oft ist die Unterscheidung zu einflussreichen Eliten gar nicht leicht und eine tiefergreifende Kenntnis der vor Ort Situation notwendig. Institutionen müssen dem Allgemeinwohl und nicht nur den Interessen einer kleinen elitären Gruppe dienen, wenn sie die Legitimation der breiten Bevölkerung genießen wollen. Als weiteres Paradoxon führt der Autor an, dass Statebuilders manchmal genau zu jenen Mitteln greifen, die sie eigentlich abschaffen wollen und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf autokratischem Weg propagieren (vgl. Bliesemann 2008: 357).

Da zusätzlich in der Literatur und in der Praxis wenig Einigkeit darüber besteht, was für eine Art von Staat entstehen soll, muss sich Statebuilding der Kritik stellen, nichts weiter als westliche Werte, Institutionen und Normen übermitteln zu wollen und wird des Neoimperialismus bzw. Neokolonialismus bezichtigt. Folgende Fragen bringen diese kritischen Gedankengänge auf den Punkt: „[W]hen we talk about 'state building', whose state building are we talking about? Who is doing the building and who, rather than what, is being built?" (Marquette/Beswick 2011: 1706, 1707) Insbesondere zielen diese Überlegungen auch auf das Verhalten der Geber ab, die Statebuilding als notwendig erachten, um Stabilität zu erzielen, um so zu internationalem Frieden und Sicherheit beizutragen. Im Verständnis dieser Begriffe, die auch Peacebuilding betreffen, spiegeln sich aber tendenziell die Interessen westlicher Staaten wieder, wodurch die Interessen der lokalen Bevölkerung unterminiert werden können. (vgl. Marquette/Beswick 2011: 1710)

Auch Rocha Menocal (2009: 2) hält fest, dass Geber sich oftmals für ihnen bekannte Formen der Legitimation entscheiden und so unter Umständen Legitimation von Staaten unterminieren anstatt sie zu stärken – wenn zum Beispiel das Vertrauen in informelle Institutionen und Prozesse größer ist als in formelle.

Im Regelfall versucht man also Legitimation herzustellen, indem man Entscheidungen über die Köpfe der Menschen vor Ort hinweg trifft und wenig darauf achtet, in welche Institutionen die lokale Bevölkerung Vertrauen hegt. Auch im Fall von Legitimation gilt es festzuhalten, dass das Wirken von menschlicher Sicherheit in der Individualisierung liegt und Human Security eine People-Centerdness ermöglicht indem man von einem top-down Blickwinkel abkehrt hin zur bottom-up Perspektive. (vgl. Kostovicova 2008: 631) Weder

Mandate oder Berichte von externen Akteuren noch die Interessen der GeberInnen dürfen ausschlaggebend sein, sondern die Akzeptanz und das Vertrauen der lokalen Bevölkerung müssen als tragende Säulen erkannt und beachtet werden – nur so kann der *legitimacy gap* gefüllt werden.

Lokale Wende. Die soeben diskutierten Punkte sollten das zentralste Element der menschlichen Sicherheit darlegen – die Präsenz, das Wirken und die Bedürfnisse der Betroffenen. Die Ausführungen zu *liberal Peace* und Legitimationslücke machen deutlich, dass Problemstellungen und Herausforderungen sowohl in Statebuilding als auch in Peacebuilding Prozessen auf die Missachtung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Bedürfnisse zurückzuführen sind.

In der derzeitigen Literatur ist zwar eine Hinwendung zur Bedeutung der *Locals* zu erkennen, die Tatsache, dass dadurch bislang gültige Modelle in Frage gestellt werden, erschwert jedoch einen Umschwung. Beispielsweise verstehen manche diese lokale Wende als einen Affront gegenüber dem *liberal peace* und tun Versuche, lokale Persönlichkeiten, Rechte und Bedürfnisse zu berücksichtigen als romantisch und partikularistisch ab. Mangelnde Entwicklung gilt als genügender Grund, um extern Industrialisierung und Ökonomisierung in einem liberalen System zu forcieren. Die Befugnis des Nordens im Süden zu intervenieren, um seine Werte und Gesellschaftsmodelle zu etablieren, wird hinterfragt – das Problem der Legitimation ist hier ebenso präsent, denn die neoimperiale Vorgehensweise wird kritisiert. (vgl. Mac Ginty/Richmond 2013: 764, 765) „The local is assumed to be a near empty space, willingly subservient to Northern models and interests." (Mac Ginty/Richmond 2013: 765)

Zu beachten ist jedoch, dass Inputs externer Akteure nicht kausale und gewünschte Resultate zur Folge haben, sondern langanhaltende Lösungen im Regelfall unbeabsichtigte Konsequenzen von Verhandlungs- und Adaptierungsprozessen sind. (Andersen 2012: 118) Peacebuilding sowie Statebuilding sollte hingegen nicht nur eine Stabilisierung der Situation schaffen, sondern ebenso gute Voraussetzungen dafür, dass Betroffene in Krisenregionen die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst übernehmen und internationale Akteure sich so bald als möglich zurückziehen. (Truger 2011: 339) Das ist nur dann möglich, wenn man lokale Gegebenheiten nicht als rückständig und ungeeignet für Modernisierungs- und Demokratieprozesse einschätzt.

In diesem Zusammenhang ist auf die Problematik des informellen Sektors zu verweisen, der in einem Netz aus externen Akteuren und einem System, das lokale Bedürfnisse nicht

miteinbezieht, entsteht. Nimmt man die lokale Bevölkerung als passiven Akteur wahr, reagiert diese und passt die Konditionen ihrer eigenen sozialen und politischen Logik an, wenn nötig indem sie formale Institutionen umgeht oder eigene informelle kreiert. (vgl. Bliesemann 2008: 349) Troy (2007: 95) meint diesbezüglich, dass parallelstaatliche Strukturen insofern eine Herausforderung für die Interventionsmacht darstellen, in der Frage welche lokalen Gruppen sie unterstützt, wenn diese Teile des Staatsgebiets bereits effektiv beherrschen. Dabei besteht die Gefahr, dass einer Gruppe auf Kosten der anderen gedient wird.

Informelle Sektoren entstehen im Regelfall dann, wenn die Bedürfnisse des täglichen Lebens nicht gedeckt sind. Dass Peacebuilding und Statebuilding Prozesse diese nicht abzudecken vermögen, wird heftig kritisiert. Gegenwärtige Modelle nehmen das Indiviuum nicht ausreichend wahr und haben einen „lack of sensitivity towards local needs and desires." (Newman 2011: 1740)

Die Perspektive der menschlichen Sicherheit würde nicht leugnen, dass „Human insecurity—deprivation, alienation, exclusion—[…] a direct threat to peace-building processes and objectives, since these undermine the legitimacy of peace building and fuel the underlying sources of conflict" (ebd.) bedeutet. Obwohl das Konzept menschliche Sicherheit schon seit 20 Jahren besteht und in seiner Theorie das Individuum vorne anstellt, scheint diese Hinwendung zu den Betroffenen, wie Mac Ginty und Richmond (2013) es beschreiben, noch nicht in den Praktiken von Peacebuilding und Statebuilding angekommen zu sein. Funktionierende Institutionen und Stabilität scheinen über dem Wohlbefinden der Menschen zu stehen.

Ein Human Security Approach hingegen würde in erster Linie danach streben physische und materielle Sicherheit von Individuen herzustellen, indem neben der Bearbeitung des Konflikts selbst, Armut gelindert wird, Arbeitsplätze geschaffen und öffentliche Dienstleistungen erbracht werden - im Glauben, dass Friede und Stabilität aus der Sicherheit Einzelner resultieren können. (vgl. Newman 2011: 1749) Die Wahrscheinlichkeit, dass post-Konflikt Gesellschaften Frieden und Aussöhnung annehmen und politische Strukturen akzeptieren ist höher, wenn ihr materielles Dasein gesichert, gesellschaftliche Teilhabe garantiert ist und Perspektiven zukunftsträchtig sind. (ebd.: 1750)

2.2.4 Zwischenconclusio

Obwohl die Kritikpunkte an Peacebuilding und Statebuilding Prozessen verschieden sind, wurzeln sie doch in einem gemeinsamen Nenner - der mangelnde Bezug zu lokalen gesellschaftlichen Verhältnissen. Das gegenwärtige liberale Modell betrachtet jene Angelegenheiten, die das Individuum betreffen, als sekundär. Legitimation wird anhand von externer Beurteilung gemessen und Entwicklung, Wohlbefinden und Sicherheit im Alltag finden sich ohnehin kaum bis gar nicht auf Peacebuilding und Statebuilding Agenden. Es ist zu hoffen, dass die Realität der Wende in der Literatur folgt, und den *Locals* nicht nur auf dem Papier ein neuer Stellenwert eingeräumt wird. Durch einen vermehrten Human Security Approach besteht Entwicklungspotential. Die lokale Bevölkerung darf nicht als passiver Akteur abgetan werden, sondern muss als aktives, wenn nicht als wichtigstes Glied in Friedensprozessen wahrgenommen werden.

Gegenwärtige Prozesse stellen kurzfristig Stabilität und Frieden her, langfristig kann aber kaum von Resilienz und Friedenskonsolidierung gesprochen werden, da Intervention akut passiert und man versucht, katastrophale Lagen so schnell als möglich unter Kontrolle zu bekommen. Summa summarum verfolgen Peacebuilding und Statebuilding dieselben Ziele, ein Statebuilding for Peace Approach scheint den Umständen gerecht zu werden. Die diskutierten Spannungsverhältnisse müssen freilich als potentielle Gefährdungen beachtet werden.

In veränderter Form vermag ein Statebuilding for Peace Approach langfristig Stabilität und Frieden herzustellen, indem man Prozesse mehr durch die Perspektive von Human Security zu leiten versucht und erkennt, dass das Individuum das wichtigste Glied der Kette ist. Die Orientierung an liberalen Prinzipien verabsäumt es, dem Wohlbefinden und der Sicherheit der lokalen Bevölkerung genügend Priorität einzuräumen und kann so dem Anspruch auf Frieden und Stabilität nicht gerecht werden.

Ein Staat kann nur dann resilient sein, wenn es auch seine BürgerInnen sind und nur dann Frieden und Demokratie konsolidieren, wenn seine BürgerInnen genügend Anlass haben, Vertrauen in bestehende Institutionen zu haben. Würde man von liberalen Prinzipien abkehren, hin zur menschlichen Sicherheit als leitende Theorie, müsste das Individuum automatisch einen anderen Stellenwert genießen.

2.3 Conclusio - Arbeitsdefinition

Den theoretischen Teil schließend sind nochmals jene Begrifflichkeiten aufzugreifen, die als Arbeitsdefinition und Richtlinie für anschließende Ausführungen gelten sollten. Allen voran stehen durch den Blickwinkel der menschlichen Sicherheit betrachtet das Individuum bzw. die **gesellschaftlichen Verhältnisse**. Sicher ist, wer die Bedürfnisse des täglichen Lebens auf individueller und kollektiver Ebene befriedet sieht und Vertrauen schöpfen kann, dass sich Institutionen und staatliche Strukturen zu Gunsten des Wohlbefindens ihrer BürgerInnen ausrichten.

Auf dieser Annahme basierend, leitet sich die Priorität von **Local Ownership** in externen Interventionen ab, die schriftlich zwar gewährleistet ist, deren Umsetzung in die Realität bisher noch zu wünschen übrig lässt. Lokale Gegebenheiten wahrzunehmen und ausreichend auf die Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort einzugehen, erfordert viel Zeit und Sensibilität und bedeutet freilich mehr Aufwand für Intervenierende, deren Motivation sich ja nicht immer in der Verbesserung der Situation der *Locals* gründet, sondern in Profitinteressen des entsendenden Landes münden kann. Peacebuilding und Statebuilding Prozesse sollten dahingehend ausgerichtet sein, dass sie langfristig Frieden und Stabilität herstellen und gleichzeitig die Entwicklung im betroffenen Land als Motor erachten. Akute Situationen sollen natürlich kurzfristig unter Kontrolle gebracht werden, dabei muss jedoch bedacht werden, dass abrupte Handlungen unbedachte und ungeplante Konsequenzen haben können.

Eng einher mit diesen Gedanken geht die **Legitimation** dieser Handlungen, die ebenso lokal akzeptiert werden müssen, um nicht Gefahr zu laufen, dass sich parallelstaatliche Strukturen etablieren und von externen Akteuren eingerichtete Institutionen obsolet machen. Legitimation gilt in diesem Sinne als Zeichen von gelungenen demokratischen Prozessen.

Auf kollektiver Ebene gelten **Resilienz** und **Konsolidierung** als erstrebenswerte Ziele. Externe Intervention sollte so gestaltet sein, dass fragile Staaten wieder zu selbständigen und resilienten Staaten werden, denen Demokratie inhärent ist. Intervention sollte den Staat dahingehend beeinflussen, dass er im Sinne einer **verantwortlichen Souveränität** wieder in der Lage ist, seine Schutzverantwortung gegenüber den BürgerInnen wahrzunehmen. Auch dieser mühsame Weg kann nur durch Einbeziehung gesellschaftlicher Verhältnisse geschafft werden.

Menschenrechte und **Entwicklung** dürfen nicht abseits von Sicherheitsthemen behandelt werden, sondern müssen als tragende Säulen erkannt werden. Entwicklung kann ein Motor für

ein fragiles Land sein und steht so im engen Zusammenspiel mit Konfliktprävention und Friedensbildung. Menschenrechte bilden das Fundament für die Verwirklichung der Ansprüche menschlicher Sicherheit.

Die folgenden Ausführungen werden von dem soeben dargelegten Standpunkt aus erörtert – die Frage ist, was können die Einsichten des Konzepts menschliche Sicherheit dazu beitragen, dass internationale Interventionen bessere Früchte tragen.

3 Fallbeispiel Kosovo

Spricht man von humanitären Interventionen, gilt der Kosovo als Parade-Fallbeispiel. Ein kurzer Überblick der Geschichte der Region bzw. des Staates seit 1999 soll dem besseren Verständnis dienen. Anschließend gilt es, die internationale Präsenz zu erörtern. Hauptaugenmerk dieses Teils der Arbeit liegt jedoch auf der Frage, inwiefern menschliche Sicherheit im Kosovo verwirklicht ist und im vorherigen theoretischen Teil betonte Prinzipien in die Strategien und in die Arbeit externer Akteure einfließen. Dabei interessieren der Arbeitsdefinition gemäß besonders die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Rolle der *Locals*, die Legitimation externer Präsenz und das Potential auf Resilienz und Konsolidierung dieses jungen, fragilen Staates.

3.1 Einführend

3.1.1 Geschichtlicher Hintergrund

Die Ursachen des Kosovo-Konflikts reichen weit in die Geschichte zurück und wurzeln tief in der Minderheitenproblematik. Das 19. Jahrhundert war bereits von Unabhängigkeitsbestrebungen und unterschiedlichen Interessen der gespaltenen Bevölkerung geprägt. Zum absoluten Eklat sollte es jedoch Ende des Jahrhunderts kommen. Um 1912/ 1913 brachte Serbien die Region Kosovo unter seine Herrschaft und damit eine relative große albanische Minderheit, die von Beginn an versuchte, sich einer Eingliederung zu widersetzen. (vgl. Wolfgram 2008: 468) Mit dem Tod Titos 1980 begann die krisenhafte Entwicklung in Jugoslawien, während der Kosovo bis dahin weitgehend Autonomie genoss, verursachte der Aufstieg Milosevic deren Aufhebung (Feichtinger, Jurekovic 2006: 286).

Die Vorgeschichte, in der der Anspruch auf den Kosovo sowohl in den Staaten Serbien als auch Albanien tief verankert ist, ist freilich mitverantwortlich für die gewalttätige Eskalation in den 1990er-Jahren. Ausschlaggebend war dennoch wohl die miserable wirtschaftliche Situation, prekäre Lebensbedingungen und der Fanatismus von Slobodan Milosevic, der mit seinem großserbischen Programm den Nationalismus in Jugoslawien vorantrieb. (vgl. Forster 2005: 68).

Ab 1990 sollte sich die Situation zuspitzen: Der Kosovo rief seine Selbständigkeit aus, die UCK, die Befreiungsarmee des Kosovo, verübte erste Anschläge auf Polizeistationen bis die Situation zwischen serbischer Polizei und UCK eskalierte und massive Menschenrechtsverletzungen und Flüchtlingsbewegungen die Folge waren. (vgl Feichtinger, Jurekovic 2006: 286) Mit zunehmendem Gewaltpegel stieg der Druck auf die internationale

Staatengemeinschaft und als letzte Friedensverhandlungen mit Milosevic auf serbischer Seite scheiterten, begann die sogenannte Operation Allied Force, also die Nato-Luftangriffe im März 1999, die elf Wochen andauern sollten (Rossbacher 2004: 70, 71). Dieser militärische Angriff ist nach wie vor in seiner rechtlichen Legitimation sehr umstritten, da die Operation von keinem Mandat des UN-Sicherheitsrates gedeckt war (Feichtinger 2006: 17).[3]

Als das Bombardement Anfang Juni ein Ende nahm, wurde am 10. Juni 1999 die Resolution 1244 verabschiedet, die die Grundlage für eine zivile und eine militärische Mission bildete (Forster 2005: 68). Während diese Resolution den administrativen Aufbau in die Hände der UN mit Unterstützung von der EU und OSZE legte und die militärische Sicherheit der Nato überließ, blieb der Kosovo territorial unter der Hoheit Serbiens (Wolfgram 2008: 465). Das Prolongieren der Statusfrage und die damit einhergehende Ungewissheit sollte das größte Manko der Mission darstellen. Die Absicht, einen selbstregierungsfähigen Staat aufzubauen, stand mit der Territorialherrschaft Serbiens im Widerspruch. (vgl. Baliqi 2008: 121)

Die UN-Mission versuchte sukzessive Bedingungen für die Klärung der Statusfrage herzustellen, beispielsweise die Standards before Status – Strategie unter SRSG Steiner[4], die verschiedene Kriterien festlegte, welche erfüllt und realisiert werden sollten, ehe man über die Statusfrage zu verhandeln begann (Baliqi 2008: 134). Ein Implementierungsplan wurde ausgearbeitet, doch noch vor dessen Veröffentlichung kam es zu den sogenannten March Riots 2004: Aufstände seitens albanischer NationalistInnen gegenüber der serbischen Minderheit. Diese offenbarten, dass man vom Erreichen der Ziele weit entfernt war und die internationale Gemeinschaft erkannte, dass die Standards before Status-Taktik gescheitert war. (vgl. Wolfgram 2008: 475, 476) Man einigte sich auf eine ‚Standards and Status' Strategie, Verhandlungen über die Statusfrage sollten also zeitgleich starten. Anfang 2006 begann die UNO tatsächlich Gespräche über die Statusfrage einzuleiten, obwohl die Standars bei weitem nicht erfüllt waren und insbesonders die Minderheitenrechte nicht gewährleistet waren. Der UN Sonderbeauftrage Ahtisaari leitete erfolglos Verhandlungen zwischen Priština und Belgrad, die Gespräche endeten aber in einer Sackgasse – die zwei Optionen, entweder völlige Unabhängigkeit für Kosovo oder substantielle Autonomie im Hoheitsgebiet Serbiens

[3] Obwohl der UN-Sicherheitsrat die wichtigste Instanz für die Legitimierung internationaler Interventionen ist, zeichnet sich am Beispiel Kosovo eine häufige auftretende Vorgehensweise ab - die Umgehung dieses Gremiums. Die USA versucht als einzig verbleibende Supermacht ihre sicherheitspolitischen Interessen auf diesem Wege unilateral durchzusetzen, Russlands und Chinas Position erschweren Einigungen im Sicherheitsrat. (vgl. Jurekovic 2006: 268)

[4] Der SRSG ist der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs, der die Mission leitet und die höchste zivile Autorität im Land ist. Zu diesem Zeitpunkt war es der deutsche Diplomat Michael Steiner. (vgl. Baliqi 2008: 120, 134)

liesen wenig Raum für einen Kompromiss. (vgl. Tansey 2009: 159) Letzten Endes entschied der Kosovo unabhängig von der UN und erklärte im Februar 2008 seine Unabhängigkeit. Beinahe neun Jahre war die Region nun bei ungelöster Statusfrage dem Proktetorat der UN unterstanden (Dzihic 2010: 143).

Die größte Herausforderung seit der Ausrufung der Unabhängigkeit stellt unbestritten das Verhältnis zu Serbien dar und auch der Konfliktherd Nordkosovo, in dem ein großer Teil der serbischen Minderheit ansässig ist. "The Serb-controlled north is of particular concern to the Kosovo government and the international community due to fear of creeping partition." (ICG 2009: 12) Der Staat Serbien anerkennt Kosovos Unabhängigkeit nicht und meinte 2008, dass die Unabhängigkeitserklärung völkerrechtswidrig sei (Wolfgram 2008: 484). Seit 2011 leitet die EU allerdings Gespräche zwischen Serbien und dem Kosovo, um eine nachbarschaftliche Beziehung und eine Normalisierung der Situation zu erreichen (vgl. Obradović-Wochnik/Wochnik 2012: 1159). Eine im Jahr 2013 getroffene Vereinbarung zwischen den beiden Premierministern soll parallelstaatliche Strukturen im Nordkosovo eindämmen und die Struktur der Polizei entsprechend neu gestalten. Zudem soll die serbische Minderheit mehr Richter stellen. (vgl. Barlovac 2013, Ristic 2013)

Noch bedeutender für das Schicksal der Unabhängigkeit werden aber die Wahlen Anfang November 2013 sein. Die letzten Kommunalwahlen fanden 2009 statt und wurden von der serbischen Minderheit boykottiert, die ihrerseits seitens Serbien unterstützt eigene Wahlen durchführte. (Ristic 2013) Der aktuelle Status Quo besagt, dass sich die serbische Minderheit diesmal beteiligen wird. „Die Teilnahme der Serben an den Kommunalwahlen im kosovarischen Rechtssystem ist, wie serbische Kritiker meinen, ein weiterer Meilenstein in der Abrundung der Unabhängigkeit des Kosovo." (Ivanji 2013)

Dieser geschichtliche Überblick greift freilich zu kurz. Es wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, dieser Exkurs erfolgte lediglich, um zu diskutierende Themenbereiche besser einbetten zu können.

3.1.2 Internationale Präsenz – ein Überblick

Mit Verabschiedung der Resolution 1244 beschloss der Sicherheitsrat "unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen im Kosovo internationale zivile und Sicherheitspräsenzen zu dislozieren, die über das erforderliche geeignete Gerät und Personal verfügen." (S/Res/1244 1999)

Vor 2008. Die UNMIK (United Nations Interim Administration Mission in Kosovo) kann als ein Konglomerat aus verschiedenen internationalen Organisationen beschrieben werden, die alle der Schirmherrschaft der UN unterstanden, deren Chef auch heute noch der SRSG[5] ist (Rossbacher 2004: 138, 139). Die Organisation der UNMIK gliederte sich in einer 4-Säulen-Struktur. Die erste umfasst humanitäre Hilfe und wird von dem UNHCR geführt, die zweite Säule obliegt der UN selbst und besteht in ziviler Verwaltung, die dritte Säule unterliegt der Führung der OSZE mit dem Auftrag zur Demokratisierung und dem Aufbau von Institutionen. Als vierte Säule ist die Verantwortung zum Wiederaufbau, im Sinne von Infrastruktur und wirtschaftliche und soziale Systeme, der EU zugeteilt. (vgl. Rossbacher 2004: 142-1521)

Die Sicherheitspräsenz obliegt der NATO und wird von der Kosovo-Force (KFOR) ausgeführt (Rossbacher 2004: 163; ACO 2013).

Angesichts parallelstaatlicher Strukturen und mangels Personal erkannte die internationale Präsenz, dass sich der Kosovo nicht so leicht unter externe Kontrolle bringen ließ wie ursprünglich angenommen – man musste mit de facto Institutionen kooperieren. Direkte Opposition schlug fehl, insofern wurde 1999 die JIAS (Joint Interim Administrative Structure) unter Einbeziehung politischer Anführer ins Leben gerufen. Die Einführung der JIAS brachte wiederum die Gründung des IAC (Interim Administrative Council) mit sich, ein administrativer Rat, in dem kosovoarische Anführer einen Sitz erhalten sollten, unter der Bedingung dass sie vorherige Ansprüche aufgeben und parallelstaatliche Strukturen auflösen. (vgl. Lemay-Hébert 2012: 470)

2001 folgte der nächste Schritt, nämlich die ersten Parlamentswahlen und die Einführung von Institutionen für eine potentielle Selbstregierung Kosovos. Die PISG (Provisional Institutions of Self-Government) löste die JIAS ab und sollte weitgehende Aufgaben der UNMIK übernehmen. (vgl. Forster 2005: 72)

Sowohl JIAS als auch PISG sollten der Einbeziehung gesellschaftlicher Verhältnisse dienen und einen Rückzug der internationalen Akteure möglich machen. Der Einfluss der UNMIK blieb allerdings enorm. „Although it was a major step towards a transfer of certain competencies to local institutions, the framework did not fundamentally alter the architecture

[5] Derzeit hat Farid Zarif diese Position inne. (UN 2011) Für vorherige SRSGs siehe http://www.unmikonline.org/Pages/SRSGs.aspx [Zugriff: 07.09.2013]

of power in Kosovo, in the sense that UNMIK still held the keys of power." (Lemay-Hébert 2012: 471)

Nach 2008. Mit der Erklärung der Unabhängigkeit kündigten sich einige Veränderungen in der internationalen Präsenz an. Eine Internationale Lenkungsgruppe (ISG) überwachte die Unabhängigkeit und richtete das Internationale Zivilbüro (ICO) ein. Hauptaufgabe dieses Büros war die Umsetzung des Ahtisaari-Plans, der eine vorerst überwachte Unabhängigkeit vorsah, zu überwachen und besonderes Augenmerk auf Minderheitenschutz und Menschenrechte zu legen. Im Jahr 2012 sollte es jedoch zu einem Ende dieser überwachten Unabhängigkeit kommen, trotz der ungelösten Problematik im Nordkosovo. (ADA 2013: 2) Beim letzten Treffen der ISG am 10. September 2012 erklärte diese das Ende der überwachten Unabhängigkeit und beendete das Mandat des ICR (International Civilian Representative). (ICO 2012)

Die EU ist durch den EUSR (European Union Special Representative) vertreten, Hauptaufgabe dieses Büros ist es, den Diaolog zwischen dem Kosovo und Brüssel aufrecht zu erhalten und die Annäherung einer Mitgliedschaft in der EU zu unterstützen. (vgl. European Union 2013).

Weiters hat die EU eine European Rule of Law Mission, EULEX, entsandt, die das bisher größte Unternehmen der gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik darstellt. Die EULEX sollte die UNMIK in verschiedenen Tätigkeitsbereichen weitgehend ablösen. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch an mangelnder Zustimmung Russlands im Sicherheitsrat, denn die Legalität einer solchen Mission im Rahmen der Res 1244 wurde bestritten, außerdem hatten zu diesem Zeitpunkt einige Staaten der EU den Kosovo noch nicht als unabhängigen Staat anerkannt. Darüberhinaus bestand Uneinigkeit in der Bevölkerung, die Kosovoalbaner hätten die UNMIK gerne durch die EU abgelöst gesehen, während die serbische Minderheit das Gegenteil verlangte. (vgl. Wet 2009: 83-86) Als vorerst vierte Säule der UNMIK-Struktur, sollte die EU künftig eine neutrale Position einnehmen und musste letzten Endes doch der Schirmherrschaft der UN unterstehen.

Weiterhin ist die OSZE in den Feldern der Demokratisierung und der Menschenrechte tätig sowie die NATO noch immer präsent ist und ca. 5.000 SoldatInnen stellt. (ADA 2013: 3)

3.2 Kosovo

3.2.1 Ein funktionierendes Staatswesen?

Im Folgenden soll der Peacebuilding und Statebuilding Prozess im Kosovo genauer beleuchtet werden. Mit diesem Jahr steht Kosovo trotz zwischendurch erlangtem unabhängigem Status seit 14 Jahren im Einfluss vielzähliger externer Akteure - hat sich ein funktionierendes Staatswesen etabliert?

Der geschichtliche Überblick deutet auf eine positive Entwicklung hin, als Beispiel sind die Wahlen zu nennen, während die serbische Minderheit die Kommunalwahlen 2009 noch boykottierte, wird die Beteiligung für die kommenden Wahlen im November 2013 zugesagt. Auch während des Verfassens dieser Arbeit ereignen sich Geschehnisse, die als Anhaltspunkte für ein funktionierendes Staatswesen und ein besseres Verhältnis zu Serbien gelten können.[6] Fraglich ist dennoch, welche Spuren die internationalen Akteure hinterlassen und was übrig bleibt, wenn sich die internationale Gemeinschaft zurückzieht. Haben Peacebuilding und Statebuilding Bemühungen tatsächlich etwas beigetragen?

Unfinished State. Trotz medial verzeichneter Erfolge im Kosovo-Konflikt, deutet einiges darauf hin, dass der Kosovo eher ein fragiler als ein stabiler Staat ist und sich der Erfolg von Peacebuilding und Statebuilding in Grenzen hält. “Kosovo is still an unfinished state” meint bspw. Ernst (vgl. 2011: 124) und unterlegt dieses Statement mit einer internen und externen Perspektive. Von außen betrachtet genießt der Kosovo immer noch nicht eine übereinstimmende Zustimmung der internationalen Gemeinschaft, vor allem die mangelnde Akzeptanz Russlands und Chinas als Mitglieder des UN-Sicherheitsrates fallen ins Gewicht (ebd.). Auf das interne Staatswesen bezogen, ist die Ausformung von staatlichen Strukturen nicht besonders ausgeprägt. Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind wenig ausgeprägt und dem Justizwesen gilt der Vorwurf von Ineffizienz und Korruption. Das Vertrauen der Bürger in bestehende Institutionen ist spärlich. (vgl. Ernst 2011: 125, 126)

Zusätzlich haben einige EU-Mitglieder die Unabhängigkeit Kosovos nicht anerkannt. Rohan sprach diesbezüglich von einer echten Enttäuschung für die VertreterInnen des Kosovo, denn einige Länder haben den Kosovo seiner Meinung nach aus irrationalen Gründen nicht

[6] Beispielsweise wurde kürzlich ein getroffener Kompromiss über die Telefon- und Energieversorgung von Zeitungen als Durchbruch im Kosovo-Konflikt beschrieben. Siehe: http://derstandard.at/1378248435956/EU-meldet-Durchbruch-im-Kosovo-Konflikt [Zugriff: 22.01.2014] oder http://www.balkaninsight.com/en/article/belgrade-pristina-strike-deals-on-electricity-and-telecommunication [Zugriff: 22.01.2014]

anerkannt. Paradebeispiel ist Spanien, wo auch Minderheiten wie die Basken und Katalanen beheimatet sind. Bezüglich Spanien wurde argumentiert, dass die Minderheitensituation doch dort eine völlig andere sei als im Kosovo, denn sie wurden weder derart unterdrückt noch gab es eine militärische Intervention. Aber anstatt klar darauf hinzuweisen, dass die Situation in Spanien nichts mit der im Kosovo zu tun hat, erkannte Spanien den Kosovo bis heute nicht an. (vgl. Interview Rohan 2013: 9) [7]

Korruption, Intransparenz und Partikularinteressen sind generell häufige Vorwürfe an die politische Elite, ein Konglomerat dieser Charakteristika schafft wenig Möglichkeit für die Zivilbevölkerung Vertrauen in bestehende Institutionen zu schöpfen. Dzihic äußert sich zu diesen Vorkommnissen folgendermaßen: "Political elites perceive the state as private enterprise." (Dzihic 2010: 144) Viele Regierungsämter und Machtpositionen werden dem Politikwissenschafter zu Folge für Klientelismus genutzt und verhindern so die Entwicklung einer unabhängigen Verwaltung und Beamtenschaft. Statebuilding Prozesse können freilich an diesen Gegebenheiten scheitern sowie eine Zivilgesellschaft auch nur dann in politischen Prozessen Fuß fassen kann, wenn ein funktionierender Staat Rechtsstaatlichkeit forciert und Rechenschaftspflicht ablegt. (vgl. ebd.) Lokale Gegebenheiten sind klarerweise ausschlaggebend für ein Gelingen oder eben ein Scheitern von Peacebuilding oder SB Prozessen, die vor Ort anwesende und intervenierende internationale Gemeinschaft trägt aber ebenso viel Verantwortung. Wolfgram (2008: 472) sieht den Kosovo als "critical test case for those who advocate in favor of humanitarian interventions", auch Welch (2006: 221) spricht vom Balkan als "test bed".

Ein gescheiterter Anfang. Wenn es AutorInnen gibt, die, wie soeben angeführt, den Kosovo als kritischen Testfall für die Intervention der internationalen Gemeinschaft begreifen, muss man sich auch angesichts der Entwicklungen seit 1999 die Frage stellen, ob diese in ihren Vorhaben und Zielen im Kosovo gescheitert ist.

Ernst argumentiert, dass im Vergleich zu anderen Interventionen wie beispielsweise im Irak, Afghanistan oder auch Bosnien, die internationalen Akteure im Kosovo bessere Ausgangsbedingen vorfanden. Die UNMIK wurde positiv angenommen und die westlichen Mächte wurden als Wohltäter wertgeschätzt. (vgl. Ernst 2011: 123, 124) Warum also konnte sich die internationale Mission auf diesem vergleichsweise fruchtbaren Boden nicht genügend etablieren und die Region bzw. den jungen Staat sichern und stabilisieren?

[7] Für eine Liste jener Länder, die den Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt haben, siehe: Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Kosovo (2013) http://www.mfa-ks.net/?page=2,33 [Zugriff: 22.01.2014]

Rohan sieht in der Anlaufszeit ziviler Missionen ein großes Problem, im Fall der UNMIK hat dies ein halbes Jahr gedauert. Auf Grund der chaotischen Situation nach dem Krieg, staatliche Administration war nicht länger vorhanden, nahmen viele FunktionärInnen der KLA (Kosovo Liberation Army)[8] wichtige Positionen ein. Das politische Vakuum musste schließlich gefüllt werden. Als internationale Akteure die Verantwortung übernehmen wollten, wurde dies nicht mit Wohlwollen begrüßt. Rohan nannte das Beispiel einer jungen Frau aus Indien, die nach einem drei Viertel Jahr ins Land kam und die Position einer internationalen Bürgermeisterin einnehmen wollte, während sie nicht einmal der Sprache mächtig war. (vgl. Interview Rohan 2013: 4)

> Die Anlaufzeit für zivile Missionen ist also unerträglich lang und das Problem ist noch nicht gelöst worden, weder von der EU noch von der UNO. Und dann kommen Menschen aus *verschiedensten Ländern, aus verschiedensten Rechtssystemen, aus verschiedensten Kulturen in ein armes Gastland* und versuchen dort, ihren Aufgaben nachzugehen. (Interview Rohan 2013: 4, Hervorhebung der Verf.)

Wolfgram nennt zwei Gründe als Ursprung dieses Problems. Zum einen stellt er fest, dass das Herstellen von Sicherheit im Anfangsprozess von Missionen absolute Priorität sein muss und dabei auch Opfer seitens der extern Intervenierenden in Kauf genommen werden müssen - sollte man es wirklich ernst mit dem Erzielen einer sicheren Situation meinen. Im Fall Kosovo hingegen war es im Interesse der NATO, die eigenen Truppen zu sichern und so wenig Opfer wie möglich in den eigenen Reihen zu haben. Diese Absicht wirkte sich dahingehend aus, dass sich vor allem die AmerikanerInnen mit der KLA kurz schlossen, anstatt sie zu entwaffnen und ihre Autorität zu hinterfragen. (vgl. Wolfgram 2008: 461, 462, 472, 473)

Zum anderen hat sich diese Verflechtung mit der KLA durch die Prozesse gezogen und somit auch die Autorität der internationalen Akteure beeinträchtigt. Im Endeffekt gaben viel eher nationale Eliten die Pläne für den Kosovo vor als westliche Mächte und die Autorität der UNMIK. Ein Beleg für diese Hypothese zeigt sich in der gescheiterten Standards before Status – Strategie. Die UN begann ja vor allem auf Druck der USA den nächsten Schritt, also die Statusverhandlungen, einzuleiten, ohne dass die vorgegebenen Standards in genügender Weise erfüllt gewesen wären. (vgl. Wolfgram 2008: 465, 467)

Das Scheitern der Standards before Status - Strategie wurde bereits im geschichtlichen Überblick demonstriert. Als Fazit kann man wohl daraus schließen, dass die Argumentation der Unterordnung der NATO gegenüber der KLA bzw. UCK um eigene Reihen zu schützen,

[8] Im Kapitel zum geschichtlichen Hintergrund als UCK bezeichnet.

nicht unbegründet ist und diese Partei in ihrer mächtigen Position viel mehr hinterfragt und entmachtet hätte werden sollen.

White cars. Die ungenügende Ausrichtung auf gesellschaftliche Verhältnisse zieht sich als zentrales Argument durch diese Arbeit. Aber nicht nur im Bestreben, Institutionen aufzubauen und Stabilität und Sicherheit herzustellen, differieren externe von lokalen Akteuren, sondern schlicht auch in ihrem Auftreten. Lebensstandards von internationalen Akteuren und von der lokalen Bevölkerung sind auf unterschiedlichen Niveaus angesiedelt. Lemay erklärt dies anschaulich am Beispiel des white car Syndroms und meint damit die meist tollen Autos der internationalen Akteure, im Regelfall weiße Jeeps mit einem aufgedruckten Emblem einer internationalen Organisation. Es ist allgemein bekannt, dass Autos generell Ausdruck eines Status sein können, in einem Peacebuilding und Statebuilding Kontext bekommt dies jedoch nochmals eine andere Bedeutung. (vgl. Lemay-Hébert 2011: 1824, 1833)

> If the spectacle of UN Toyota Land Cruisers 'speeding around' was commonplace in the 1990s in the field of peace operation and humanitarian action in general, nowhere has it conveyed more political meaning than in the case of international administrations, especially because local actors have expressly used this issue to associate it with the *exogenous character* of the state-building agenda promoted by the UN. (Lemay-Hébert 2011: 1834, Hervorhebung der Verf.)

Lemay-Hébert führte weiters im Zuge seiner Recherche ein Interview mit Kurti Albin, dem Vorsitzenden der Selbstbestimmungspartei Vetendosje, der die Vorgehensweise internationaler Akteure und die Allgegenwart von UN Fahrzeugen als „symbolic violence" im Sinne Bourdieus bezeichnete. (Kurti zit. nach Lemay-Hébert 2011: 1834) Damit ist die stille und subtile Verbreitung kultureller und sozialer Modi im Alltagsleben gemeint. (Lemay-Hébert 2011: 1834) Diese Art der Gewalt wird nicht durch Polizeimaßnahmen, sondern eben über Sichtweisen und Selbstverständlichkeiten in unserem Denken verübt, es ist eine Gewalt, die als Gewalt per se nicht bewusst ist (Krais 2008: 52).

Der Schein dieser glänzenden Symbole sollte jedoch nicht trügen, denn mitunter kann man den Ausdruck materieller Überlegenheit auch als Mangel an Autorität interpretieren. Denn während internationale Akteure sich selbst und ihre Institutionen freilich im besten Licht präsentieren wollten, um die Kontrolle der prekären Situation zu demonstrieren, war dennoch offensichtlich, dass die lokale Elite von Anfang an großen Einfluss auf Entwicklungen hatte. (vgl. Ernst 2011: 128, 129) „All the suits and ties of the well-educated international state-builders, their big white Jeeps, and even the tanks, should not mislead any observer." (Ernst 2011: 129) Damit stellt Ernst vor allem auf die Präsenz der KLA ab. Beispielsweise ist

Hashim Thaçi, der vormals Vorsitzende Anführer der Befreiungspartei, nunmehr Premier Minister des Kosovo. Sein Patronagesystem wurde gestärkt und wächst kontinuierlich. (Ernst 2011: 129) Die mit Wolfgram belegte Argumentation, dass die Befreiungspartei nicht ausreichend entwaffnet und entmächtigt wurde, knüpft an die Annahme, dass internationale Akteure die Situation nicht unter Kontrolle hatten, sondern lokale Eliten maßgeblich eine Rolle spielten, an. Die KLA wurde zwar destabilisert, konnte jedoch als Kosovo Protection Corps weiterbestehen und somit ihre Struktur beibehalten. (vgl. Wolfgram 2008: 463)

Zusammenfassend besteht also ein Widerspruch zwischen dem äußeren Erscheinungsbild internationaler Akteure, das auf Macht und Autorität schließen lässt und dem tatsächlichen Kontrollvermögen.
Oftmals auf kurze Dauer begrenzte Amtszeiten externer Akteure stellen einen zusätzlichen Bonus für lokale Eliten dar (Ernst 2011: 129).

Hybridität. Ein weiteres kennzeichnendes Merkmal für Peacebuilding und Statebuilding Prozesse ist die Hybridität von Systemen, von Machtverteilung und gesellschaftlichen Gegebenheiten. Mac Ginty (2010: 391) definiert diesen zu stabilisierenden Frieden mit „peace (and security, development and reconstruction) in societies emerging from violent conflict tends to be a hybrid between the external and the local." Auch dieses Merkmal zielt auf die gesellschaftlichen Verhältnisse ab, im Wesentlichen geht es um ein Kräfteringen zwischen lokalen und externen Akteuren, in dem sich ein System etabliert, das eine Art von Kompromiss zwischen Interessen darstellt und nicht selten unbeabsichtigte Konsequenzen birgt. Dieses hybride System ist sozusagen der gemeinsame Nenner der bottom-up vs. top-down Perspektiven.[9] Im Kosovo sind mehrere solche Merkmale zu erkennen.[10]

Visoka versteht Hybridität „as a result of the unfulfilled promises of liberal peacebuilding, whereby institutions and rights are prioritised over local needs and interests, stability and security over justice and development, and external values and principles over the local culture and context" (Visoka 2012: 24). [11] Einerseits drückt sich dies in einer Interaktion zwischen den verschiedenen Machtdomänen aus und stellt andererseits den Widerstand der

[9] Bereits im Unterpunkt zu ‚Nexus – Statebuilding for Peace' wurde Haiders (2012) Argumentation zum Missverhältnis zwischen der bottom-up und top-down Perspektive angeführt.

[10] Einleitend, im Kapitel zur Aktualität von Human Security, wurde das Problem der parallelstaatlichen Strukturen erwähnt, wenn Bedürfnisse auf staatlicher Ebene nicht gedeckt werden können – ebenso ein Ausdruck von hybriden Systemen.

[11] Die Problematik des *liberal peace* wurde im Kapitel zur menschlichen Sicherheit im Peacebuilding und Statebuilding diskutiert.

lokalen und externen Akteure gegenüber den Interessen der jeweiligen anderen dar. (ebd.: 26) Diese hybriden Phänomene werden von dem Autor in drei verschiedene Varianten eingeteilt.

Die erste Art bezeichnet er als „institutional practices of hybridisation (IPH)“ (ebd.), damit zielt er auf jene Form ab, die auf der politischen Ebene passiert und Entscheidungsprozesse beeinflusst sowie Machtverhältnisse wiederspiegelt. Als Beispiel nennt Visoka die Vereinbarung zur überwachten Unabhängigkeit im Kosovo 2008, die Ergebnis eines Kompromiss zwischen lokalen und externen Akteuren war und den *Locals* internationale Anerkennung und den Externen einen gewissen Grad an Einfluss und Autorität ermöglichte. Auch einen anderen Prozess bezüglich Kompetenz- und Machtverteilung aus 2001 bezeichnet er als hybrides Ergebnis, die dabei involvierten lokalen Akteure waren Vertreter der KLA. Das Ergebnis war dementsprechend auch Ausdruck ihrer Interessen. Die Motiviation hinter diesen Prozessen liegt in der Aufrechterhaltung der Stabilität und soll durch Einbeziehung lokaler Gruppen den Widerstand vor Ort eindämmen, deshalb auch die Inklusion der KLA und Duldung der Fortführung ihrer Struktur in einer anderen Form. (vgl. Viskosa 2012: 26-28)[12]

Die zweite Form „public practices of hybridisation (PPH)“ (Visoka 2012: 28) zeigt sich in der Organisation von lokalen Gruppen, die ihren Widerstand im öffentlichen Raum kundtun und versuchen politische und soziale Prozesse zu beeinflussen. Im Regelfall sind diese Resultat des Unmuts marginalisierter Gruppen. Im Fall Kosovo zeigt sich diese Form von Hybridität an der Selbstbestimmungspartei Vetevendosje[13], die interne sowie externe Unabhängigkeit anstrebt und in der öffentlichen Sphäre sehr präsent ist.[14] Wenn ignoriert, besteht die Gefahr, dass die marginalisierten Gruppen die Destabilisierung der Situation androhen. Ein positiver Aspekt zeigt sich jedoch in der Aufrechterhaltung der Dynamik des politischen Lebens indem Kritik an bestehenden Machtstrukturen geübt wird. (vgl. Visoka 2012: 28-30)

In diesem Zusammenhang gilt es auch daran zu erinnern, dass lokale Akteure nicht als passive Akteure oder als belanglose Variable im Peacebuilding Prozess wahrgenommen werden dürfen. Lokale Akteure sind aktive Mitspieler in diesen langwierigen Prozessen und werden sowohl gewollt als auch ungewollt den Ausgang mitbestimmen. „[I]t reminds us of

[12] Dies erinnert an die Diskussion beim Unterpunkt ‚Ein gescheiterter Anfang‘, in dem der Machteinfluss der KLA und die Vorgehensweise der NATO kritisiert wurde.

[13] Siehe http://www.vetevendosje.org/ [Zugriff: 22.01.2014]

[14] Kurti Albin, der Vorsitzende dieser Partei wurde bereits im Zuge Lemay-Héberts Argumentation erwähnt, für ihn gilt „UNMIK and Serbia are two sides of the same coin; one aspect of domination cannot be distinguished from the other.“ (Kurti zit. nach Lemay-Hébert 2011: 1835)

the agency of actors in host societies. Rather than being mere passive actors (victims, recipients, beneficiaries, etc.), local actors may be capable of considerable autonomous action.“ (Mac Ginty 2010: 402)

Die Problematik des passiven Subjekts wurde bereits im Unterpunkt zur Aktualität der menschlichen Sicherheit behandelt. Dieses Konzept würde Peacebuilding und Statebuilding Prozesse vermehrt in eine Richtung lenken, in der lokale Akteure als aktive Mitspieler wahrgenommen und einbezogen werden und nicht nur nicht intendierte Resultate in hybriden Formen die Folge sind. Auch bereits zitierte Autoren wie Troy (2007), Bliesemann (2008) oder Kostovicova/Martin/Bojicic-Dzelilovic (2012) weisen auf die Problematik der parallelstaatlichen Strukturen hin, wenn gesellschaftliche Verhältnisse und Bedürfnisse von externen Akteuren nicht wahrgenommen und befriedet werden.

Die dritte hybride Erscheinung zeigt sich in „hidden practices of hybridisation (HPH)“ (Visoka 2012: 30), die im Alltagsleben wirken und sich auf informelle und unkoordinierte Handlungen beziehen.

> The ‘hidden’ (which here denotes the random and everyday) signifies those processes and outcomes that occur in unnoticeable and/or unintended forms as a result of individual acts that are otherwise rational and coordinated and that rely on background knowledge. But these very acts of hidden performance exercise peripheral agency and influence over the dominant discourses and practices, thus *shaping the everyday nature of peace*. (Visoka 2012: 30, Hervorhebung der Verf.)

Mit diesen Ausführungen nimmt der Autor auf das Alltagsleben und Handlungen Bezug, die nicht vorhersehrbar und koordiniert sind, sondern individuell bestimmt. Freilich beeinflussen diese stark den Friedenscharakter und auch hier gilt, dass unbeabsichtige Resultate die Folge sein können.

Im Kosovo kann als Beispiel das Vermeiden der lokalen Bevölkerung Steuern zu zahlen genannt werden. Dies kann als Zeichen des Widerstandes gegen Korruption interpretiert werden, aber auch als Auflehnung gegen staatliche Strukturen unterschiedlichster lokaler und internationaler Akteure. Zudem ist es ein Weg sich dem oktroyierten neoliberalen Wirtschaftssystem, das vom *liberal peacebuilding* propagiert wird, zu widersetzen - informelle Wirtschaftspraktiken sind die Folge. (vgl. Visoka 2012: 30,31)

Die Argumentation zu Hybridität greift bereits in den noch folgenden Themenschwerpunkt Local Ownership über, da hybride Formen Ergebnis der Nichtbeachtung gesellschaftlicher Verhältnisse und des lokalen Kontexts sein können und Akteure auf lokale Bedürfnisse mehr eingehen sollten. Zusätzlich können hybride Prozesse Peacebuiding und Statebuilding Pläne

durchkreuzen, mit der Folge, dass die unbeabsichtigten Konsequenzen als langfristige Lösungen gelten. (vgl. Visoka 2012: 32, 33)[15]

Die EU und Kosovo. Wie bereits dargelegt, ist eine grundlegende Veränderung der Position der EU, nämlich dass sie die UN in ihrer Vormachtstellung ablöst, gescheitert. Dennoch wirkt sie mittlerweile als einer der wichtigsten Akteure im Peacebuilding und Statebuilding Vorhaben. Es stellt sich die Frage welche Art des Peacebuildings die EU forciert und wie diese im Kosovo umgesetzt wird.

> Furthermore, there are serious doubts that the many EU agencies and institutions are able to act independently of the global liberal peace mechanisms and to avoid merely replicating their work in locations where the association and integrationist logic cannot apply. What is more worrying is the way this rhetoric is currently being translated into a potentially civilizing mission, which, if the liberal peace project is indeed a parallel, will fail to provide a just and durable peace for those most affected by conflict. (Richmond/Björkdahl/Kappler 2011: 463)

Diesem Zitat zu Folge besteht die große Herausforderung der EU in dem Abgrenzen von gängigen Praktiken des liberalen Peacebuildings, das es zumeist nicht schafft, einen dauerhaften und stabilen Frieden herzustellen und gesellschaftliche Verhältnisse genügend einzubeziehen.

Die Rolle der EU ist dem Rechercheergebnis nach in der Tat etwas zwiespältig. Einerseits hat sich ihr Vorgehen in Peacebuilding und Statebuilding Prozessen den Prinzipien des *liberal peace* weitgehend angepasst, andererseits wirkt der aufstrebende Peacebuilding Rahmen teils bruchteilhaft und unkoordiniert und beinhaltet komplizierte Verhandlungsprozesse - nicht selten ist man sich über Zielvorstellungen uneinig. In jedem Fall aber stimmt die EU mit den Grundprinzipien des *liberal peace* überein wie bspw. über die Notwendigkeit von Sicherheit, Institutionen, Rechtsstaatlichkeit und Entwicklung sowie der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle zugeschrieben wird. (vgl. Richmond/Björkdahl/Kappler 2011: 452)

Das bedeutendste Unterscheidungsmerkmal zu anderen Akteuren zeigt sich aber am Merkmal der EU-Mitgliedschaft. Häufig wird diese als Lockvogel eingesetzt und an Konditionen gebunden, deren Erfüllung wiederum das betroffene Land einen Schritt weiter zum EU-Beitritt führt. Bieber spricht diesbezüglich von einem „conditionality approach“ (Bieber 2011: 1783). Obwohl die EU also Staaten mehr bieten kann als andere Akteure – nämlich die EU-Mitgliedschaft – argumentiert Bieber dennoch, dass ihr Statebuilding nicht besonders effizient

[15] Es gilt hervorzuheben, dass das Argument – die Notwendigkeit gesellschaftliche Verhältnisse und das Alltagslebens in den Vordergrund zu stellen - der rote Faden dieser Arbeit ist. Diese Problematik wurde auch schon in vorigen Kapiteln und Unterpunkten erörtert, sowie ebenfalls die sogenannten ungeplanten Konsequenzen in diesem Zusammenhang häufig auftauchen. Siehe bspw. unter ‚Schwachstellen im System‘, ‚Lokale Wende‘.

und effektiv ist. (ebd.: 1785) Diese Annahme rührt daher, dass die EU in ihrem conditionality approach vorrangig auf Institutionenbildung fokussiert, Statebuilding darüber aber hinausgeht und nicht nur aufrechte Institutionen, sondern die Erfüllung der Kernfunktionen eines Staates miteinschließt. (ebd.: 1791)[16]

Rohan hingegen meint, dass die Softpower der EU gerade wegen der Perspektive einer EU-Mitgliedschaft sehr stark ist, denn diese stellt den einzigen Motor für Reformen dar. Versucht man Reformen auszuführen, wird dies meist mit dem Argument begründet, dass diese oder jene Reform notwendig ist, um in die EU zu kommen. Als Beispiel nannte Rohan die Visa Freiheit, denn Kosovo ist derzeit das einzige Land am Balkan, das noch keine Visa-Freiheit für die EU hat. Derzeit unternimmt man aber alles, um diese Visa Freiheit zu erlangen. (vgl. Interview Rohan 2013: 4)

Im europäischen Kontext liegt am Fallbeispiel Kosovo das Hauptaugenmerk auf Angleichung und Standardisierung, regionale Integration wird forciert – die EU versucht das potentielle Migliedsland nach ihren Wünschen zu formen. Im Rahmen des liberalen Peacebuilding zeigt sich am Kosovo eine besondere Form, die zwar einen top-down approach verfolgt, jedoch eine bottom-up Perspektive zunehmend einbeziehen will. Entscheidungsprozesse und Verhandlungen finden zwar auf einer elitären Ebene statt, mit der Partizipation und Kultur der lokalen Bevölkerung wird jedoch versucht etwas sensibler umzugehen. (vgl. Richmond/Björkdahl/Kappler 2011: 454) Prinzipiell müsste der aufstrebende Peacebuildingkonsens der EU auf gesellschaftliche Erfahrungen der Unsicherheit antworten, anstatt nur auf physische Sicherheit und institutionelle Stabilität zu setzen. (vgl. ebd.: 460)

Entwicklung. Das Herstellen von Querverbindungen zwischen Sicherheit und Entwicklung gilt als eines der Schlüsselelemente des Konzepts Human Security und wurde bereits mehrfach erwähnt. Dieser Gedanke greift die schon diskutierte Annahme wieder auf, dass Gefahrenlagen eben nicht nur von militärischer Invasion oder sonstigen zwischenstaatlichen Streitigkeiten rühren, sondern Armut, der Mangel an Perspektiven innergesellschaftliche Konsensfähigkeit die Quelle sind. (vgl. McCormack 2011: 239) Entwicklung sollte daher Peacebuilding und Statebuilding Prozessen inhärent sein.

Im Kosovo steht die Entwicklungsgemeinschaft insofern vor Herausforderungen, da unklare Gesellschaftsverhältnisse eine Bedrohung für langfristige Pläne darstellen können. Potentiell

[16] Diesbezüglich wurde bereits Troy im Unterpunkt zu Statebuilding und Peacebuilding zitiert, die Kernfunktionen eines Staates sind seiner Recherche zu Folge die Sicherheitsfunktion, die Wohlfahrtsfunktion sowie die Legitimitäts- und Rechtsstaatlichkeitsfunktion (vgl. Troy 2007: 32, 33).

korrupte Ministerien können zum Beispiel Bemühungen unterminieren. Weiters besteht die Gefahr, dass ein Ministerium von einer ethnischen Gruppe dominiert ist und so die andere nicht zu Wort kommt. Zudem sind die Verbindungen und Netzwerke zwischen lokalen Akteuren sehr schwer durchschaubar. Dementsprechend hat sich ein „"do-no-harm" approach" (Sisk 2013: 122) etabliert, der darauf achtet, dass Versuche, die Ministerien und den lokalen Beamtenapparat mit mehr Macht auszustatten, nicht in jenen politischen Gegebenheiten untergehen, wo Patronage und persönliche Netzwerke die Verteilung von Gütern und Ressourcen bestimmen. (vgl. Sisk 2013: 122) [17]

Eine Möglichkeit Entwicklung in Verbindung mit Sicherheit nachhaltiger zu gestalten, findet sich in der Form des Dialogs. Preüss hat dies an Hand der Tätigkeit der NGO Mercy Corps im Kosovo näher untersucht. „This kind of development assistance is more complicated because it takes other factors than simple economic performance into account – notably bringing people together who feel bitter, angry and betrayed by their fellow community-members." (Preüss 2003: 37) Konkret will man den Fokus auf zwischenmenschliche Beziehungen setzen und vormals verbitterte Gegner an einen Tisch bitten. Die große Herausforderung an die Gebergemeinschaft besteht demzufolge darin, mit Differenzen umzugehen und kontroverse Ansichten zu verbinden, um die tiefen Gräben einer Nachkriegsgesellschaft, in der sich jede Partei als Opfer sieht, zu überwinden. (vgl. Preüss 2003: 37)

Die Versuche der Dialogsführung im Kosovo bergen allerdings mehr Schwierigkeiten als ethnische Differenzen implizieren. Beispielsweise gehören die Mitarbeiter eines internationalen Büros oft nur einer ethnischen Gruppe an oder beide Seiten haben das Gefühl die internationale Gemeinschaft würde ihnen mit Vorbehalten begegnen. (vgl. ebd.: 39) Mit Sisk wurde bereits auf die Gefahr der einseitigen Besetzung hingewiesen.

Einen anderen wichtigen Bereich im Entwicklungskontext stellt das Bildungswesen dar. Fragile Staaten sind oftmals auch von einem schwachen Bildungssystem gekennzeichnet, das sich von Elementarschulen bis zur Hochschulbildung zieht (Sisk 2013: 123). Österreich setzt in der Entwicklungspolitik einen Schwerpunkt auf die Hochschulbildung im Kosovo. Die Hochschulbildung soll europäischen Standards angepasst werden und die Akademikerbeschäftigung ansteigen. (vgl. BMeiA 2012: 35-38)

[17] Im Laufe des Arbeitsprozesses ist hervorzuheben, dass bestimmte Themenbereiche wiederkehrend und ineinanderverwoben sind. Konkret geht es beispielsweise um Korruption oder Klientelismus, die staatliche Strukturen und Stabilität gefährden. Dies gilt eben aber nicht nur für den Entwicklungskontext, sondern auch bei anderen diskutierten Themen stellt Korruption einen großen Störfaktor mit Gefährdungspotential dar.

Rohan meinte zur Frage bezüglich des Zusammenhangs zwischen Entwicklung, Konfliktprävention und Friedensbildung, dass Konflikte natürlich immer einen Grund haben und die soziale und wirtschaftliche Komponente oft eine Rolle spielt. Hilft man aktiv diese Schwachstellen zu verbessern, sind vielleicht manche Konflikte zu verhindern. Am Beispiel Jugoslawien meinte er jedoch, dass das Problem nicht wirtschaftlicher Natur gewesen ist, selbst wenn die wirtschaftliche Lage in Jugoslawien nicht gut war, war dies dennoch nicht das Problem. (vgl. Interview Rohan 2013: 6) „Das Problem war das Zusammentreffen von Milosevic, der Jugoslawien rezentralisieren wollte mit zwei Republiken, Slowenien und Kroatien, die eine Liberalisierung wollten." (Interview Rohan 2013: 6) In diesem Fall ist Rohan davon überzeugt, dass Konfliktprävention nur durch eine Drohung gewirkt hätte – wenn es auch sehr traurig klingt. Wie auch an anderen Stellen im Interview betonte er ebenso, dass man dennoch keinesfalls allgemeine Regeln aufstellen sollte und jeden Fall individuell beurteilen muss. (vgl. Interview Rohan 2013: 6)

3.2.2 Zwischenconclusio

Die einzelnen Unterpunkte haben gemeinsame Nenner, die Diskrepanz zwischen lokalen und externen Akteuren und die Problematik des top-down Peacebuilding Modells.

Einerseits lässt sich dies an der mangelnden Einbeziehung gesellschaftlicher Verhältnisse festmachen, wie beispielsweise unter ‚white cars' diskutiert wurde. Die Lebensrealitäten von lokalen und externen Akteuren weichen immens voneinander ab sowie die parallelen Strukturen roter Faden dieser Diskussionen sind. Die Ausführungen zu Hybridität haben auf diese Problematik hingewiesen.

Andererseits zeigt sich in der sogenannten Spoiler-Problematik, also der lokalen Elite, ein Problem. Hierbei seien die Argumente, die bereits im Kapitel ‚Gescheiterter Anfang' dargelegt wurden, in Erinnerung gerufen, denn bei Einbeziehung gesellschaftlicher Verhältnisse stellt sich gleichzeitig die Frage, wer einbezogen und wer mit Macht ausgestattet wird - werden bestehende Strukturen ausreichend verändert und jene Trigger, die Stabilität gefährden wie bspw. Korruption oder Klientelismus, tatsächlich behandelt?

Unklare Gesellschaftsverhältnisse erweisen sich auch als Problem für die Entwicklungsgemeinschaft. In diesem Zusammenhang besteht die Herausforderung insbesondere darin, dass sich externe Akteure nicht auf die Seite der einen oder anderen ethnischen Gruppe stellen.

Die Kritik am liberalen Peacebuilding wurde zuvor erörtert, das top down Modell begegnet auf vielerlei Ebenen, als Beispiel kann die JIAS genannt werden, deren Gründung Parallelstrukturen eindämmen sollte und lokalen PolitikerInnen jedoch nur konsultativen Status gewährte. Außerdem ist die Kritik an der UNMIK, dass sie doch immer die Zügel in der Hand behielt, wiederkehrend. Auf Grund der zwar abnehmenden, aber seit 1999 doch extremen Präsenz internationaler Akteure sollte man zusätzlich die Effektivität dieses großen Systems hinterfragen und dem Grundsatz ‚Qualität vor Quantität' Vorrang geben.

3.3 Menschliche Sicherheit im Kosovo

Die menschliche Sicherheit am Fallbeispiel Kosovo untersuchend, gilt es auf bereits im theoretischen Teil zur menschlichen Sicherheit angeführte Begriffe zurückzugreifen. Sind tragende Prinzipien der menschlichen Sicherheit im Kosovo verwirklicht? Dem Schwerpunkt dieser Arbeit entsprechend liegt das Hauptaugenmerk auf den gesellschaftlichen Verhältnissen, dabei spielt insbesondere Local Ownership eine wichtige Rolle sowie die Legitimation externer und politischer Akteure besonders interessiert. Letztendlich stellt sich die Frage, inwiefern dieser junge Staat resilient ist und Konsolidierung von Demokratie stattgefunden hat. Auch die anderen im Unterpunkt zur Aktualität der menschlichen Sicherheit genannten Themen sind freilich von Relevanz, alle zu vertiefen, würde den Rahmen sprengen.

3.3.1 Local Ownership

Während des Recherchierens ist auffallend, dass gewisse Themen wiederkehrend sind. So zum Beispiel finden sich häufig die Wörter *self-sustaining, durable, stable, civil* etc. Dabei handelt es sich um jene Attribute, die ein durch Peacebuilding und Statebuilding hergestellter Frieden in Nachkriegsgesellschaften aufweisen sollte – im Idealfall weil man genügend Bezug auf gesellschaftliche Verhältnisse nimmt und Empowerment nicht nur ein Stichwort auf Papier ist. Die Realität kann mit diesem Maßstab nicht wirklich mithalten, im selben Atemzug ist auch die Rede von der Marginalisierung der *Locals* sowie die nicht intendierten Konsequenzen dieser widersprüchlichen Gegebenheiten permanent Thema sind. Als Ursache dieser Kritikpunkte nennen viele AutorInnen den *liberal peace*.[18] „The culture of liberal peacebuilding has to be recognised, if only to identify its neoliberal characteristics, its *marginalisation of the local*, and the *unintended and reactive consequences* of this ideology in fragile polities." (Richmond 2009: 160, Hervorhebung der Verf.)

[18] Siehe dazu *liberal peace* in 3.2.3.

Romantisierung. Allen zur Kritik verleitenden Themen voran ist der kultur-unsensible Umgang problematisch, ebenso die Perzeption der lokalen Bevölkerung seitens der externen Akteure. Richmond (2009) erörtert dies in einem Artikel zum Thema *The Romanticisation of the Local* und erinnert dabei auch an den Literaturklassiker von Edward Said, „Orientalismus". Der Bevölkerung vor Ort werden demnach gewisse Charaktereigenschaften zugeschrieben, die wiederum Auswirkung auf ihre Partizipation am friedensbildenden Prozess haben.

Der neoliberale Zugang zu Friedensbildung sieht in einem kultursensiblen Umgang außerdem keine Notwendigkeit und lässt oftmals keinen Raum, den sozialen Umständen angemessen zu agieren. (vgl. Richmond 2009: 153) Eine liberale Perspektive ermöglicht es zudem, unbefriedigende Ergebnisse eines Peacebuildingprozesses mit dem schlechten und nicht kooperierenden Verhalten der Empfängergemeinschaft, also wiederum der lokalen Bevölkerung, zu begründen. Gegebenenfalls räumt man kleine, technische Probleme seitens der Intervenierenden ein. (vgl. Millar/Lijn/Verkoren 2013: 138) Mit diesen Zuschreibungen können natürlich top-down Prozesse gerechtfertigt werden, im liberalen System entfernt man sich immer mehr vom eigentlichen Verständnis von Peacebuilding: „Peacebuilding, which was *initially thought of community-based and bottom-up*, has been transmuted into contemporary statebuilding of a liberal and neoliberal character which instrumentally *exploits, co-opts or rejects local culture*." (Richmond 2009: 159, Hervorhebung der Verf.)

Dilemmas. Local Ownership, das Einbeziehen gesellschaftlicher Verhältnisse, ohne Stereotypen zuzuschreiben, lokal geführte Institutionen und ein selbständiges und von externen Akteuren unabhängiges Agieren sind letzten Endes das oberste - theoretisch proklamierte - Ziel von Peacebuilding sowie Statebuilding Prozessen. Gleichzeitig stellen diese Ansprüche auch die größten Herausforderungen dar.

Narten identifiziert drei Dilemmata, die diese Problematik rund um Local Ownership gut erfassen.

Das erste Dilemma definiert er als „the need for external intrusiveness vs. creating responsible self-government" (Narten 2009: 255). Intrusiveness kann mit dem deutschen Wort Aufdringlichkeit übersetzt werden, konkret befasst sich diese These mit dem Widerspruch, dass einerseits externe Akteure vor allem zu Beginn ein staatliches und politisches Vakuum füllen müssen, andererseits eine zu intrusive Vorgehensweise keinen Input, keinen Ratschlag und keine Kontrolle seitens der lokalen Bevölkerung erlaubt. Prozesse sollten ja schließlich

nicht oktroyiert werden, sondern im gemeinsamen Konsens mit lokalen Akteuren voranschreiten. (vgl. ebd.)

Am Beispiel Kosovo sieht Narten diese Problematik stark verwirklicht. Die größte Herausforderung resultierte daraus, dass es kein klares Endziel für die friedensbildenden Prozesse gab, also die Statusfrage ungeklärt war. Die UNMIK musste einerseits mit Unterstützung der KFOR das administrative und sicherheitstechnische Vakkuum füllen, schließlich war mit dem Abzug der Serben auch das Staatswesen verloren gegangen, andererseits gilt aber für Statebuilding und Peacebuilding Prozesse das Leitmotiv, der lokalen Bevölkerung Handlungsperspektiven einzuräumen. Im Kosovo dauerte es jedoch sehr lange, bis die lokale Bevölkerung zur Sprache kam, ursprüngliche Statebuilding Maßnahmen bezogen den lokalen Konsens nicht mit ein. Erst mit Einrichtung der JIAS, beinahe zehn Monate nach der Intervention, gab es einen Raum, der die lokale Meinung vertreten konnte. Der Handlungsspielraum reichte aber über einen konsultativen Status nicht hinaus. (vgl. Narten 2009: 264, 265)

Als weiteres klassisches Beispiel sieht Narten (2009: 265) die gescheiterte Standards before Status-Strategie, die die PISG zu erfüllen hatte um in den Statusverhandlungen weitere Schritte unternehmen zu können. Dass die Benchmarks des „Standards before Status" ohne Konsultierung der PISG entwickelt wurden und keine klaren Anweisungen für ihre Erfüllung enthielten, impliziert „the standards-before-status policy must be regarded as a symptomatic *failure of international statebuilding* in Kosovo *to promote local ownership*." (Narten 2009: 266, Hervorhebung der Verf.).

Auch Lemay-Hébert (2012: 477) bemerkt, dass sich die Ziele Institutionenbildung und Empowerment im Widerspruch gegenüberstehen. Die internationale Strategie resultiert oftmals darin, dass zwar lokale politische Eliten miteinbezogen werden, aber der Rest der Bevölkerung weiter marginalisiert wird. „There is a genuine need to find a durable solution by which *local concerns of legitimacy and representation can be taken into account*, instead of international organizations simply imposing 'democracy promotion' goals from the outside." (ebd., Hervorhebung der Verf.)

Das zweite Dilemma erkennt Narten im „prolonging local dependency with short-term vs. long-term requirements." (Narten 2009: 257) Damit bezieht sich der Autor auf die Abhängigkeit der *Locals* von den internationalen Akteuren. Einerseits soll die internationale Präsenz ihr Mandat so schnell wie möglich erfüllen und andererseits erlaubt dieser Anspruch

nicht ausreichend Zeit, um die Entwicklung der lokalen Kapazitäten nachhaltig zu stärken. Insofern befürwortet Narten eine long-term Perspektive, in der eine Balance zwischen der intrusiven Vorgehensweise und lokalen Kapazitäten möglich ist. Ziel ist es ja schließlich eine Zivilgesellschaft zu fördern, die die Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit lebt und Pluralismus toleriert und nicht staatliche Strukturen herzustellen, die lediglich technisch gut funktionieren. (vgl. Narten 2009: 258)

Obwohl die Res 1244 ein Mandat mit offenem Ende beinhaltet, begann die finanzielle Unterstützung für die Unternehmungen im Kosovo mit 2001 stetig abzunehmen. Die Budgetierung erlaubte es nicht, über eine Zeitspanne von einem Jahr hinaus zu planen. Insbesondere nach dem Inzident von 9/11 wurden andere Länder wie Afghanistan und Irak Fokus der internationalen Gemeinschaft. Oftmals wurden auch Mitarbeiter der UNMIK für andere Missionen engagiert und aus dem Kosovo abgezogen. Zusätzlich muss man bedenken, dass die kosovarische Gesellschaft stark von externer ökonomischer und finanzieller Unterstützung abhängig war und Statebuilding Prozesse im Aufbau eines lokalen und selbsterhaltenden Wirtschaftssystems nicht erfolgreich waren. (vgl. Narten 2009: 267, 268)

Das dritte Dilemma bezieht sich auf die Partnerschaften mit der lokalen Bevölkerung, „identifying local partners vs. empowering potential spoilers“ (Narten 2009: 260). Hier stellt sich die Frage, wie es gelingen kann, einerseits lokale Entscheidungsträger einzusetzen und im Sinne des local ownership Konzepts die richtigen Leute auszuwählen. Richtig ist freilich ein relatives Wort, in diesem Kontext sind damit Menschen gemeint, die nicht Teil einer Streitpartei im Kriegsgeschehen waren, denn so bestünde die Gefahr, dass genau jene Hauptverantwortlichen der Kriegsaktivitäten wiederum profitieren. Externe Akteure tendieren zusätzlich dazu, Leute auszuwählen, die den Normen des Westens entsprechen. Die nicht ausgewählten fallen schlussfolgernd aus diesem Netz, können ihren Einfluss mitunter aber im informellen Sektor und durch illegale Aktivitäten stark aufrechterhalten. (vgl. Narten 2009: 260, 261) Millar, Lijn, Verkoren (2013: 138) bestätigen ebenso die Gefahr, dass Ressourcen durch korrupte Praktiken oder durch mangelnde Kapazitäten lokaler Regierungen nicht der Friedensbildung und Entwicklung dienen.

Im Kosovo war die internationale Präsenz von Anfang an mit dieser Problematik konfrontiert.[19]

[19] An dieser Stelle ist auf den zuvor diskutierten Punkt ‚Ein gescheiterter Anfang‘ zu verweisen. In diesem Zusammenhang wurde ja bereits auf die zu enge Zusammenarbeit zwischen der NATO und der KLA hingewiesen.

Es gab zwei albanische Untergrundparteien, die moderate Partei unter Ibrahim Rugova stand der KLA unter Thaci gegenüber. Die Bevölkerung sympathisierte weitgehend mit der KLA, Vertreter dieser Partei konnten anschließend im Kosovo der Nachkriegszeit hohe Positionen einnehmen. Zudem begann die KLA unmittelbar nach dem Krieg kommunale Regierungen einzurichten, die wiederum vormals staatliche Unternehmen oder auch Immobilien unter ihre Kontrolle brachten. So legte die KLA auch den Grundstein für Parallelwirtschaften. KFOR und UNMIK versuchten die mafiösen Strukturen durch Entwaffnung und Demobilisierung aufzulösen, viele Angehörige der KLA wurden im neu gegründeten Kosovo Police Service und im Kosovo Protection Corps integriert. [20] (vgl. Narten 2009: 271) Die Partei konnte ungehindert fortbestehen – man bedenke, Thaci ist heute Premierminister.

Resultat. Ein misslungenes Zusammenspiel zwischen externen Akteuren und der lokalen Bevölkerung resultiert in hybriden Ergebnissen, informeller Wirtschaft und in der Marginalisierung gewisser Bevölkerungsgruppen. Parallelstrukturen waren zu stark ausgeprägt, als dass man sie direkt hätte opponieren können, die internationale Präsenz im Kosovo musste dementsprechend mit de facto Institutionen kooperieren (Lemay-Hébert 2012: 470). Die *unintended consequences* ziehen sich in diesem Zusammenhang ebenfalls als roter Faden durch dieses Themenfeld. Auch Rohan (Interview Rohan 2013: 5) bestätigte im Interview, dass „[d]ie Erfahrung der UNMIK […] keine sehr günstige" war. Zusätzlich wies er daraufhin, dass in zivilen Missionen oftmals nur weniger qualifizierte Menschen tätig sind und von den obersten Positionen abgesehen sehr oft Leute zweiter oder dritter Wahl engagiert werden – denn andere wären in ihrem Heimatland unabkömmlich. (vgl. Interview Rohan 2013: 5) Schließend kann festgehalten werden, dass „es immerhin gelungen [ist] der Resolution 1244 entsprechend Institutionen zu schaffen." (Interview Rohan 2013: 5)

Die theoretische Auseinandersetzung leistet insofern gute Arbeit, indem sie immer wieder daran erinnert, dass es sich nicht nur um funktionierende staatliche Strukturen geht, sondern um die Entwicklung einer friedvollen und demokratischen Gesellschaft, die sich an Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Pluralismus orientiert. Peacebuilding und Statebuildingprozesse bestätigen momentan dennoch, dass die neoliberale Strategie das vorrangige Credo bleibt.

[20] Der Unterpunkt ‚White Cars' weist ebenso auf diese Problematik hin, besonders auf den Widerspruch der Selbstdarstellung der internationalen Präsenz und der eigentlichen Einflussmacht lokaler Eliten.

3.3.2 Legitimation der Mission

Operation Allied Force. Wenn es prinzipiell um die Frage Intervenieren oder nicht geht, stehen völkerrechtlich betrachtet zwei Grundprinzipien im Widerspruch, nämlich das Prinzip der territorialen Integrität versus das Selbstbestimmungsrecht der Völker, am Beispiel Kosovo wäre das eben die Integrität Serbiens versus das Recht der Kosovaren auf Selbstbestimmung. Rohan zählte im Interview vier Komponenten auf, die im Falle einer Intervention vorhanden sein sollten (vgl. Interview Rohan 2013: 5):

1. Eine Situation, in der ein Völkermord bzw. ein Kriegsverbrechen großen Stils stattfindet, liegt vor.
2. Die Mission muss Aussichten haben, dass sich die Situation auch tatsächlich verbessert und man Menschen vor weiteren Verbrechen schützen kann.
3. Länder müssen bereit sein diese Mission auszuführen.
4. Es braucht eine Beschlussfassung durch den Sicherheitsrat.

Die ersten drei Komponenten müssen Rohans Ansicht nach erfüllt sein, die vierte Voraussetzung zu erfüllen, ist die schwierigste, dabei handelt es sich um die Beschlussfassung durch den Sicherheitsrat. (vgl. Interview Rohan 2013: 5) Im Kosovo waren zum Zeitpunkt des militärischen Einschreitens die ersten drei Komponenten gegeben, die Hälfte der Kosovaren war bereits vertrieben worden, es gab eine Organisation, die sich bereit erklärte zu intervenieren (NATO), und die Wahrscheinlichkeit, dass die Operation erfolgreich sein würde, war hoch, aber die Legitimierung durch den SR fehlte. (ebd.: 5,6) Insofern war die militärische Operation völkerrechtswidrig, als Rechtfertigung für die Intervention führte man das späte militärische Einschreiten in Bosnien-Herzegowina an, man meinte, dass das Massaker von Srebenica durch ein früheres Intervenieren vielleicht verhindert hätte werden können. (Rossbacher 2004: 71) „Der Sicherheitsrat wird ja oft durch eines der permanenten Mitglieder blockiert und was macht man dann? Sagt man entweder, wir schauen zu, wie der Völkermord stattfindet oder sagt man, wir schreiten trotzdem ein.“ (Interview Rohan 2013: 5)

Zivile Mission. Zur theoretischen Erläuterung von Legitimation im Human Security Kontext und in Peacebuilding und Statebuilding Prozessen wird auf die Punkte 3.1.3. ‚Legitimation‘ und 3.2.3. ‚Legitimacy Gap‘ verwiesen. Von der Operation Allied Force abgesehen, interessiert an dieser Stelle besonders, inwiefern externe Präsenz auch an die militärische Operation anschließend, legitimiert wird – man bedenke, dass die Res 1244 ja eine zivile

Mission mandatierte und so erstmals eine Provinz unter die administrative Verwaltung der UN gestellt wurde.[21]

> [I]n the context of international-led statebuilding in Kosovo, the international administration and the local elites have pursued alternative views with conflicting implications for the local society. The *resulting disaccord* related to priorities and expectations of the international administration and those of the domestic actors *has hindered the local population's acceptance of the international mission*. (Mulaj 2011: 242, Hervorhebung der Verf.)

Mehrfach wurde schon auf die Problematik von Parallelstrukturen und hybriden Ergebnissen hingewiesen, die mitunter Ergebnis der Diskrepanz zwischen internationalen Akteuren und der lokalen Bevölkerung sind. Die mangelnde Akzeptanz der UNMIK wurzelt mitunter auch in ihrer dualen Rolle. Einerseits als Vertreter der internationalen Gemeinschaft tätig, versucht sie gleichzeitig die Interessen der KosovarInnen zufrieden zu stellen. Mulaj beschreibt UNMIKs Rolle in diesem Zusammenhang als transformativ, sie sollte nicht nur das internationale Vorgehen koordinieren, sondern neben der Friedenserhaltung auch die Bedingungen schaffen, die die Entstehung eines lokalen und demokratischen politischen Gefüges ermöglichen – dem man nach und nach Verantwortung und politischen Einfluss überträgt. (vgl. Mulaj 2011: 246) Man kann insofern auch von einem Machtspiel zwischen internationalen und lokalen Akteuren sprechen. Zusätzlich ging man davon aus, dass die Handlungen der UNMIK im Gegenzug zur Sicherstellung der täglichen Bedürfnisse der Bevölkerung und durch Zusicherung des politischen Prozesses in der lokalen Bevölkerung Legitimation finden. (Mulaj 2011: 244)

Mit der Orientierung an den gesellschaftlichen Verhältnissen sowie der Zufriedenstellung alltäglicher Bedürfnisse knüpft dies theoretisch gut an das Konzept Human Security an. Oft standen die lokalen Interessen aber den internationalen hintan.

Auch Mulaj erwähnt als Beispiel die schon durch Narten genannte Standards before Status-Strategie, die der allgemeinen Bevölkerung wenig als Anreiz diente, die geforderten Benchmarks zu erfüllen – der endgültige Status war zu diesem Zeitpunkt ja noch nicht einmal definiert. Lokale Akteure sahen die Möglichkeiten der Bildung eines politischen Gefüges begrenzt, das weitere Aufschieben konkreter Statusverhandlungen resultierte in abnehmendem Vertrauen in die internationale Präsenz. Diesbezüglich greift Mulaj auch den Begriff der *earned souvereignty* auf, der darauf abstellt, dass sich der werbende Staat Souveränität durch Erfüllung liberaler Kriterien verdienen muss. (vgl. Mulaj 2011: 250, 251)

[21] Siehe dazu 4.1. Geschichtlicher Hintergrund

An dieser Stelle kann angemerkt werden, dass sich die Literatur über die Standars before Status-Strategie wohl nicht ganz einig ist. Im Unterpunkt 4.2.2. lehnt sich die Argumention an Wolfgram an, der das Scheitern dieser Strategie auch als Zeichen von Schwäche der internationalen Akteure und Unterlegenheit gegenüber der lokalen Eliten deutet. Mulajs Ausführungen hingegen lassen darauf schließen, dass ein von Anfang an in Aussicht gestellter Status der Unabhängigkeit die lokale Bevölkerung zu mehr Kooperation mit der internationalen Präsenz bewegen hätte können.

Fraglich ist, was der bessere Weg gewesen wäre? Einerseits entspricht wohl eine Führungsmacht der internationalen Präsenz nicht dem Konzept Local Ownership, andererseits gilt es in diesem Zusammenhang auch die Spoiler Problematik zu bedenken. Wenn nur die lokale Elite Zugang zu Verhandlungen findet, während der Rest der Bevölkerung zunehmend marginalisiert wird, entspricht dies ebenso nicht den Anforderungen des Konzepts menschlicher Sicherheit.

Unter 3.1.3. ‚Legitimation' wurde bereits auf eine Studie von AutorInnen hingewiesen, die das Konzept menschlicher Sicherheit am Kosovo prüfen und drei Bereiche als Indikatoren feststellen. Diese sind zum einen Resultat unsicherer Situationen und gleichzeitig schaffen sie Potential für Selbstbestimmung und Entwicklung unabhängig von internationalen Akteuren.

Den ersten Indikator sehen die Autorinnen in der ‚Self-reliance' also der Selbständigkeit und Selbstversorgung der Gesellschaft. Die KosovarInnen sehen ihre Bedürfnisse nach Sicherheit nur durch sich selbst gedeckt, ein Anzeichen dafür, dass das Vertrauen in die staatlichen Strukturen stark geschwächt ist und das Leben vom Staat abgekoppelt ist. Gleichzeitig aber hat diese aus Notwendigkeit resultierende Selbstverantwortlichkeit Potential zum Empowerment – je mehr aber Familie und Freunde HauptversorgerInnen täglicher Bedürfnisse sind, desto mehr sinken die Erwartungen an die Staatlichkeit und ein Rückzug aus der Öffentlichkeit ist bemerkbar. (vgl. Kostovicova/Martin/Bojicic-Dzelilovic 2012: 576)

Aus mangelnder Zufriedenstellung täglicher Bedürfnisse seitens der internationalen bzw. staatlichen Versorger resultiert die Vermeidung und Missachtung formeller Regeln, der zweite Indikator ist daher im informellen Bereich ‚Informality' zu verorten. Gleichzeitig konnte die lokale Bevölkerung auf diesem Weg die Befriedigung der täglichen Bedürfnisse sicherstellen. (vgl. Kostovicova/Martin/Bojicic-Dzelilovic 2012: 578)[22]

[22] Siehe dazu auch den Unterpunkt 4.2.2. Hybridität, die informellen Praktiken können mit Visokas (2012: 30) „hidden practices of hybridisation" verglichen werden.

Tägliche Bedürfnisse gelten als Schlüsselbegriff im Konzept Human Security, das Eingehen auf die Gesellschaft vor Ort stellt theoretisch das oberste Gebot dar. Faktisch lässt dieser Anspruch zu wünschen übrig, informelle Praktiken sind der beste Beweis dafür. Fraglich ist, wie man aus dem Beispiel Kosovo lernen kann, damit die Diskrepanz zwischen extern und intern kleiner werden kann und nicht mehr so viel Raum für parallele Handlungen lässt.

Der dritte Marker zeigt sich in der Solidarisierung der Gemeinschaften untereinander - ‚Community solidarity'. Den Autorinnen zu Folge ermöglicht diese jene Infrastruktur, die es für ein autarkes System und informelle Wirtschaften braucht. Die Skepsis, dass an internationale Institutionen gerichtete Anregungen und Beschwerden positive Wirkung zeigen könnten, ist nämlich groß. (vgl. Kostovicova/Martin/Bojicic-Dzelilovic 2012: 579, 580)

> Consequently, faced with an *unresponsive state*, while not viewing civil society as a possible alternative route for tackling governance weaknesses, the *fallback strategy has been to use personal networks*, including family or friends, *to better one's own immediate situation*. (Kostovicova/Martin/Bojicic-Dzelilovic 2012: 580, Hervorhebung der Verf.)

Zunehmend wird ersichtlicher, dass die verschiedenen Themenbereiche stark miteinander verwoben sind, denn auch im Fall von Legitimation führt das Rechercheergebnis dazu, dass Local Ownership hybride Ergebnisse hervorrufen kann und vor allem Parallelstrukturen die Folge sein können. Local Ownership und Legitimation gehen im Kontext von Interventionen Hand in Hand. Bezieht man die Bevölkerung nicht in staatsbildende Prozesse ein, scheint die Konsequenz, dass sie ihre eigenen Wege sucht, Bedürfnisse zufrieden zu stellen, nur logisch. Freilich hemmt dies die Legitimation der Anwesenheit und des Wirkens externer Akteure.

3.3.3 Resilienz und Konsolidierung

Als letztes Themenfeld gilt es die Theorie von Resilienz und demokratischer Konsolidierung am Beispiel Kosovo zu untersuchen. Diese werden gemeinsam behandelt, weil die Widerstandsfähigkeit eines Staates auch Resultat der Festigung des demokratischen Gefüges ist. Gewählt wurden diese Begriffe, weil sie ebenso Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse sind und Indikatoren dafür, inwiefern die einzelnen BewohnerInnen abgesicherte Lebensstandards vorfinden.

Demokratisierung vs. demokratische Konsolidierung. Konsolidierung von Demokratie ist wie die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung ein Hauptanspruch internationaler Intervention. Die Frage ist, inwiefern die UNMIK in der Lage war, Demokratie zu konsolidieren und das politische Gefüge in einer demokratischen Weise zu festigen.

Die internationale Präsenz verfolgte das Credo der demokratischen Konsolidierung im Kosovo und konnte ihr Ziel doch nicht erreichen. Erst seit der Erklärung der Unabhängkeit besteht im Kosovo Chance auf demokratische Konsolidierung. Cocozzelli differenziert zwischen den Begriffen Demokratisierung und demokratischer Konsolidierung und erläutert diesen Unterschied anschaulich am Beispiel Kosovo. Demokratisierungsprozesse können in verschiedenen politischen Feldern stattfinden, ohne unbedingt eine politische Transition zu verstärken. Konsolidierung ist insofern auch nicht das Ergebnis eines Demokratisierungsprozesses, sondern konsolidierte Demokratie bedeutet ganz einfach die Zurückdrängung oder Abwesenheit nicht demokratischer politischer Praktiken. Am Beispiel Kosovo bedeutet dies, dass Demokratisierungsprozesse unter der UNMIK möglich waren, Konsolidierung von Demokratie innerhalb dieser autoritären Administration jedoch nicht. (vgl. Cocozzelli 2013: 3)

In diesem Zusammenhang kann auch die Rolle des SRSG hervorgehoben werden. In seiner Person vereint sich die Gewaltenteilung, er ist Oberhaupt der Mission, Gesetzgeber und Chef der Exekutive und Judikatur. Der Gedanke, dass manche AutorInnen seine Rolle als wohlwollenden Despot deuten, ist wohl nicht ganz unberechtigt. (vgl. Narten 2009: 264) Rossbacher schwächt diese Meinungen jedoch ab, indem sie meint, dass der SRSG ja dem Generalsekretär zur Rechenschaft verpflichtet ist und seine Zuständigkeiten und Befugnisse von der Staatengemeinschaft bestimmt werden, deren Kontrolle er auch unterliegt (Rossbacher 2004: 140,141)

Im Kontext lokal vs. extern muss jedoch bedacht werden, dass sich der Handlungsspielraum ja ausschließlich auf den von den internationalen Autoritäten vorgegebenen Rahmen beläuft, selbst wenn die durch externe Akteure aufgebauten Institutionen demokratische Züge aufweisen (Cocozzelli 2013: 7).

> So long as an external authority exists to function as a final arbiter, democratic consolidation remains out of reach. […] In direct regard to international transitional administrations, the *implication* is that such *operations can assist in democratisation*, but only *when they disengage can the subject population actually achieve democracy*. (Cocozzelli 2013: 4, Hervorhebung der Verf.)

Die Rolle der UNMIK war also eine sehr gespaltene und das Ziel der Konsolidierung stand mit den autoritären Zügen der externen Organisation im Widerspruch. Bisherige Ausführungen haben bereits die duale Rolle der UNMIK als Wurzel der Schwierigkeiten genannt, ebenso in diesem Zusammenhang greift die Argumentation zu den Bereichen Local Ownership und Legitimation über. „UNMIK was not directly accountable to the local population, but rather to the Security Council in New York." (Cocozzelli 2013: 9) Es klingt

paradox, dass die UNMIK Handlungen entgegen der Meinungen der Bevölkerung setzte, um langfristige Demokratie zu erzielen. Die autoritäre Position der UNMIK steht eindeutig im Widerspruch mit ihrem Anspruch, Demokratie zu konsolidieren und führt logischerweise zu Frustration sowohl auf der Seite internationaler Akteure als auch der lokalen Bevölkerung. (vgl. Cocozzelli 2013: 9)

Seit Erklärung der Unabhängigkeit besteht zumindest die Möglichkeit der Konsolidierung von Demokratie. Der Schritt in die souveräne Staatlichkeit war notwendige Voraussetzung. Zu hoffen ist, dass demokratische Konsolidierung trotz der konfliktreichen Jahre, trotz Intervention und trotz der ethnischen Spaltung möglich sein kann. (vgl. Cocozzelli 2013: 16) Die Wahlen Anfang November werden ebenso ein ausschlaggebender Indikator sein.

Resilienz. Das Prinzip Local Ownership sollte der Weg internationaler Interventionen zu ihrem angestrebten Ziel sein. Theoretisch umfasst dieses Ziel eben die Konsolidierung von Demokratie sowie die Resilienz, also die Widerstandsfähigkeit eines Staates und seiner BewohnerInnen gegenüber plötzlichen Verschlechterungen der Lage. Internationale Akteure haben sich nach wie vor noch nicht aus dem Kosovo zurückgezogen, kann dabei von Resilienz die Rede sein?

> In this context, resilience is understood to mean the *ability of an individual*, a household, a community, a *country or a region* to prepare for, to *withstand, to adapt, and to quickly recover* from stresses and shocks without compromising long-term development prospects. (Council European Union 2013, Hervorhebung der Verf.)

Gegenwärtige Rechercheergebnisse lassen vermuten, dass der Kosovo zwar auf dem Weg zu einem resilienten Staat ist, Strukturen sind jedoch noch immer von einem fragilen Charakter gekennzeichnet und die Widerstandsfähigkeit des jungen Staates und seiner BürgerInnen ist noch nicht voll ausgereift. Wie bereits unter 4.2 von einem ‚unfinished state' die Rede war, gilt es in diesem Zusammenhang vertieft jene Eigenschaften aufzugreifen, die potentielle Trigger für Fragilität und Vulnerabilität sind.

Zum einen weisen Visoka und Bolton darauf hin, dass trotz jahrelanger internationaler Präsenz im Kosovo und trotz Unabhängigkeitserklärung nach wie vor die politische, ethnische und sozioökonomische Situation große Probleme darstellen, die wirtschaftliche Situation des jungen Staates ist von Arbeitslosigkeit und Korruption geprägt. (vgl. Visoka/Bolton 2011: 189) Zusätzlich bemerken Visoka und Bolton (ebd.: 193), dass die UNMIK zwar eine neutrale Position einnehmen wollte, die Organisierung serbischer Parallelstrukturen vor allem im Nordkosovo jedoch duldete. Dies hat zur Folge, dass der Kosovo nicht die souveräne

Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet ausüben kann (ebd.: 201) Alle diese Faktoren fordern Kosovos Souveränität heraus und gefährden die Stabilität.

Die ethnische Situation umfassend zu erörtern, ist nicht Ziel dieser Arbeit. Auf positive Entwicklungen kann jedoch hingewiesen werden. Beispielsweise meinte Rohan, dass sich in gewissen Punkten die Interessen Belgrads mit den Interessen Prishtinas decken, denn beide kämpfen gegen eine Clique von Verbrechertum, die bspw. mit Schmuggel viel Geld verdient und so auch dem serbischen Fiskus Geld entzieht. Auf beiden Seiten wird versucht, diese verbrecherischen Führungspersönlichkeiten auszuschalten. (vgl. Interview Rohan 2013: 3)

Abseits von diesen Faktoren sei an dieser Stelle der Unterpunkt Resilienz von 3.1.3. in Erinnerung gerufen. Menschliche Sicherheit richtet sich dahingehend aus, dass das Subjekt als eigenständig und aktiv handelnd wahrgenommen wird. Die Souveränität Kosovos ist zwar nicht gefährdet, aber die internationalen Akteure haben durch ihre fortlaufende Präsenz dennoch Potential die Eigenständigkeit des Staates zu untergraben. Visoka und Bolton meinen, dass die internationale Präsenz die Souveränität des jungen Staates hemmt, vor allem auf Grund von divergierenden Meinungen und mangelnder Kooperation innerhalb der externen Akteure. Als Beispiel nennen die Autoren ebenso unterschiedliche Positionen und Meinungen zum Statusprozess. (vgl. Visoka/Bolton 2011: 189)

Abschließend ist festzuhalten, dass einerseits einige Faktoren auf ein fragiles und nicht resilientes Staatswesen hindeuten, andererseits aber ist unverkennbar, dass Kosovo ein souveräner und unabhängiger Staat bleibt, dahingehend sollten sich internationale Akteure auch ausrichten.

3.3.4 Zwischenconclusio

Um die Umsetzung der Ziele menschlicher Sicherheit im Kosovo zumindest ansatzweise zu erörtern, wurden gezielt ein paar wenige Begriffe ausgewählt. Im Schreibverlauf hat sich jedoch herauskristallisiert, dass verschiedene Themenbereiche immer auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zurückführen und diese sozusagen Basis für alles andere sind.

So muss Local ownership als prägendstes Prinzip erkannt werden, denn auch die Diskussion um Legitimation knüpft freilich an lokale Akteure an sowie mittlerweile selbsterklärend ist, dass Resilienz und Konsolidierung aus der Bevölkerung entwachsen muss und ansonsten schlicht unmöglich ist.

Das Statusproblem, das von Anfang an wie ein Schatten über dem Wirken der UNMIK hing, sollte keinesfalls Schwerpunkt dieser Arbeit sein. In den vorausgegangen Ausführungen wurde jedoch ersichtlich, dass viele Probleme und Herausforderungen um die Statusproblematik kreisten und das lange Zeit ungelöste Problem sich schwerwiegend auf andere Bereiche auswirkte.

3.4 Conclusio – Status Quo und Aussichten

Geschichtlich zurückblickend war die Provinz Kosovo seit jeher ein umstrittenes Gebiet, bis zum Aufstieg Milosevics konnte die Region jedoch weitgehend Autonomie genießen. Die gewaltvolle Eskalation der 1990er Jahre endete unter Einschreiten der internationalen Gemeinschaft 1999. Mit Verabschiedung der Resolution 1244 durch den Sicherheitsrat veränderte sich die Situation ausschlaggebend. Während die internationale Gemeinschaft einen selbstregierungsfähigen Staat aufzubauen versuchte, blieb die Provinz ja dennoch unter der Territorialherrschaft Serbiens.

Diese ungelöste Statusfrage zog sich wie der Ursprung allen Übels durch die Jahre bis zur einseitigen Erklärung der Unabhängigkeit. Insofern drängt sich unwillkürlich die Frage auf, inwiefern die internationale Gemeinschaft ihre Vorgehensweise von einem näheren Auseinandersetzen mit der Statusfrage loslösen konnte, war doch offensichtlich, dass die kosovarische Mehrheit eine Abspaltung der Provinz befürwortete. Auch in diesem Zusammenhang fällt sofort das Stichwort ‚Local Ownership'. Auf das Wirken der internationalen Gemeinschaft rückblickend ist wohl festzustellen, dass diese eine top-down Strategie verfolgte und wenig auf die Bedürfnisse und Notwendigkeiten der lokalen Akteure einging – am Beispiel der ungelösten Statusfrage spitzt sich diese Problematik zu.

Aus der unzureichenden Einbeziehung der gesellschaftlichen Gegebenheiten resultierte ebenso die mangelnde Legitimation, also das fehlende Vertrauen der lokalen Akteure in externe Akteure die Fähigkeit zu haben, das junge fragile Staatswesen Kosovo auf sichere Pfade zu bringen. Trotz der Selbstverwaltungseinrichtungen und Bemühungen, lokale Politiker einzubeziehen, musste sich die UNMIK ständig der Kritik stellen, die letzte Entscheidungsmacht in der Hand zu haben. Die Folge waren hybride und parallelstaatliche Strukturen, jene Phänomene, die die Diskrepanz zwischen extern und lokal deutlich machen und sich wie ein roter Faden als *unintended consequences* durch die akademische Literatur ziehen.

Den Fall Kosovo betreffend ist auch die sogenannte Spoiler-Problematik maßgeblich und die Tatsache, dass bei Einbeziehung lokaler Akteure die Macht nicht in die „falschen“ Hände gelegt werden sollte. Da der derzeitige Regierungschef aus der UCK hervorgegangen ist, stellt sich die Frage inwiefern es im Kosovo gelungen ist bestehende Machtstrukturen ausreichend zu verändern.

Derzeit gilt, dass der Kosovo ein unabhängiger Staat ist und es auch bleiben wird. Das Potential der menschlichen Sicherheit umzusetzen hat die IG in ihrem Wirken am Beispiel Kosovo, zumindest der literarischen Recherche folgend, verabsäumt. Insofern wäre es umso wichtiger den Kosovo in seinem Streben nach einem unabhängigen und resilienten Staatswesen zu unterstützen. Dabei gilt, dass der kosovarischen Gemeinschaft die Möglichkeit eingeräumt werden sollte, eigene Entscheidungen zu treffen. Auch die EU sollte diesbezüglich ihre Softpower zügeln und Entscheidungen auf Grund von Mitgliedschaftsaussichten nicht erzwingen. Eines lässt sich nach bisher erfolgter Recherche mit Sicherheit feststellen – Demokratie und Frieden ist nicht im Wege eines top-down approachs erzwingbar.

Diesen Teil schließend folge ich Welchs Worten, der ein albanisches Sprichwort zitierte.

“Vetim i zoti mund ta nxjerre` gomarin nga balta (Only the owner can pull the donkey from the mud).“ (Welch 2006: 234)

4 Blickfeld Österreich – emigrierte Kosovarinnen

Die ersten konkreten Überlegungen für diese Diplomarbeit kreisten weder um das dargelegte Thema noch um die erörterten Forschungsfragen. Fest stand, dass, nebst theoretischer Erörterung von einem für die Internationale Entwicklung relevantem Thema, unbedingt eine Perspektive auf österreichische Verhältnisse in diese Arbeit einfließen sollte. Die Problematik um das Asylwesen ausgenommen, orientieren sich die Lehrveranstaltungen der IE oftmals jenseits der Landesgrenzen und es wird verabsäumt, die Missstände im eigenen Land zu untersuchen, die meines Erachtens sehr wohl einen IE-Bezug aufweisen. Österreich darf sich nicht in allen Belangen als entwickeltes Vorzeigeland wahrnehmen.

Von dieser Prämisse ausgehend, machte ich mich auf die Suche und kam zu folgendem Ergebnis, von dem sich die Theorie des ersten Teils und das Fallbeispiel Kosovo ableitete.

4.1 Einführend

Grundidee. Vor einigen Jahren besuchte ich ein Konzert von einem Duo namens Catch-Pop String-Strong, bestehend aus der serbischen Bratschistin und Sängerin Jelena Popržan und der Cellistin Rina Kaçinari aus dem Kosovo. Die beiden gelten als erfrischende Ausnahme in der Musiklandschaft, vor allem auch wegen komödiantischen Einlagen und extravaganter Bühnenpräsenz. (vgl. Catch-Pop String-Strong 2013) Besonders beeindruckt und erheitert hat das Lied *Turbofolk Queen or the song of Slavica the cleaning maid*, welches in ironischer Manier das Spannungsverhältnis zwischen Reinigungskraft aus osteuropäischem Raum und ihrer Arbeitgeberin, Frau Magister Moser behandelt.

„I am just a little Balkan girl
who has not found her Prince yet.
Nobody has the key to my heart
But I have the key to Magister Mosers flat.
Frau Magister Moser now wants to be my friend.
Herr Magister Moser just wants to be my lover.
And while I act as helping hand
They read a lot of books about Yugoslavia
Because they want to understand my culture better
About which I know nearly nothing.
I just know about the smell of their litter
And how to keep their bath clean.
So I can't wait until Saturday,
when butterfly flies from cocoon away.
The greatest transformation the world has seen:
From little cleaning maid to hottest Turbofolkqueen.
(Schuberth 2012: 115, Hervorhebung der Verf.)

Dieses Lied entstammt der Feder Richard Schuberts, der anschließend das Theaterstück ‚Wie Branka sich nach oben putzte' verfasste, welches mit dem Lied themenverwandt ist. Das

Stück handelt von den Protagonistinnen Branka, eine Reinigungskraft und von Frau Magister Moser, eine Kulturwissenschaftlerin aus Wien, wohnhaft im siebten Bezirk. Darin wird gekonnt die Rolle der Kulturwissenschaftlerin parodiert, die einerseits ein etabliertes Leben führt und es sich leisten kann eine Putzkraft einzustellen und sich andererseits aber in gekünstelter Weise auf einer Ebene mit ihrer ‚Putzfrau' sieht, sich für deren Kultur interessiert und im Idealfall mit ihr befreundet sein möchte. (vgl. Schuberth 2012)

Branka begegnet dieser wohlmeinenden Herablassung jedoch mit unerschütterlichem Selbstbewusstsein und bringt so Frau Magister Mosers Welt ordentlich ins Wanken (vgl. Dabić 2012). Im Klappentext des Buches ist wohl die Beschreibung „Ein Katz-und-Maus-Spiel der Identitäten und satirischer Zerrspiegel der Migrantendiskurse" (Schuberth 2012) am treffendsten. Das Theaterstück wurde erstmals im Mai 2011 von dem Theaterensemble daskunst unter der Regie von Aslı Kişlal aufgeführt (daskunst 2013).

Auf den ersten Blick haben Lied und das Theaterstück wohl wenig mit dem Konzept der menschlichen Sicherheit gemeinsam, sie waren jedoch der Auslöser für die Idee, den Fokus auf aus dem Kosovo nach Österreich emigrierte Frauen zu legen, deren Lebensalltag sich oftmals als ‚Putzfrau' wiederspiegelt, zumindest so wie es in meinem Heimatort H in Oberösterreich sehr häufig der Fall ist. Dass sich IE-Aspekte sogar in der engeren eigenen Umgebung finden, ist einerseits bedrückend und soll andererseits helfen die eigenen Scheuklappen zu öffnen. Diesen Gedanken entsprang anschließend die Idee das Konzept Human Security als theoretisches Feld zu verwenden und das Fallbeispiel Kosovo als Verbindungspol heranzuziehen.

Verbindung Theaterstück mit Realität. Der dritte Teil dieser Arbeit analysiert in diesem Sinne die Situation von aus dem Kosovo nach Österreich emigrierten Frauen. Dafür habe ich drei Frauen um ein Interview gebeten und an dieser Stelle sei betont, dass die Interviews keinesfalls den Anspruch auf Repräsentativität stellen – erstens ist das Ergebnis natürlich auch immer Ausdruck der Forschungsmethode und der eigenen Wahrnehmung und zweitens war es mir lediglich möglich, Frauen mit Deutschkenntnissen zu interviewen und auch ansonsten basiert die Situationsanalyse freilich auf den persönlichen Erfahrungen dieser drei Frauen. Mit diesem Schwerpunktexkurs soll diesen Frauen Gehör gegeben werden und darauf aufmerksam gemacht werden, wie eng die eigene Wahrnehmung oft sein kann.

Dabei sollte ergründet werden, wie sich ihr Lebensalltag in Österreich im Vergleich zum Kosovo gestaltet und ein erweiterter Sicherheitsbegriff Politikgestaltung konkret verändert.

Die theoretische Abhandlung lässt sich so in einem sehr praktischen Rahmen festmachen. Am Anfang stellte sich die banale Frage ‚Wie geht es diesen Frauen eigentlich, die so parallel im selben Ort neben uns her leben?' und an den Sicherheitsaspekt anknüpfend ‚Inwiefern sind sie in Österreich sicher?' Diese Fragen wurden in einem Interviewleitfaden ausdifferenziert. Letztendlich interessiert was das Konzept menschliche Sicherheit dazu beitragen kann. Gemäß dem Anspruch auf Individualisierung als zentrales Argument der Diskussionen um Human Security sollen Frauen das zentrale Subjekt in dieser Auseinandersetzung mit Sicherheit sein.

4.2 Interviews

Datenerhebung. Die drei Interviews wurden am 15. und 16. November 2013 geführt, die Entscheidung dies erst nach Verfassen des theoretischen Teils sowie nach Erörterung der Situation im Kosovo zu machen, wurde bewusst getroffen – es war ein Anliegen, die Erkenntnisse insbesondere des theoretischen Teils in den Interviewleitfaden und in die Gesprächsführung einfließen zu lassen, sowie ich mir eine bessere Kenntnis der Situation im Kosovo aneignen wollte, ehe ich mich ins Feld wagte.

Als Methode der Interviewführung wurde das Leitfadeninterview gewählt, orientiert am Reader von Kruse, 2009. Das Leitfadeninterview kennzeichnet sich dadurch, dass das Gespräch von einem vorab überlegten Leitfragen strukturiert ist und so sichergestellt wird, dass bestimmte Themen besprochen und behandelt werden. Hinter diesem Vorgehen verbergen sich spezifische Forschungsinteressen. Beispielsweise soll als Endergebnis die Forschungsfrage ‚Inwiefern sind aus dem Kosovo emigrierte Frauen in Österreich sicher und können mit der Erfüllung ihrer Erwartungen rechnen?' beantwortet werden können. Leitfadeninterviews können dennoch verschieden gestaltet sein und sich in ihrem Strukturierungsniveau stark unterscheiden. Der ursprüngliche Plan war, dass die Interviewpartnerinnen den Gesprächsfluss selber steuern und von den verschiedenen Fragen nur wenige aufgegriffen werden, um Inputs zu geben und sicherzustellen, dass für diese Arbeit und für die Forschungsfrage relevante Themen behandelt werden. In welcher Form die thematischen Interessen behandelt werden, wäre in diesem Sinne den Gesprächspartnerinnen allein oblegen. (vgl. Kruse 2009: 63)

Letztendlich war das Interview jedoch eher stark strukturiert, das heißt, es sind beinahe alle vorher überlegten Fragen in das jeweilige Gespräch eingeflossen. Dies ist wahrscheinlich auf etwaige Verständigungsschwierigkeiten zurückzuführen, zu dem war die Interviewsituation

nicht nur für die Partnerinnen neu, sondern auch ich fand mich erstmals in der Situation einer qualitativ Forschenden. Freilich waren die thematischen Schwerpunkte dennoch unterschiedlich gelagert und es wurde versucht, jenen Themen, welche den Frauen jeweils besonders wichtig waren, Raum zu geben.

Vorweg ist noch anzumerken, dass die Interviewsituation freilich asymmetrisch und überdies in gesellschaftliche Hierarchien eingebettet, verlaufen ist. Einerseits habe ich als Studentin ehemalige Migrantinnen interviewt, andererseits ist Deutsch meine Muttersprache, während ich nicht in der Lage war auch nur ein Wort der Sprache der Frauen, also Albanisch, zu verstehen. Auch die später angeführten Stellen aus den Transkribtionstexten verdeutlichen dieses Machtverhältnis.

Das Ergebnis dieser Situationsanalyse war teils überraschend und ist teils anders ausgefallen als erwartet. Dies hält die Hoffnung wach, dass es zumindest ansatzweise gelungen ist, die Interviewsituation ausreichend reflektiert zu haben und diesen Frauen Gehör zu geben.

Interviewleitfaden. Für die Erstellung des Interviewleitfadens wurden die Themenbereiche Sicherheit, Arbeitsmarkt bzw. Arbeitsfeld, finanzielle Sicherheit, Sprache, Familie und der Bezug zum Kosovo gewählt. Es gab die Überlegung das Themenfeld Gesundheit zwar miteinzubeziehen, die anderen Themen genossen allerdings Vorrang – es sollten nicht alle Ideen in den Leitfaden hineingepresst werden, viel mehr interessierte, welche Themen sich in der Interviewsituation ergeben würden.

Die Überlegungen dahinter wurzeln ebenso im HDR 1994, der ja Grundstein für das Konzept Human Security war und mitunter sieben Kategorien von Sicherheit festlegt, diese sollten in die Fragen einfließen. Dabei stand vor allem die persönliche Sicherheit, ökonomische Sicherheit, Ernährungssicherheit, Gesundheitssicherheit, und die Sicherheit der Gemeinschaft im Vordergrund. (vgl. UNDP 1994: 24/25) Ebenso war es wichtig an die breite Herangehensweise von Human Security anzuknüpfen und so den Fokus auf *Freedom from Want* und *Freedom to live in Dignity* zu legen. Das Interesse konzentrierte sich also auf die Frage, ob diese Frauen frei von Mangel leben können und die Freiheit in Würde zu leben genießen können. Zusätzlich war es ein Anliegen die bereits diskutierten Begriffe wieder aufzugreifen, da ja auch der erste und zweite Teil hauptsächlich um die gesellschaftlichen Verhältnisse kreisen – insofern sollten jene Themen, die sich im Kontext als besonders relevant erwiesen hatten, also Local Ownership oder Empowerment und Resilienz und

Legitimation, einfließen. In diesem Zusammenhang sind die Begriffe im Sinne von Unabhängigkeit, Selbstbestimmtheit und Selbständigkeit zu deuten.

Aus diesen Überlegungen ergab sich folgender Interviewleitfaden:

Einleitend

- Wie heißen Sie /heißt du?
- Wann sind Sie/bist du nach Österreich gekommen?
- Haben Sie/hast du einen Beruf? – Wenn ja, welchen?

Begriff Sicherheit

- Was bedeutet für Sie/dich „Sicherheit“ bzw. sicher zu sein?
- Fühlen Sie sich/ Fühlst du dich wohl in Österreich?
- Würden Sie/ Würdest du sagen, Sie führen/ du führst ein gutes Leben in Österreich?
- Was braucht es für ein gutes, gelingendes Leben?
- Was bedeutet für Sie/dich „Sicherheit“ in Österreich?
- Wie stellen Sie sich Ihre/ stellst du dir deine Zukunft vor in Österreich?
- Kannst du deine Lebensträume oder Lebensziele in Österreich verwirklichen?

Arbeitsmarkt/Arbeitsfeld

- Haben Sie/ hast du einen Arbeitsplatz?
- Was arbeiten Sie/ arbeitest du? Offiziell oder inoffiziell?
- Ist es einfach oder schwer einen Arbeitsplatz zu finden?
- Welche behördlichen Wege mussten Sie dazu wählen/haben Sie versucht?

Finanzielle Sicherheit

- Haben Sie/ hast du genügend finanzielle Mittel für Ihren/deinen Lebensalltag?
- Und für den Ihrer/deiner Familie?

Sprache

- Welche Sprachen sprechen Sie/ sprichst du?
- Wie und wo haben Sie/ hast du Deutsch gelernt?
- Finden Sie/ findest du, dass es wichtig ist Deutsch gut sprechen zu können? Warum?

Familie

- Haben Sie/ hast du Familie?
- Wie geht es Ihnen/dir mit Ihrer/deiner Familie in Österreich?

Bezug zum Kosovo

- Kehren Sie/ Kehrst du manchmal in den Kosovo zurück? Warum?
- Was wär das wichtigste im Kosovo gewesen, wenn Sie/du geblieben wären/wärst?
- Wie erleben Sie/ erlebst du den Kosovo?
- Wie geht es Ihren/ deinen Verwandten im Kosovo?
- Was sind die Erwartungen an Sie/dich, wenn Sie/du zurückkehren/zurückkehrst?

4.3 Analyseverfahren

Das Analysieren eines Interviewgespräches stellt vor allem ein Problem des Fremdverstehens dar. Wie bereits angedeutet, ist wohl die eigene Wahrnehmung das größte Hindernis und zeigt sich in der individuellen Selektivität, Subjektivität sowie Beliebigkeit. Insofern ist es von besonderer Wichtigkeit, dass eben dieser Prozess des Fremdverstehens einer Kontrolle unterzogen wird. (vgl. Kruse 2009: 139)

Unterschiedliche Analyseverfahren wurden entwickelt, um diesem Kontrollanspruch gerecht zu werden. Grundsätzlich wird zwischen einem inhaltsanalytischen Verfahren und einem hermeneutisch-rekonstruktivem Verfahren unterschieden, manche AutorInnen neigen zur Polarisierung. Kruse versucht dies abzuschwächen. Die inhaltsanalytischen Methoden müssen sich der Kritik stellen, kein rekonstruktives Verfahren zu sein. Es wird lediglich ein Text deduktiv und subsumtionslogisch erörtert, um so vorher entworfene Modelle in der Empirie bestätigen zu können. Das hermeneutisch-rekonstruktive Verfahren wird dahingehend kritisiert, dass es auf theoretischer Ebene ein Analyseverfahren befürwortet, das so in der Praxis nicht umsetzbar ist. Denn dieses Verfahren propagiert insbesondere die induktive Vorgehensweise, während KritikerInnen meinen, dass deduktive Erkenntnisprozesse erkenntnistheoretisch aber nicht ausschaltbar sind und diese Theorie dies einfach ausblendet. (vgl. Kruse 2009: 199)

Mit einer deduktiven Vorgehensweise wird das Besondere aus dem Allgemeinen abgeleitet, dies zeigt sich in theoretischen Vorannahmen und der Formulierung von Hypothesen, die empirisch überprüft werden sollen. Induktiv hingegen bedeutet, dass man vom Einzelfall auf

das Allgemeine schließt und Theorien erst durch das Material gebildet werden. (vgl. Duden 2007: 204, 450)

Die Auswertung der vorliegenden Interviews lehnt sich in abgekürzter Form an die von Mayring dargelegte qualitative Inhaltsanalyse an, welche dementsprechend unter den inhaltsanalytischen Methoden zu verorten ist.

Die Inhaltsanalyse stellt eine klassische Vorgehensweise zur Erörterung von Textmaterial dar und ist davon gekennzeichnet, dass sie sich zur Analyse verschiedener Kategorien bedient, die im Regelfall von theoretischen Modellen abgeleitet werden. Diese Kategorien werden zwar nicht aus dem Material entwickelt, sie sind aber maßgeblich für die Analyse und sollen immer wieder am Material überprüft werden und notwendigenfalls modifiziert werden. Als Ziel steht die Reduktion des Materials im Vordergrund. (vgl. Flick 2007: 409) Kruse stellt jedoch fest, dass rekonstruktiv-hermeneutische Verfahren ebenso deduktiv arbeiten, da ein theorieloses Vergehen nicht möglich ist. Insofern weist er daraufhin, dass sich die Kategorien der zwei Verfahren, die den Prozess strukturieren, in ihrem deduktiven Moment unterscheiden. (vgl. Kruse 2009: 195)

Nach Mayring gliedert sich die qualitative Inhaltsanalyse in verschiedene Schritte. Der erste besteht im Festlegen des Materials. Es geht also darum, zu entscheiden, welche Interviews bzw. welche für die Fragestellung interessanten Teile herangezogen werden. Der zweite Schritt analysiert die Erhebungssituation, anschließend charakterisiert man im dritten Schritt das Material formal und stellt sich die Frage wie das Material aufbereitet wurde und welchen Einfluss der Vorgang des Transkribierens auf die Texte hat. Im vierten Schritt zeichnet sich mit der Entscheidung für die Analyserichtung ab, was man denn nun eigentlich herausfinden und interpretieren will. Die Fragestellung muss also geklärt sein, bevor man sich für eine Analyserichtung entscheidet. (Flick 2007: 409, 410)

Für diese Arbeit besteht das Material aus drei Interviews, die Transkription stellt das Basismaterial dar. Die Erhebungssituation war bei jedem Interview unterschiedlich und wird in der Analyse einleitend noch näher behandelt. Erhoben wurde das Material durch Aufnahme der Gespräche, anschließend wurden diese mittels Transkription zu Papier gebracht – dabei wurde versucht, den Grundregeln des Transkribierens zu folgen und das Gespräch so unverfälscht wie möglich wiederzugeben. Auch hier gilt, dass dies natürlich nicht von der eigenen Wahrnehmung getrennt werden kann.

Als Analyserichtung schlägt Mayring drei Formen des Interpretierens vor, nämlich die Zusammenfassung, die Explikation und die Strukturierung. Das Analyseverfahren dieser Interviews richtet sich nach der strukturierenden Technik aus. Dabei werden vor der Analyse theoriegeleitete Kategorien entwickelt und anschließend an das Material herangetragen, dies ist dementsprechend ein deduktiver Prozess. Mayring hat sich jedoch der Kritik am deduktiven Vorgehen gestellt und versucht das aufstrebende Interesse an der induktiven Kategorienentwicklung, also keine theoriegeleiteten Kategorien, sondern aus dem Material heraus gearbeitete Kategorien, in seine Inhaltsanalyse einzubringen. (vgl. Mayring 2005: 11) „Das Anliegen qualitativ orientierter Forschung ist […] gerade, auf einem möglichst konkreten, materialnahen, deskriptiven Level die Auswertungsaspekte aus dem Text heraus zu entwickeln." (ebd.)

Auch Kruse hält fest, dass Mayring die Kritik an seiner zu theoriegeleiteten, deduktiven und zu subsumtionslogischen Analyse von qualitativen Daten annahm und dementsprechend seine Technik abwandelte. Zu Beginn stehen theoriegeleitete Überlegungen, die auf die Bildung von Auswertungskategorien abzielen, diese Auswertungskategorien werden dann im Prozess des Analysierens angewandt. In weiterer Folge sollen die vorher gebildeten Kategorien allerdings durch den Prozess wiederum modifiziert werden und durch neue, dem Material angepasste Kategorien ergänzt werden. Insofern nähert sich Mayring an die Grounded Theory an. (vgl. Kruse 2009: 165) Mayring selbst verweist ebenso auf die Grounded Theory, die mit der induktiven Ableitung arbeitet – Kategorien werden dort Codes genannt, es werden jedoch keine klaren Regeln oder Prozeduren festgelegt (vgl. Mayring 2005: 11).

4.4 atlas.ti

Zur Auswertung dieser Interviews wurde als Hilfsstellung das Computer-Programm atlas.ti verwendet. Dieses Programm lehnt sich an die qualitative Inhaltsanalyse von Mayring an und ermöglicht das Zuweisen von Textstellen zu bestimmten Kategorien in einer übersichtlichen Weise. Das Programm atlas.ti bezeichnet diese Kategorien als Codes, die vorab festgelegt werden und per Mausklick entsprechende Textstellen kennzeichnen. Darüber hinaus können verschiedene, aber ein ähnliches Thema betreffende Codes einem familiy code, also einer Oberkategorie, zugeordnet werden. Abschließend können die kategorisierten Textstellen gelistet eingesehen werden.

Bei der Auswahl der Kategorien kam es zu einer Verschränkung der deduktiven und induktiven Vorgehensweise. Anlässlich des genauen Interviewleitfadens, der so in nicht

geplanter Absicht ja beinahe vollständig angewandt wurde, resultieren viele Kategorien aus den vorab überlegten Fragen. Anschließend wurde das Textmaterial nach diesen Kategorien erörtert und um für den Analyseprozess notwendig erscheinende Kategorien ergänzt. Insofern war es ein Anliegen dem Anspruch, nicht nur theoriegeleitete Kategorien, sondern auch durch das Textmaterial erörterte Kategorien zu verwenden, gerecht zu werden.

Nach einer ersten Analyse des Textmaterials wurden einige Kategorien grob notiert und anschließend ausdifferenziert. Anschließend wurden vier sogenannte family codes erstellt, die die jeweiligen Unterkategorien zusammenfassen.

1. Sicherheit. Die umfassendste Oberkategorie richtet sich vor allem an den Ansprüchen von *Freedom from Want* und *Freedom to live in Dignity* aus, sowie die vorab erwähnten Kategorien des HDR 1994 einfließen, insbesondere persönliche Sicherheit oder ökonomische Sicherheit. Ebenso spielt die Gesundheitssicherheit eine tragende Rolle – interessant an dieser Stelle zu erwähnen ist, dass die Überlegung das Thema Gesundheit bei Erstellung des Interviewleitfadens in einer Frage zur Sprache zu bringen, unterlassen wurde. Gesundheit war dennoch in allen Interviews ein wichtiger Faktor für Sicherheit und Wohlbefinden und kann insofern als eine neue dem Textmaterial angepasste Kategorie bezeichnet werden.
2. Beruf. Dieser Themenbereich soll mitunter auch als Indikator für Empowerment und Selbständigkeit verstanden werden.
3. Sprache. Dieser Themenbereich gilt ebenso als Faktor für Empowerment und Unabhängigkeit, insbesondere war von Interesse wie sehr die Hände beruflich gebunden sind, wenn man der deutschen Sprache kaum mächtig ist.
4. Kosovo. Die letzte Oberkategorie dient als Konnex zum Fallbeispiel des zweiten Teils dieser Arbeit und befasst sich mit der persönlichen Verbindung der interviewten Frauen zu ihrem Herkunftsland.

4.5 Situationsanalyse

4.5.1 Portraits und Atmosphäre

Nach einem kurzen Portrait der interviewten Frauen und einer Erläuterung des jeweiligen Interviewsettings, werden die Unterkategorien in einer Queranalyse anhand von Beispielen aus dem Textmaterial interpretiert und erörtert. Die Anonymisierung der Frauen erweist sich dem Inhalt der Interviews folgend als Notwendigkeit.

Interviewte_1. Interviewte_1 ist 37 Jahre alt und seit 15 Jahren in Österreich. Interviewte_1 ist verheiratet und hat zwei Söhne, einer besucht die Hauptschule, der andere ist noch in der Volksschule. Interviewte_1 arbeitet derzeit als Reinigungskraft und Helferin in einem Kindergarten, angestellt bei einer Gemeinde in Oberösterreich..

Interviewte_1 hat mich zu sich nach Hause eingeladen, um das Interview zu führen. Ebenso anwesend waren ihr Mann und ihre zwei Kinder. Der Mann der Interviewten hätte ein Diplom für Lehramt Physik und Chemie. In Österreich hat er bis zu einem schweren Arbeitsunfall lange Zeit bei einer Baufirma gearbeitet und ist nun in der IT-Branche. Interviewte_1 und auch ihr Mann waren sehr aufgeschlossen und wir plauderten eine geraume Zeit, ich bekam Wein und Kuchen serviert und wurde eingeladen, einmal zu ihrer Familie auf Urlaub in den Kosovo zu fahren.

Interviewte_2. Interviewte_2 ist 41 Jahre alt und lebt bereits seit 1992 in Österreich. Interviewte_2 ist verheiratet und Mutter zweier Töchter und eines Sohnes, sie arbeitet als Reinigungskraft am Gemeindamt einer Gemeinde in Oberösterreich.

Bei diesem Interview war ich ebenso bei der Interviewten Zuhause eingeladen. Anfänglich war ich etwas irritiert, weil bei der direkten Interviewsituation ihr Mann und beide Töchter anwesend waren und ich nicht wusste, ob es möglich sein würde, persönliche Fragen zu stellen. Im Endeffekt erwies es sich als hilfreich, weil die Töchter bei Verständnisproblemen helfen konnten und auch ihr Mann half, Informationen zu vervollständigen, ohne sich einzumischen. Interviewte_2 selbst war sehr aufgeschlossen, anfänglich etwas nervös, aber nur wegen des Diktiergeräts. Auch sie hat mich eingeladen, sie während des Sommers, wenn sie selbst mit der Familie im Kosovo ist, dort besuchen zu kommen.

Interviewte_3. Interviewte_3 ist 35 Jahre alt und 1998 nach Österreich gekommen. Sie lebt mit ihrem Mann und drei Söhnen, der Jüngste hat dieses Jahr die Volksschule begonnen, in einer Gemeinde in Oberösterreich. Interviewte_3 arbeitet als Reinigungskraft bei verschiedenen Familien.

Interviewte_3 habe ich zu mir eingeladen. Interviewte_3 spricht Deutsch, dennoch hatten wir immer wieder Verständigungsprobleme, ein Wörterbuch im Internet half uns aber darüber hinweg.

4.5.2 Auswertung

4.5.2.1 Sicherheit

Sicherheitsdefinitionen

Der theoretische Teil dieser Arbeit setzt sich vorwiegend mit dem Thema *Was macht Menschen sicher?* auseinander, insofern interessierte im Kontext der Interviews, was diese drei Frauen in Österreich sicher macht und ob sie persönlich das Gefühl haben, sicher zu sein. Die Antworten bestätigten großteils das theoretisch Erörterte – nämlich die Priorität der Individualisierung in sicherheits- und entwicklungspolitischen Fragen. Dass kein Krieg ist, gilt als Prämisse, Sicherheit für das Individuum knüpft dennoch viel umfassender an die individuelle Situation an.

Davon ausgehend ist beispielsweise die Möglichkeit, in Österreich definitiv bleiben zu können für das Sicherheitsempfinden ausschlaggebend, der österreichischen Staatsbürgerschaft kommt demnach eine besondere Tragweite zu.

> „erstes jahr hab i nur asyl und zweites jahr hab i nur eine eine visum, flüchtling visum [ok, mhm] und jo in de 6 monaten hab i net so sicher, weil i hab gedacht, vielleicht muss i zurück nach kosovo fahren und i war, i hab erste kind gekriegt, war für mich sehr schwer, aber dann bin so wie soll i sagen is alles ok, i hab staatsbürgerschaft genommen“ (Interviewte_1 2013: 2)
>
> „sicherheit für mi, das heißt, wenn i bin sicher, so wenn alles ok, zum beispiel mit visum, mit staatsbürgerschaft hab ich ka problem, mit polizei ka problem, mit bezirk (*meint Bezirkshauptmannschaft)* und i bin schon sicher in österreich, das ist für mi wichtig“ (Interviewte_1 2013: 3)

Auch für die berufliche Situation ist die Staatsbürgerschaft entscheidend.

> **„I.2** na, des mit dem visum war keine chance zum arbeiten gehen [ok] aber dann mit (verständnisprobleme, squipas mann hilft) unbefristete visum [ahhh] [ok] […] **RW** und dann, sobald du, wie du die staatsbürgerschaft dann gehabt hast wars einfacher eine arbeit zu finden? **I.2** genau, hob i glei und don i hob eh gsucht“ (Interviewte_2 2013: 2)

Im Zuge der Interviews war zunehmend ersichtlich, dass sich Sicherheit in der Möglichkeit ausdrückt, ein „gutes Leben“ führen zu können. Die Frage nach dem „guten Leben“ hat schon viele AutorInnen beschäftigt. In diesem Kontext wurde deutlich, dass ein „gutes Leben“ für

die Interviewten auf einer abgesicherten Wohnsituation, der Hoffnung, dass die Kinder eine gute Zukunft haben und dass die Familie gesund ist, aufbaut. Genügend Geld braucht man freilich auch, um diese Wünsche in den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen erfüllen zu können.

> „für ein gutes leben, jo ah geld, eine gute weg für die kinder, in der schule gut geht und ein haus möcht i ham unbedingt [mhm] und jo i jo früher hob i a ein haus, jetzt a aber früher war so richtig, weil i schlof im wohnzimmer i hob keine kinderzimmer ah schlafzimmer“ (Interviewte_2 2013: 3)
>
> „für mi gute leben ist meine familie ist gesund [ja] mein kind schule lernen gut [ja] ist für mi is meine familie ist gesund“ (Interviewte_3 2013: 2)

Zusätzlich spielt der soziale Aspekt eine wichtige Rolle. Dazu gehört, ob sich die Frauen hier beheimatet und wertgeschätzt fühlen. Auch Kontakte mit sogenannten „ÖsterreicherInnen“ scheinen wichtig zu sein. Zugleich zeigt sich eine große Dankbarkeit für die Hilfsbereitschaft, für Respekt und eben für die Wertschätzung.

> „jo, bin sehr zufrieden, also mit freunde, mit verwandtschaft so mit, wie soll i sagen, in [ort a] bin i wie in meine heimat, [ok] wie im kosovo“ (Interviewte_1 2013: 3)
>
> „na, oba mit de mit el- de leute bin i sehr zufrieden muss i ehrli sogn mit oalle“ (Interviewte_2 2013: 8)
>
> „jo sehr, sehr, sehr, sehr supa i hob nie in meine leben probleme kobt, nie a mit die kinda irgendwo nie oalle nachbarn san wirkli supa [ah fein] na [mhm] na es war wirkli supa“ (Interviewte_2 2013: 9)
>
> „na, für mi es, es freut mi wenn du bist da und es freut mi wenn zum beispiel jemand interview macht mit uns, mit unsre leut und manche leute meint jo es is ausländer, is von kosovo da und weißt du hat manche will nicht kontakt haben […] ja, genau, i bin sehr zufrieden wenn jemand kommt und jemand fragt und wie das geht und ob es schwierig für euch oder so dann is für mi scho“ (Interviewte_1 2013: 18,19)

Ebenso für die Berufssuche ist die soziale Anknüpfung wichtig.

> „i gefunden selber *meint den Arbeitsplatz* [ja] selber arbeiten erst für eine frau, später viel frauen interessiert für mi [ah ok] gut putzen viel frau rufen bitte [Interviewte_3] komm putzen für mi“ (Interviewte_3 2013: 6)

Trotz der positiven Grundstimmung kamen auch Hinweise, dass nicht alle in der Lage wären ein „gutes Leben“ zu führen oder so viele Kontakte zu haben. An dieser Stelle sei nochmals betont, dass die ausgewählten Frauen ja keinesfalls repräsentativ sein können.

> „jo für uns, also für unsere frauen von kosovo is schon sehr schwierig, [ja] also i mein für unsere generation manche sind so nicht beruflich, hast du keine arbeit, und is für, also mit de sprache ist es auch eigentlich schon schwierig, weil hast du nicht so viele kontakte und normal is schon, für manche is schon schwierig, aber wir hat eine gute job oder wir haben mehr kontakt mit andere leute“ (Interviewte_1 2013: 3)

Gesundheit

Gesundheit kristallisierte sich als großer Einflussfaktor für das Themenfeld Sicherheit heraus – sicher ist, wer selbst gesund ist, gesunde Kinder und im Falle der Krankheit gute Aussichten auf ärztliche und medizinische Versorgung hat.

> „i hab zwei kinder, für meine generation i bin schon sehr zufrieden, i hab zwei kinder, gesunde kinder zuerst“ (Interviewte_1 2013: 13)
>
> „ahh vielen meine familie ist zufrieden [ja] keine krank für mi [mhm] äh, meine familie is alles gesundheit für mi [ja] is zufrieden“ (Interviewte_3 2013: 1)
>
> „jo ah sicher mit wie soi i das sagen sicher ist das jo mit versicherung oder oder mit krank ah spital verstehst du“ (Interviewte_2 2013: 9)
>
> *spricht vom Krankheitsfall ihres Mannes* „glei in da früh um 5 uhr donn hob i hörte *hörte ist der Arzt* angerufen, hörte war glei do und und in kosovo is nix so richtig“ (Interviewte_2 2013: 9)

Finanzielle Sicherheit

Für die tägliche Absicherung ist es freilich wichtig, genügend finanzielle Mittel zu haben, um den Alltag bestreiten zu können. Die finanzielle Situation der interviewten Frauen ist dafür derzeit ausreichend, anfänglich gab es jedoch auch Schwierigkeiten, weil zum Beispiel hohe Kredite für notwendige Anschaffungen aufzunehmen war.

> **„**na des war nix reicht, mah 4.000 schilling, 5.000 schilling kredit bezahlen, 2000 schilling, wie kannst du leben überhuapt [ja, ja in der zeit] jo, des war schon schwer“ (Interviewte_2 2013: 14)
>
> „ja früher war nix so richtig, aber jetzt mit zwei verdiener ist sehr viel besser geworden […] jo schon schwierig war, weil jo muss i ehrli sogn war, wir hom oba nur

kredit kobt und wir weißt das weiß kana, [für kredit für?] jo des kredit wor olle für wohnung, muss i ehrli sogn, alles wohnung richten, küche kaufen und dann des passt nix für die ondare wohnung,, donn des küche weg [oh gott] oda kauft (?meint?) 7. Wohnung , don staatsbürgerschaft hamma gekauft, 24.000 schilling“ (Interviewte_2 2013: 15)

„und auch finanzielle, hab ich nicht so viel geld gkobt und jetzt hab i auch nicht so viel, aber trotzdem bin i so, wie soll i sagen, normalisiert“ (Interviewte_1 2013: 5,6)

Die finanzielle Situation spielt auch in berufliche Möglichkeiten mit ein, so sind Ausbildungen im Regelfall teuer und für diese Frauen nicht oder noch nicht leistbar.

„und ausbildung zu machen muss ma selber investieren [ja] und bis jetzt hab i so finanziell, hab i net so gut ghobt“ (Interviewte_1 2013: 4)

Zusätzlich ist anzumerken, dass die Frauen das Thema abgesicherte finanzielle Situation stets auf ihre Familie bezogen, persönliche Bedürfnisse scheinen im finanziellen Zusammenhang keinen Raum zu haben.

„jo für meine leben is genug momentan is genug aber kaufen haus [ja] viel viel viel kosten viel investieren aber mein mann gute gut firma gut zahlen [ok] momentan is genug [ok, mhm] nix viel geld aber genug für für meine familie is genug“ (Interviewte_3 2013: 7)

„für mi is ganz wenig mit mit drei kinder, jeden tag, mama gib mir geld, schule braucht viel, viel geld, i arbeiten ganze tag am abend keine geld (lachen) jo, aber mit der haus viel investieren“ (Interviewte_3 2013: 7)

Kinder

Als induktive Kategorie kristallisierte sich die Situation der Kinder heraus. Ob diese eine abgesicherte und gute Zukunft haben, ob sie gesund sind etc. wirkt sich maßgeblich auf das Wohlbefinden der Frauen aus. Zukunftsträume der Mütter richten sich nach dem Wohlergehen der Kinder aus.

„jo an traum, dass die kinder etwas hot, dass die kinder in der schule richtig gut geht“ (Interviewte_2 2013: 11)

„jo meine zukunft hier meine familie ist gesund meine kind schule gehen [ok] mhm später gut arbeiten ah heiraten mit gute mädchen, nix bleiben straße, nix trinken

alkohol, für mi is zukunft [ja] […] sehr wichtig für mi mein kind is sehr wichtig für mi is zukunft“ (Interviewte_3 2013: 1,2)

„für unsere kinder i bin sehr zufrieden, dass i bin in österreich und meine kinder die grundschule oder hauptschule, volksschule, hauptschule und weitergehen in der schule in österreich“ (Interviewte_1 2013: 13)

4.5.2.2 Beruf

Die zweite Oberkategorie setzt sich mit dem Berufsleben der Frauen auseinander. Dieses Themenfeld knüpft dementsprechend an der Grundidee für diese Diplomarbeit an – nämlich am Interesse daran, wie diese Frauen ihren Berufsalltag gestalten.

Erfahrungen und gegenwärtige Situation

Alle drei interviewten Frauen arbeiten derzeit als Reinigungskraft, während Interviewte_1 und Interviewte_2 die Vorzüge einer öffentlichen Anstellung genießen, ist Interviewte_3 privat und inoffiziell beschäftigt.

„meine arbeit ist putzfrau [putzfrau] […] 5 tage, jeden jeden tag arbeiten [8 stunden?] samstag und sonntag nicht [natürlich] […] alles schwarz arbeiten“ (Interviewte_3 2013: 4)

„hab i 4, 5 jahre gearbeitet, also in privathäuser für bügeln, für putzen […] und dann seit 4 jahren bin i im kindergarten, so ganz normal, mit mit anmeldung [bist du offizell, auch versichert?] ja genau, offiziell und versichert“ (Interviewte_1 2013: 6)

Auch in diesem Zusammenhang spielt der soziale Aspekt mit ein, vor allem die Kinderbetreuung betreffend. Denn diese Frauen können nicht wie andere auf familiäre Kinderbetreuung zurückgreifen.

„genau, hob i glei und don i hob eh gsucht, jo hob i a nix gefunden etwas was mir passt in der nähe, weil i hob niemond kobt, i hob keine mutta do zum beispiel, schwesta oder irgendwer zum die kinder aufpassen“ (Interviewte_2 2013: 2)

Außerdem wurde der Eindruck erweckt, dass in diesen drei Familien die Kinderbetreuung doch Angelegenheit der Frau darstellt und es dementsprechend schwierig ist, einen Beruf zu ergreifen bzw. einen Beruf zu finden, der angemessen bezahlt ist.

„in manche keine führereschein, kann nicht nicht zum beispiel weiter oder in eferding oder in linz [kannst du nicht] jo genau und manche, normal i glaub für frau, also i bin

persönlich frau und i hab schon kinder und i bin scho verantwortlich [ja], normal i bin also i bin also, die andere frau sind nicht sehr zufrieden, zum beispiel nimmt nur 40 euro für 4 stunden und dann hat kind daham, des is nicht in ordnung, aber wenn ich glaub, wenn hat keine chance, dann muss ma so“ (Interviewte_1 2013: 7)

„für mi is besser arbeiten später momentan is mein kind is klein für mi is sehr schwierig“ (Interviewte_3 2013: 3)

Schwierigkeitsgrad, Arbeit zu finden

Arbeit zu finden, erwies sich nicht als einfach, alle drei Frauen fanden ihren derzeitigen Arbeitsplatz über FreundInnen oder Bekannte. Das Arbeitsamt war insofern wenig hilfreich, ein zusätzliches Hindernis stellt die Konkurrenz dar.

„na, für mi war nicht so schwierig, aber leicht auch nicht. [ok] I hab müssen mit so viele leute gesprochen und i hab für mi viele leute erzählt meine leben wie i hab erstes mal gekommen nach österreich und bis wann i hab geschafft also platz in kindergarten aber danke haben mir so viele leute geholfen und i hab schon den platz gekriegt“ (Interviewte_1 2013: 8)

„jo i weiß net, i finde viel lang nix, [hast du lange nichts gefunden?] jo, aber nicht sprechen gut deutsch [ja] für sehr schwierig, sehr schwierig für arbeit [wenn du die sprache nicht kannst] jo aber nix viel … ach gott [lass dir zeit] für mi is schwierig für arbeit kein platz“ (Interviewte_3 2013: 5)

„jo, i frage zwei mal, drei mal, vier mal war sehr schwierig, bei viel mensch konkurrieren is sehr schwierig, momentan is sehr schwierig [dass man arbeitet], viel frau albaner is nix arbeiten“(Interviewte_3 2013: 5)

Das Thema Sprache wird zwar gesondert noch behandelt, spielt jedoch tragend in das Themenfeld Beruf mit ein.

„und warum hast du keine arbeitsbewilligung bekommen? **I.2** hob i nit gekriegt, i waß net, i wor a bor moi in arbeitsamt, hom sie gsogt keine chance, oder? **RW** aber sie ham nicht gesagt warum? **I.2** nein, [ok] jo i was net i hob gor nit gfragt, i hob nix verstanden [jaja] so richtig na des darf i net, i was net“ (Interviewte_2 2013: 13,14)

Berufswünsche

Zwei der drei Frauen gaben ganz eindeutig an, dass sie eigentlich lieber einen anderen Beruf ausüben möchten, Wunschvorstellungen in die Realität umzusetzen aber sehr schwierig sei.

Problematisch in diesem Zusammenhang sind ebenfalls die Sprachkenntnisse und wie bereits erwähnt, die fehlenden Mittel für eine weitere Ausbildung.

> „jo für mi is späta mit eine firma arbeiten“ (Interviewte_3 2013: 3)
> „jo, i träum einfach, i möchte schon einen beruf für zb für kindergärtnerin, [kindergärtnerin zum beispiel? jetzt bist du dort helferin oder was machst du?] jo, helferin bin, i helfe a manchmal im kindergarten, aber i bin in der früh i nimm die kinder mit bus und mittag auch und dann bin i auch für reinigungs, aber i hab ja auch noch probleme mit sprache [ja] und muss i selber beruf [ja] zum beispiel und ausbildung zu machen muss ma selber investieren“ (Interviewte_1 2013: 4)

4.5.2.3 Sprache

Durch das Analysieren der Interviews ergab sich der Eindruck, dass Sprache zwar kein direkter Indikator für Sicherheit ist, jedoch stark auf andere Bereiche wirkt, wie zum Beispiel soziale Kontakte oder Berufsmöglichkeiten. Insofern spielt Sprache in der Definition von Sicherheit dennoch eine tragende Rolle.

Welche Sprachen werden gesprochen

Die Muttersprache der drei Frauen ist Albanisch, die Deutschkenntnisse variieren. Im Regelfall wird in der Familie bzw. Zuhause Albanisch gesprochen und am Arbeitsplatz Deutsch.

> „jo ich sprecht albanisch des is muttersprache ist albanisch, zuhause sprech i albanisch auch mit kinder“ (Interviewte_1 2013: 10)
> „im kindergarten sprech ich deutsch“ (Interviewte_1 2013: 11)
> „i sprechen erste albanisch“ (Interviewte_2 2013: 17)
> „albanisch [albanisch ist deine sprache?] bisschen deutsch“ (Interviewte_3 2013: 8)

Interviewte_2 spricht zusätzlich serbo-kroatisch, weil in ihrer Herkunfts-Stadt im Kosovo diese Sprache geläufig war. Im Zuge der Flucht von Menschen während des Bosnien Kriegs, war Interviewte_2 bereits in Österreich war und hatte viel Kontakt mit Menschen aus Bosnien.

> „serbo-kroatisch, weil i spreche das damals mit de bosnier bin i in österreich so viele dann flüchtlinge von bosnien [ah ok] i war dann ah mit de bosnien und plus unsere stadt von kosovo is rachovez *(?)* heißt des red ma a so wie eine sprache wie serbisch“

Deutschkenntnisse

Die Deutschkenntnisse der drei Frauen sind verschieden, die Möglichkeiten diese Sprache zu lernen auch. Die Sprache der Familie ist albanisch, Deutsch wurde und wird im Regelfall durch soziale Kontakte und am Arbeitsplatz erlernt.

> „i habe auch zum beispiel mit bekim oder mit andere leute, ich schäme nicht, wei i weiß ich spreche nicht gut deutsch aber [ja, von fehlern lernt man], aber wenn i sag, na vielleicht i rede nicht gut, ich spreche nicht, dann ich glaub, ist es schon schlecht und i versuch wenn mir jemand sogt, na [interviewte 1], das hast du falsch gesogt oder falsch hast du mich verstanden und dann wieder hat er mir erklärt dann für mi is schon leichter hob i auch mit leute“ (Interviewte_1 2013: 11,12)
>
> „deutsch hob i glernt ah gelernen von der österreicher frau in oalle nachbarin von und dann von di kinder freundin von de mutter hob i alles kontakt, von kindergarten bis in da schule hob i noch a kontakt“ (Interviewte_2 2013: 17)
>
> „ich sprechen deutsch lesen mit mit mensch kontaktieren mit mensch für mi eine eine sprechen lesen oder für mi kontaktieren mit mensch für mi [meinst du mit mensch, wen meinst du mensch] mit mensch, mit andere leute […] mit meinen arbeit bisschen sprechen“ (Interviewte_3 2013: 8)

Kurse waren aufgrund mangelnder Intensität weniger hilfreich.

> „jo, i hab schon zwei moi kurs gmocht, aber nicht lange [mhm], also einmal hab i ein monat [mhm] und anderes mal hab i ein jahr[mhm], aber in jede zwei wochen eine klasse, also das is nicht so viel“ (Interviewte_1 2013: 11)
>
> „jo damals war schon in alkoven eine kurs, don hom si gsogt na, des konnst jo net so richtig lernen is besser won du kontakt host mit österreich und don hob i schon, hob i gsogt, na is ma lieber und i weiß, wos i weiß kann i besser deutsch reden also andere wos in kurs waren“ (Interviewte_2 2013: 17)
>
> „kurs früh i kommen 2 monate aber sehr wenig, wenig, spr- wenig lesen“ (Interviewte_3 2013: 8)

Welche Bedeutung wird der deutschen Sprache zugemessen

Diese Kategorie wurde nicht erstellt, um über die Wichtigkeit Deutsch in diesem Land sprechen zu können allgemein gültige Aussagen zu fällen. In diesem Zusammenhang wird

lediglich ein Beispiel dargestellt und erläutert, wie die interviewten Frauen dem Thema gegenüberstehen.

Der Tenor war eintönig. Der Sprache Deutsch im Alltagskontext nicht mächtig zu sein, erweist sich für diese drei Frauen als Hindernis. Sei es den sozialen Aspekt, Bedürfnisse oder berufliche Perspektiven betreffend, die deutsche Sprache gilt für alle drei als Schlüssel zu einem angenehmen Lebensalltag.

> „für mi is sehr wichtig sprechen deutsch, sehr wichtig [ja] osterreich bleiben nix sprechen gut deutsch is sehr schwierig“ (Interviewte_3 2013: 8)
>
> „weil wenn i zum beispiel i hab entscheidung für in österreich zu bleiben und war schon sehr wichtig, wenn du möchtest zum beispiel mit jemand etwas erklären oder mit jemand sprechen und wie kannst zum beispiel mit jemand sprechen wenn du wenn ich kann nicht und wie kann zum beispiel jemand anders mich verstehen was ich brauche oder was ich möchte wenn versteht mi nicht und die sprache ist sehr wichtig“ (Interviewte_1 2013: 12)
>
> „wenn i kenn mehr leute für mi is also mehr leicht weißt du wenn ich kenne so viele leute dann i red mit viele leute verschiedene thema und es is schon supa“ (Interviewte_1 2013: 12)
>
> „jo won i zum arzt gehen is ma wichtig dass i etwas sagn kon, won i an führerschein, jetzt hob i auf deutsch gmocht, des wor a wichtig i wollt des nix auf kroatisch mochn weil die andere hom sie a viele, hob i gsogt, wenn polizei dawischt mi [ja] musst du wissen, er vasteht das nix auf kroatisch, oder [jaja] er frogt mi auf deutsch, dann muss i sagen [ja, lachen] und drum is na, wonn du strafe krieg is ma lieber auf deutsch und won i in da arbeit jetzt won irgendwos is, donn muss i a wissen auf deutsch und wenn i in der schule elternsprechtage, da geh i immer und dann muss i a, des is ma a wichtig“ (Interviewte_2 2013: 18)

4.5.2.4 Kosovo

Der letzte family code soll das Blickfeld Österreich mit dem Fallbeispiel Kosovo in Verbindung bringen. Dabei interessierte, inwiefern die Frauen die Situation im Kosovo wahrnehmen und immer noch mit dem Land verbunden sind.

Bezug zum Kosovo

Der größte Anknüpfungspunkt zum Kosovo besteht wahrscheinlich darin, dass die Eltern oder auch Geschwister der drei Frauen im Kosovo leben. Alle drei Frauen fahren jährlich ein bis

zweimal auf Besuch in den Kosovo. Dass die Eltern nach Österreich auf Besuch kommen, gestaltet sich als sehr schwierig, weil es bisweilen ja keine Visa-Freiheit gibt und die Vergabe von Visa nur selten erfolgt.

> **„I.1** jo meine eltern leben schon im kosovo und hat keine chance zum beispiel hier in österreich zu kommen auch für besuch gar nicht zu kommen **RW** weil sie kein **I.1** weil es is schon schwierig, weil kriegt nicht so leicht für visum, zum beispiel wenn ich schick visa für drei monate oder für ein monat besuch, kriegt nicht, kriegt immer negativ" (Interviewte_1 2013: 14)
>
> „i bleibe viel für meine familie in kosovo [ja hast du noch eltern?] meine eltern [leben beide] is ganz alleine in kosovo, i bleibe mit meine eltern" (Interviewte_3 2013: 11)

Aufgrund der Umstände im Kosovo und der familiären Bindung wurde auch der Wunsch geäußert, gemeinsam mit den Eltern in Österreich zu leben.

> „nehmen für mi is besser nehmen meine eltern in osterreich mit mir meine eltern ist ganz alleine, für mi nix gut und für meine eltern sehr schwierig, ganz alleine" (Interviewte_3 2013: 15)

Zusätzlich ist festzuhalten, dass diese Frauen ihren Lebensalltag im Kosovo verlassen mussten, bspw. erzählte eine von ihrem Haus im Kosovo, das nun während des Jahres leersteht.

> „kosovo meine haus is größer, schöne haus [hast du ein haus in kosovo] jo, mein mann neu gebaut [dein mann hat dein haus gebaut?] jo [und wann, wann hat er das gebaut?], 20 jahre, 20 jahre, jo [vor 20 jahren?] jo [vorm krieg] jo vorm krieg, alle feuer meine haus, wieder renovieren, mein mann immer arbeiten osterreich" (Interviewte_3 2013: 11)

Persönliche Erfahrungen mit Kriegssituation

Interviewte_2 ist bereits 1992 nach Österreich gekommen, die anderen zwei Frauen haben Kriegssituationen miterlebt und sind auf Grund dessen (ihre Männer sind vor ihnen nach Österreich gekommen) nach Österreich geflohen. Diese Erfahrung ist nicht zentrales Thema für die Beantwortung der Frage, was diese Frauen sicher macht, da die Fragestellung dieser Diplomarbeit an die jetzige Lebenssituation und somit an die Gegenwart anknüpft. Die jeweiligen Erzählungen erweckten jedoch den Eindruck, dass die Frage nach *Was macht*

sicher und *Was braucht man für das Wohlbefinden* mit Kriegserfahrung wohl anders beantwortet wird. Näheres dazu findet sich in der anschließenden Reflexion.

> „der grund ich kommen osterreich, der grund is krieg, krieg alle alle jugoslawien, krieg mit jugoslawien alle mensch ge tot alle mensch viele mensch feuer mit haus ganze haus feuer [feuer meinst du?] jo jo jo mit mensch alle ganze haus mit mensch [feuer] feuer aber grund für mi is leben für mi is wichtig is meine leben mein leben für meine mann, meine kind später geboren aber i ganz alleine kommen osterreich“ (Interviewte_3 2013: 13)
>
> „na, hab i, na krieg war auch früher, weißt du die schule [jajaja] hat so zugmocht und hat die wie soll i sagen ich weiß es nicht und hat in der schule für kinder etwas so wie infektion gekriegt, i weiß net wie heißt auf deutsch, i hab schon dawischt“ (Interviewte_1 2013: 4)

Wie wird Situation im Kosovo erlebt

Die Situation heute ist freilich besser als zu Zeiten des Kriegszustandes, mangelnde Perspektiven sind dennoch Grund dafür, dass die drei befragten Interviewpartnerinnen nie in den Kosovo zurückkehren würden.

> „wenn i wäre in kosovo, dann wenn hat keine krieg zum beispiel [mhm] oder wenn mehr versichert wie in österreich die leute zum beispiel und i weiß nicht auch selber für mi is schon schwierig wenn i war mädchen in kosovo, nicht verheiratet und so mit kindern und mit mann und im krieg bin i gekommen österreich, also im kosovo jo wäre schon wenn zum beispiel kein krieg und eine job habe, wenn mehr versichert leute dann wärs schon besser“ (Interviewte_1 2013: 15)
>
> „kosovo i nix zurück keine arbeit, für mi keine versicherung für mi is schwierig, meine kind krank oder i oder mein mann alle mit geld zahlen mit selber nix versichert“ (Interviewte_3 2013: 11)

Grundsätzlich fehlt es an Arbeitsplätzen und jene, die es gibt, sind sehr schlecht bezahlt.

> „normalerweise is nicht so ganz gut, wenn manche leute zum beispiel arbeiten pro tag, ganze tag für 10 euro, 8 stunden, 9 stunden [nur 10 euro?] nur 10 euro für 8 stunden, [wahnsinn, nicht pro stunde? Sondern ganzer tag?] nanana nicht pro stunde, manchmal 9, 10 stunden mit nur 10 euro des is schon schwer, schon schwierig aber viele leute von kosovo hat so viele kinder in europa, zum beispiel italien, österreich so und olles

unsere helfen, dann kann schon leben, sonst nur was kriegt von kosovo is schon schwierig, kann nicht leben von diese geld“ (Interviewte_1 2013: 16)

„na, keine geld [gar kein geld] keine geld [ja] ganze familie ein mensch arbeiten [ja] baustelle arbeiten, 10 euro ganze tag arbeiten [ja, wahnsinn, ja] osterreich ich zahlen 20 euro pro stunde osterreich kosovo ganze tag mit 10 euro baustelle sehr schwierig arbeiten [schwierige, harte arbeit] hart arbeiten, sehr schwierig [ja, ich verstehe], keine mit 10 euro nur, nur brot einkaufen [ja, ja, ja, ja] sehr schwierig, i nix i kosovo nix bleiben, mit meine familie nie, für urlaub is besser [ja] arbeiten ganze jahr osterreich, bleiben kosovo 1, 2 wochen is besser, genug geld, aber immer bleiben, is sehr schwierig [schiwerig, ok] mhm“ (Interviewte_3 2013: 7)

Außerdem fehlt es den Angaben der Frauen gemäß an ausreichender Absicherung, bspw. Pensionen decken den Lebensalltag nicht oder die Möglichkeit der ärztlichen Versorgung ist unzureichend.

„meine papa jetzt ganz wenig 80 euro pension [80 euro?] ja [pro monat?] pro monat [80 euro !?] jo 80 euro sehr schwierig für geld is sehr schwierig“ (Interviewte_3 2013: 15)

„jo zum beispiel meine mutter war vor kurz krank das muss da kommt kein arzt zuhaus zum beispiel“ (Interviewte_2 2013: 9)

Erwartungen an die Frauen

Schlechte finanzielle Bedingungen resultieren darin, dass die hier lebenden Frauen ihren im Kosovo lebenden Familien Geld zukommen lassen. Insofern stellt sich in diesem Kontext nicht nur die Frage nach der Absicherung der eigenen Bedürfnisse, zusätzlich trägt man zum Wohlergehen der geographisch entfernten Verwandten bei. Die eigenen Mittel sind ohnehin beschränkt, Interviewte_1 bspw. arbeitet privat manchmal als Reinigungskraft, um zusätzlich Geld zu verdienen, das sie ihrer Familie in den Kosovo schicken kann. Interviewte_2 gilt hier als Ausnahme, nach eigenen Angaben sind ihre Eltern im Kosovo reiche Leute und besitzen zwei Geschäfte.

„is schon schwierig, zum beispiel wenn i schick 200 oder 300 euro pro monat für mi is schon schwierig“ (Interviewte_1 2013: 10)

„die kleine bruder studiert in pristhtina, ist noch nicht verheiratet und ich schickt auch normal, wenn zum beispiel braucht was zum unterstützt, ich schicke auch das so i manchmal i arbeite auch 10, 11 stunden pro tag, ich helfe bei g [ja] und auch eine

familie so 4, 3 stunden pro tag und diese geld i mach das so zum unterstützen“ (Interviewte_1 2013: 18)

Mit der externen Unterstützung sei der Alltag im Kosovo jedoch gut zu bewältigen.

„schon schwierig aber viele leute von kosovo hat so viele kinder in europa, zum beispiel italien, österreich so und olles unsere helfen, dann kann schon leben, sonst nur was kriegt von kosovo is schon schwierig, kann nicht leben von diese geld“ (Interviewte_1 2013: 16, 17)

„jo für meine eltern nix schlimm, meine bruder arbeiten osterreich, jeden monat kriegst ahh geld [jaja, schickt er in den kosovo] schicken jo in kosovo für meine momentan meine meine papa is is jetzt is in pension bis jetzt mein papa ist lehrer in kosovo, aber meine bruder arbeiten, nix is schlecht für meine meine eltern“ (Interviewte_3 2013: 14)

4.6 Reflexion

Die schließende Reflexion zielt vorrangig auf zwei Themen ab: Haben diese Frauen die Möglichkeit in *Freedom from Want* und in *Freedom to live in Dignity* ihre Leben zu führen. Weiters sollen die für die menschliche Sicherheit auserwählten Begriffe einfließen wie bspw. Empowerment und im Kontext auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit untersucht werden. Dies wurde den Interpretationsteil einleitend bereits erwähnt.

Capability approach. Die Reflexion lehnt sich in gewandelter Form an den von Sen entwickelten und von Nussbaum ausdifferenzierten capability approach an, der sogenannte Befähigungsansatz. Dieser sollte das Wohlfahrtsdenken in der Entwicklungszusammenarbeit in folgende Richtung reformieren:

> Sen’s capability approach arose from a dissatisfaction with both of subjective states and command over resources as concepts or measures of well-being or advantage, and from the *wish for a concept that presents persons as reasoners with the right to make choices; in sum, from concerns for people as diverse, thinking, adaptive agents*. (Gasper 2007: 356, Hervorhebung der Verf.)

Im konkreten Zusammenhang geht es nicht um die Entwicklungsarbeit per se, der Befähigungsansatz scheint dennoch ein geeignetes Feld für die vorliegenden Überlegungen zu sein. Nussbaum hat im Unterschied zu Sen eine Liste von zehn Punkten, die ihres Erachtens den capability approach ausmachen, erstellt. Diese, so hält Nussbaum dezidiert fest, können freilich Modifikationen unterliegen oder den Bedürfnissen einer bestimmten Gesellschaft angepasst werden. Nussbaums Grundgedanke kreist um die menschliche Würde und um

Lebensweisen, die der menschlichen Würde entsprechen und angemessen sind. Diese Argumentation diente ihr als Basis für die Erstellung einer Liste mit Aufzählung von Punkten, deren Erfüllung sie als zentrale Notwendigkeit für ein Leben in Würde betrachtet. (vgl. Nussbaum 2003: 40)

Einige davon spiegeln sich in der Auswertung der Interviews in interpretierter Form wieder, (für die Auflistung siehe Nussbaum 2003: 41, 42). Die unterschiedlichen Faktoren haben dennoch einen gemeinsamen Nenner, sie alle kreisen um das Bedürfnis ein **gutes Leben unter sicheren Umständen** führen zu können.

„Control Over One's Environment." (Nussbaum 2003: 42) Der letzte Punkt von Nussbaums Liste spielt im Kontext der durchgeführten Interviews die tragendste Rolle. Die Kontrolle über das eigene Umfeld und die eigene Situation wird unter anderem durch eine abgesicherte Möglichkeit zum langfristigen Aufenthalt definiert, nämlich durch die Staatsbürgerschaft. Diese wiederum ermöglicht berufliche Chancen, welche weiters Ausdruck der Konrolle der eigenen Situation sind und zu einem selbstbestimmten und unabhängigen Leben beitragen. Die drei Frauen wirken prinzipiell zufrieden mit der eigenen beruflichen Situation, würden diese aber gerne verändern – ihre Entfaltungsmöglichkeiten sind jedoch begrenzt. Grundsätzlich wurde ersichtlich, dass es schwierig ist, Arbeitsplätze zu finden und Erfolg bei der Suche im Regelfall auf sozialen Kontakten beruht. Behördliche Wege oder das Service des Arbeitsamtes haben in den genannten Fällen nicht zur beruflichen Situation beigetragen.

Gerade die berufliche Situation sollte auf Empowerment und Unabhängigkeit hin untersucht werden. In diesem Fall handelt es sich wohl um ein zweischneidiges Schwert, einerseits haben die Frauen zwar ein eigenes und im Grunde auch geregeltes Einkommen, sind in diesem Sinne finanziell empowert und unabhängig, andererseits gibt es aber kaum berufliche Auswahlmöglichkeiten. Die Selbstbestimmung hinsichtlich der Berufsauswahl ist also stark beschränkt.

Berufliche Perspektiven sind vom nächsten Punkt, dem finanziellen Aspekt, beeinflusst, wie Interviewte_1 anführte, sind weitere Berufsmöglichkeiten mit kostspieligen Ausbildungen verbunden, die im Regelfall aus eigener Tasche finanziert werden müssen. Die finanzielle Lage betreffend war ein eintöniger Tenor zu vernehmen, derzeit ist die finanzielle Situation der Frauen zufriedenstellend, in vergangenen Jahren hätte es jedoch bereits anders

ausgesehen. Anfänglich war es sehr schwierig, genügend Mittel für den Lebensalltag aufzubringen.

Die Kenntnis der Frauen der Situation im Kosovo lässt sie die Situation in Österreich dennoch sehr wertschätzen. Denn mangelnde Perspektiven, beruflich sowie finanziell, sind der ausschlaggebende Grund, warum sie nicht in den Kosovo zurückkehren möchten. Dort gibt es nach ihren Angaben wenig Arbeit, vor allem für Frauen sei es schwierig, Arbeit zu finden. Zusätzlich sind Arbeitsplätze schlecht bezahlt.

Solange die finanziellen Mittel den Alltagsbedarf abdecken, scheint es zu genügen.

Während Nussbaum mit diesem Unterpunkt hauptsächlich auf materiell ausreichende Mittel abzielt und berufliche Sicherheit in den Vordergrund stellt (vgl. Nussbaum 2003: 42), wird in dieser Reflexion das Thema Sprache miteinbezogen. Sprache scheint die Lebenssituation der drei Frauen betreffend ein wesentlicher Faktor für die Kontrolle über das eigene Umfeld und die eigene Situation zu sein. Alle drei gaben an, dass Deutsch zu sprechen für den langfristigen Aufenthalt in Österreich und für bessere berufliche Perspektiven unumgänglich sei. Auch in diesem Zusammenhang ist wichtig zu erwähnen, dass öffentliche Wege wenig Hilfe darstellen, wie bereits bei der Berufssuche darauf hingewiesen wurde, dass das Arbeitsamt eigentlich nicht zu einer sicheren Berufssituation beigetragen hat. Sprache wird und wurde ebenso durch FreundInnen und Bekannte erlernt.[23]

Die Kontrolle über das eigene Umfeld beschränkt sich aber nicht nur auf die Lebenssituation in Österreich. In den Interviews wurde deutlich, dass insbesondere zwei der drei Frauen ihre Familien im Kosovo finanziell unterstützen, weil dortige Verhältnisse sehr prekär sind und nicht für den Lebensalltag ausreichen. Als zentraler Punkt im Human Security Diskurs gilt die Individualisierung im Sicherheitswesen. Auf diese Arbeit angewandt sollten die Frauen als Individuen in den Mittelpunkt gerückt werden. Im Verlauf wurde jedoch ersichtlich, dass ein *Freedom from Want* sich nicht auf ihre individuelle Situation beschränken kann, sondern der Familienverband die Bedürfnisse und den Alltag der Frauen bestimmt. Einerseits sollen die Erwartungen der Verwandten erfüllt werden und andererseits bestimmt deren Situation und finanzielle Absicherung auch das Wohlbefinden der Frauen.

[23] An dieser Stelle soll betont werden, dass diese Diplomarbeit nicht das Thema Sprache behandelt und keine Thesen über die Notwendigkeit Deutsch sprechen zu können, aufgestellt werden. In diesem Zusammenhang geht es lediglich um die Wahrnehmung der interviewten Frauen. Vielleicht regt es dennoch dazu an, die eigene Wertschätzung gegenüber Sprachen aus dem osteuropäischen Raum zu überdenken.

„Bodily Health." (Nussbaum 2003: 41) In jedem Gespräch wurde erkennbar, dass Gesundheit ein großer Indikator für das Sicherheitsempfinden der Frauen ist. Dabei geht es nicht nur um die eigene Gesundheit, sondern insbesondere die Gesundheit der Kinder oder des Mannes sind für das Wohlbefinden der Frauen ausschlaggebend. Zusätzlich wird die gesundheitliche Versorgung in Österreich sehr wertgeschätzt, wie beispielsweise, dass Ärzte im Grunde jederzeit erreichbar sind und auch Hausbesuche abstatten. Interviewte_2 führte in diesem Zusammenhang den Unterschied zwischen Österreich und Kosovo sehr deutlich an.

Mit Bodily Health bezieht sich Nussbaum aber nicht nur auf den guten Gesundheitszustand, sondern auch auf die Möglichkeit, eine sichere Unterkunft, ein Zuhause zu haben (vgl. Nussbaum 2003: 41) Das ist am konkreten Beispiel der drei Frauen zu bejahen, zwei davon sind im Besitz eines Hauses, die dritte wohnt mit ihrer Familie in einer Wohnung, träumt jedoch von einem Haus und kann auf schlechte Erfahrung mit Wohnungssuche in Österreich zurückblicken. Die Wohnsituation der Frauen ist also einerseits sicher, andererseits aber eine außerordentliche finanzielle Belastung. Zusätzlich muss man bedenken, dass zwei der drei Familien der Frauen ja nach wie vor Häuser im Kosovo besitzen, die ihrer Aussage nach schöner und größer sind. Die Lebensbedingungen und Perspektiven sind dementsprechend wohl in Österreich besser, die Wohnsituation betreffend träumen manche noch von ihrer Bleibe im Kosovo, die derzeit nur im Urlaub genutzt wird.

„Emotions." (Nussbaum 2003: 41) Zwischenmenschliche Beziehungen tragen ohne Zweifel zum Wohlbefinden der drei interviewten Frauen bei. Nussbaum definierte ihren Unterpunkt Emotions mit folgenden Worten: **"**Being able to have attachments to things and people outside ourselves; to love those who love and care for us, to grieve at their absence; in general, to love, to grieve, to experience longing, gratitude, and justified anger." (Nussbaum 2003: 41) Diese Aussage kreist im Kontext der Interviews immer wieder um die Kinder der drei Frauen, die das Lebensglück auszumachen scheinen. Der größte Wunsch ist den Frauen gemeinsam, nämlich, dass es den Kindern gut geht. Dies bezieht sich vor allem auf gute Bildungsmöglichkeiten und auf die Hoffnung, dass sich die Lebenssituation der Kinder gut entwickelt.

Auf den Kosovo bezogen, erweist sich die Zufriedenstellung dieses Punktes als schwierig. Wie in der Auswertung erörtert wurde, leben die Eltern der jeweiligen Frauen im Kosovo, steter Kontakt ist daher nur sporadisch möglich. Als zusätzliche Hürde erweist sich die Schwierigkeit bzw. Unmöglichkeit Visa zu erhalten, da kein solches Abkommen zwischen

Kosovo und der EU bezüglich der Visafreiheit besteht und die Eltern daher im Regelfall nicht nach Österreich auf Besuch kommen können.

„Affiliation." (Nussbaum 2003: 41) Dieser Begriff kann im Deutschen mit Zugehörigkeit oder auch Anschluss übersetzt werden. Nussbaum verweist mit diesem Punkt auf die soziale Interaktion und meint „Being able to live with and toward others, to recognize and show concern for other human beings, to engage in various forms of social interaction." (Nussbaum 2003: 41) Soziale Kontakte spielen auch im Leben der interviewten Frauen eine besonders wichtige Rolle, abseits der Familie stellt der Kontakt zu FreundInnen und Bekannten einen wichtigen Indikator für Wohlbefinden dar, vor allem auch die Bindung zu nicht aus dem Kosovo emigrierten Menschen. Augenscheinlich wurde dieser Umstand auch am Beispiel der Berufssuche, welche sich in allen drei Fällen nur über FreundInnen und Bekannte als erfolgreich erwies.

Beeindruckend war zudem der Dank, den die Frauen einigen Menschen gegenüber verspüren, sei es aufgrund finanzieller Unterstützung oder wegen der Hilfe bezüglich Wohnungssuche und Berufssuche.

Eine wichtige Rolle spielt auch die den Situationen der Frauen oder ihrem Herkunftsland Kosovo entgegengebrachte Wertschätzung. Dies wurde auch in den einzelnen Interviewsituationen deutlich. Das entgegengebrachte Interesse gegenüber den Erfahrungen im Kosovo und der Lebenssituation in Österreich wurde mit Freundlichkeit und Offenheit beantwortet. Gegenseitige Wertschätzung und Achtung sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, eine der Interviewpartnerinnen machte am Ende des Gesprächs jedoch konkret darauf aufmerksam, dass es schön sei, wenn sich jemand für die Frauen aus dem Kosovo interessiere. Erfahrung gäbe es nämlich auch mit der Situation, als „Ausländer" abgestempelt zu werden.

„Play." (Nussbaum 2003: 42) Der letzte Punkt, der sich an Nussbaums Liste anlehnt, wird folgendermaßen definiert „Being able to laugh, to play, to enjoy recreational activities" (Nussbaum 2003: 42) Im Kontext der Interviews wird dieser Faktor lediglich auf Freizeitaktivitäten bezogen, die in den Lebenssituationen der interviewten Frauen begrenzt möglich scheinen. Diese These gründet auf den finanziellen Kapazitäten, die den Frauen wenig Spielraum einräumen eigenen Interessen nachzugehen. Finanzieller Schwerpunkt sind im Regelfall die Abzahlung von Krediten und das Leben und die Bildung der Kinder. Fraglich ist, ob AutorInnen diesen Punkt als Komponente von *Freedom from Want* betrachten würden.

Im Kontext des Befähigungsansatzes ist dies zu bejahen, im Rahmen von Human Security stieße man wahrscheinlich auf Kontroversen.

Persönliches Fazit. Obwohl mittels Ober- und Unterkategorien in der Auswertung der Interviews versucht wurde, einzelnen Themen auf den Grund zu gehen, wirken sie dennoch verstärkend aufeinander und beeinflussen sich gegenseitig – so zum Beispiel spielt Sprache beim Thema Beruf eine große Rolle oder der finanzielle Aspekt wirkt sich auf die anderen Bereiche aus.

Die Situationsanalyse der Lebensumstände von aus dem Kosovo nach Österreich emigrierten Kosovarinnen folgte der kritischen Auseinandersetzung mit dem Konzept menschlicher Sicherheit und dessen Umsetzung vor allem in Peacebuilding Prozessen am Fallbeispiel Kosovo. Das Zeugnis für diese Unternehmungen fiel nicht immer positiv aus, insofern war die Erwartungshaltung und persönliche Ausgangsbasis für das Ergebnis der Interviews vielleicht einerseits zu kritisch und andererseits zu unreflektiert, denn die persönliche Annahme war, dass die zu interviewenden Frauen viel Kritik am System Österreichs üben würden - das Gegenteil war der Fall. Auf dieser Tatsache beruht die Vermutung, dass der Umstand selbst Kriegssituationen miterlebt zu haben, die persönlichen Definitionen von Sicherheit und Wohlbefinden stark beeinflusst.

Weiters sollte mit Hilfe der Interviews ja gerade die Situation von Frauen untersucht werden. Im Interviewkontext gelang dies sehr gut, vor allem weil auch die jeweiligen Familien den Fragestellungen sehr offen begegneten. Jedoch wurde der Eindruck erweckt, dass die Wahrnehmung des eigenen Ichs für diese Frauen sehr im Hintergrund steht und so die Frage wie es diesen Frauen ganz persönlich geht, nicht wirklich beantwortet wurde. Freilich wurde vereinzelt auf die Situation von aus dem Kosovo emigrierten Frauen hingewiesen, aber im Regelfall wurden die Fragen im Hinblick auf die Sicherheit und das Wohlbefinden der Familie beantwortet und nicht auf die ganz eigene, individuelle Situation bezogen. Eigene Bedürfnisse scheinen zur Gänze den Bedürfnissen der Familie untergeordnet zu werden.

Vor allem im gedanklichen Vergleich wurde nochmals die Situation von parallelen Lebensrealitäten bewusst, die im weiteren Sinn der Situation des Theaterstücks entsprechen. Im Regelfall sind diese Frauen bei besser verdienenden und sozial besser gestellten Frauen als *Putzfrauen* angestellt. Während sich die eine also beruflich verwirklichen kann oder zumindest beruflich zu verwirklichen versucht, sind die Entfaltungsmöglichkeiten der anderen

eingeschränkt. Die Lebensrealitäten haben oft sehr wenig gemeinsam, obwohl man eigentlich Tür an Tür wohnt.

Im selben Zusammenhang wurde ersichtlich, dass es die Situation dieser Frauen erfordert sich mit bürokratischen Aufwänden auseinanderzusetzen, die einem sonst im Alltag gar nicht bewusst sein – wie bspw. die Erlangung der Staatsbürgerschaft, an die wiederum Privilegien wie Berufschancen gebunden sind.

Die größte Erkenntnis dieser Interviews wurzelt in der bereits genannten Annahme, dass die Tatsache selbst Krieg miterlebt zu haben Sicherheit und Wohlbefinden anders definiert, als wenn man diese Erfahrung nicht machen musste. Obwohl die Frauen *Freedom from Want* auf ihre persönliche Lebenssituation bezogen wohl erfüllt sehen würden, bleibt dennoch die Frage offen, wie man Lebensrealitäten dahingehend verändern kann, dass sich so offensichtliche Unterschiede mehr angleichen könnten.

4.7 Conclusio – Lessons Learned: Menschliche Sicherheit im Alltag

Die in dieser Arbeit aufgeworfenen Komponenten von Human Security beinhalten *Freedom from Fear*, *Freedom from Want* und *Freedom to live in Dignity*. Während die Inhaltsanalyse bemüht war, darauf hinzuweisen, dass staatliche Sicherheit nicht ausreicht um notwendige Lebensbedingungen und Bedürfnisse gewährleisten zu können und viel mehr ein *Freedom from Want* für die individuelle Sicherheit von Menschen ausschlaggebend ist, wird auf das Beispiel der drei interviewten, aus einer Kriegssituation emigrierten, Frauen angewandt, ein Konnex erkennbar.

Freedom from Fear gilt in diesem Zusammenhang als eine Grundbedingung, die die Frauen durch ihre Emigration sicherstellen konnten. Mittlerweile war zu vernehmen, dass die Situation im Kosovo zwar ruhig ist, aber nach wie vor nicht sicher genug, um dort den Lebensalltag vor allem im Hinblick auf die Situation der Kinder zu verbringen. Staatliche sowie innerstaatliche Sicherheit sind im Kontext von *Freedom from Fear* für die Frauen in Österreich gewährleistet.

Freedom from Want bezieht sich auf die einzelnen Komponenten, die einen erfüllten Lebensalltag bedingen. Auf die Situation der Frauen bezogen scheint dies aus ihrer Wahrnehmung erfüllt zu sein – an die verschiedenen Bedrohungslagen des HDR 1994 anknüpfend, ist die persönliche Sicherheit, Ernährungssicherheit, Gesundheitssicherheit etc. im Grunde erfüllt. Dennoch drängt sich in diesem Zusammenhang abermals der Gedanke des

Vergleichs und der Parallelwelt auf, der erkennbar macht, dass berufliche und intellektuelle Entfaltungsmöglichkeiten der Frauen auf Grund äußerer Bedingungen stark eingeschränkt sind und die politische Ebene Österreichs diesbezüglich wenige Chancen einräumt. Diese These wird durch die Angaben, dass bspw. das Arbeitsamt keine Rolle in der erfolgreichen Berufssuche spielt oder auch die Sprache nur anhand von sozialen Kontakten erlernt wird, demonstriert.

Im theoretischen Teil wurde darauf hingewiesen, dass die tragende Veränderung im Sicherheitswesen durch Human Security in der Individualisierung des Sicherheitssubjektes liegt. Am Beispiel der Interviews würde dies bedeuten, dass die Frauen gesicherte Lebensstandards sowohl auf der individuellen als auch auf der kollektiven Ebene vorfinden. Sofern gesicherte Standards auf beiden Ebenen gewährleistet sind, sollten gravierende Unterschiede zwischen Lebensrealitäten verringert sein. Die Warhnehmung, dass diese Frauen ihre individuellen Bedürfnisse als erfüllt sehen, hat jedoch den schlechten Beigeschmack, der schon durch im Theaterstück ‚Wie Branka sich nach oben putzte' erwähnt wurde. Das eindeutige Gefälle der Entfaltungsmöglichkeiten.

Zusätzlich stellt sich die Frage, inwiefern man von Absicherung der notwendigen Lebensbedingungen sprechen kann, wenn die individuellen Bedürfnisse der Frauen wie bspw. weitere Ausbildungen, Sprachkurse etc. den Bedürfnissen der Familie in Österreich sowie im Kosovo und den Bedürfnissen der Kinder untergeordnet werden. Die kollektive Ebene wird in diesem Zusammenhang den Anforderungen nicht gerecht, wenn Berufssuche und dafür notwendige Bedingungen nicht unterstützt und gefördert werden.

Freedom to live in Dignity schließt gemäß dem Befähigungsansatz aber auch intellektuelle Entfaltungsmöglichkeiten mit ein, sowie das Persönlichkeitsbewusstsein der interviewten Frauen auf Grund der Bedürfnisse ihres Umfelds eingeschränkt ist. In diesem Zusammenhang besteht Verbesserungsbedarf, ein Trend zur Angleichung der Lebensrealitäten ist notwendig.

Bedingt durch die Kenntnis der Situaton im Kosovo führen die Frauen nach ihren Angaben ein sehr zufriedenstellendes Leben in Österreich. Die persönliche Wahrnehmung der Frauen entbindet aber nicht von der Verantwortung, Verbesserungen auf der kollektiven Ebene zu treffen, die wiederum auf die individuelle Situation der Frauen positiv wirken.

5 Conclusio

Die abschließende Conclusio versucht durch Beantwortung der Forschungsfragen die Quintessenz dieser Diplomarbeit herauszufiltern.

Theorie Menschliche Sicherheit

Inwiefern bewirkt das Konzept der menschlichen Sicherheit eine Veränderung im Sicherheitsdiskurs?

Human Security verlagert den Fokus der Sicherheitspolitik weg von staatlicher Sicherheit hin zu einer Individualisierung, die die Gewährleistung der Bedürfnisse des einzelnen Menschen sowohl auf individueller Ebene als auch auf kollektiver Ebene sicherstellen soll. Staatliche Sicherheit wird insofern nicht von der Agenda gelöscht, sondern die Gewichtung anders aufgeteilt. Die Sicherheit von Menschen kann nicht lediglich an funktionierenden Insitutionen gemessen werden, sondern die Befriedigung der Bedürfnisse und die Wahrnehmung der Schutzverantwortung gelten als Indikatoren für Sicherheit und als Definitionsmerkmal für demokratische Gesellschaften.

Ganz allgemein gilt, dass Bedrohungslagen viel mehr aus dem täglichen Leben rühren und innerstaatliche Unruhen viel eher Gefahren darstellen als zwischenstaatliche Konflikte.

Das Zielsubjekt von Sicherheit muss weiters mit dem Ansatz menschlicher Sicherheit als aktiv agierend wahrgenommen und einbezogen werden. Das macht Entwicklung auch im Sinne von Selbstbestimmung so bedeutsam. Die internationale Gemeinschaft muss im Sinne der Resilienz die Richtung wechseln, dass die staatliche Ebene sowie die Bevölkerung eines Empfängerlandes keine passive Rolle einnehmen, sondern aktiv den Ausgang prekärer und fragiler Situationen bestimmen. In diesem Zusammenhang muss erkannt werden, dass die lokale Bevölkerung ohnehin das Endergebnis mitbestimmt. Im Regelfall zeigt sich dies in den oftmals erwähnten *unintended consequences* oder in Hybridität – dann wenn auf den lokalen Konsens nicht eingegangen wird. Festigung demokratischer Gefüge und Widerstandsfähigkeit eines Staates kann nur von innen heraus getragen werden.

Legitimation und Souveränität bekommen im Human Security Kontext eine neue Bedeutung. Den Entwicklungen des internationalen Rechts entsprechend folgt eine Zuwendung zur verantwortlichen Souveränität eines Staates gegenüber seiner Bevölkerung. Ein Staat muss in der Lage sein die Bedürfnisse seiner Bevölkerung ausreichend zu gewährleisten und sie vor unsicheren Situationen zu schützen. Dieser Annahme folgt die Legitimation internationaler

Intervention, nämlich dann, wenn ein Staat nicht in der Lage oder nicht willens ist dies zu tun. Dafür sind Instrumtente wie die R2P in Entstehung. Die R2P regelt die Vorgehensweise, wenn diese Schutzverantwortung auf die internationale Gemeinschaft übergeht, ersetzt Human Security aber keinesfalls.

Weiters kommt es im Rahmen menschlicher Sicherheit zu einer Verschmelzung von Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte in einem erweiterten Sicherheitsbegriff. Ein Human Security Ansatz ist menschenrechts- und entwicklungsorientiert und weiß den Zusammenhang zwischen Entwicklung und Konfliktprävention zu nutzen. Die Umsetzung der Menschenrechte sind für die Erfüllung der Agenda Human Security unumgänglich.

Die Hauptableitung dieser Diplomarbeit sind ohne Zweifel die gesellschaftlichen Verhältnisse. Immer wieder war die Rede von Empowerment, Local Ownership, von einem lokalen Konsens etc. Gesellschaftliche Verhältnisse sind die tragende Säule des Konzepts der menschlichen Sicherheit, ein funktionierendes und demokratisches Staatswesen kann nur von innen heraus wachsen und sich festigen. Externe Interventionsarbeit muss einen lokalen Konsens erzielen können, ansonsten besteht die Gefahr das Ziel zu verfehlen, wie genannt sind sonst unbeabsichtigte Konsequenzen und hybride und parallelstaatliche Strukturen das Resultat, von einer demokratischen Gesellschaft kann keine Rede sein.

Wie wirkt diese Veränderung auf Peacebuilding und Statebuilding Prozesse?

Auch für Peacebuilding und Statebuilding gilt, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse die tragenden Säulen dieser Prozesse sind. Rechte und Bedürfnisse der *Locals* müssen einbezogen werden, es geht nicht darum, Werte und Gesellschaftsmodelle des Nordens zu oktroyieren und zu etablieren.

Menschliche Sicherheit würde zudem dazu veranlassen von den liberalen Prinzipien abzu kehren hin zu Indikatoren für ein funktionierendes Staatswesen wie Wohbefinden, gerechte menschliche Entwicklung sowie inklusive Demokratieentwicklung.

Zusätzlich sind im Sinne von Human Security die Limits der top-down Vorgehensweise zu erkennen, dies hätte wiederum eine andere Gewichtung und Wertschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zur Folge haben und müsste sich auch in den Plänen und Handlungen der Gebergemeinschaft auswirken.

Weiters ist der enge Konnex zwischen Peacebuilding und Entwicklung aufzugreifen. Der Einfluss von Entwicklung auf Friedensbildung und Konfliktprävention ist immens,

Peacebuildingarbeit muss dies als Komponenten auf dem Weg zu einem funktionierenden und resilienten Staatswesen als wesentlichen Faktor einbeziehen.

Status Quo im Kosovo

Können Menschen im Kosovo abgesicherte Lebensstandards sowohl auf kollektiver als auch individueller Ebene vorfinden?

Von 1999 an unterstand der Kosovo vielen unzähligen Akteuren, vereinigt unter der Schirmherrschaft der UN. 2008 wurde einseitig die Unabhängigkeit erklärt, seitdem finden sich dennoch nach wie vor viele externe Akteure in diesem jungen Land. Gegenwärtig kann man von einer Beruhigung der Situation sprechen, Kosovo ist dennoch als fragiles Land zu definieren, wenn auch am Weg zu besseren Bedingungen. Fest steht, dass das Land unabhängig bleiben wird und kein Weg daran vorbeiführt, alles für eine demokratische, in ein funktionierendes Staatswesen eingebette Gesellschaft, zu tun.

Abgesicherte Lebensstandards auf kollektiver Ebene zeigen sich in einer funktionierenden Rechtsstaatlichkeit, demokratischen Wahlen, demokratischen Entscheidungen sowie einem funktionierendem Justizwesen. Einige Faktoren stellen jedoch Trigger mit Gefährdungspotential für diese Grundvoraussetzungen für ein sicheres Staatswesen dar. Insbesondere Korruption, Klientelismus und die Partikularinteressen der Machthaber gefährden eine demokratische Entwicklung, sowie aus selbigem Grund kein Vertrauen der Gesellschaft in staatliche Institutionen wachsen kann.

Für die internationale Gemeinschaft stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach der Spoiler-Problematik, also wer von lokalen Akteuren einen gewissen Einflussbereich erhält und mit Macht übertragen bekommt. Im Kosovo wurde zunehmend kritisiert wie wenig die KLA in ihrer Kontroll- und Machtposition hinterfragt und verändert wurde. In der langen Anlaufszeitspanne der internationalen Mission hatte diese Partei genügend Zeit wichtige politische Positionen einzunehmen.

Mangelndes Vertrauen in bestehende Instutionen resultiert in hybriden Systemen. Es kommt also zu einem Kräfteringen zwischen lokalen und externen Akteuren. Gleichzeitig drängt sich die Frage auf, ob trotz Einbeziehung lokaler Akteure, diese wirklich für die gesamte Gesellschaft sprechen und repräsentativ sind.

Um notwendige Bedürfnisse auf individueller Ebene abzusichern, sucht sich die Gesellschaft also andere Wege, die in dieser Arbeit als sogenannte versteckte Strategien und Taktiken bzw.

parallelstaatliche Strukturen definiert und erörtert wurden. Das Alltagsleben passiert abseits von staatlicher Absicherung, viel mehr stellen Familie und Freunde die Hauptversorger dar, um tägliche Bedürfnisse zu decken. So wurde auch in der Interviewführung mit den emigrierten Frauen ersichtlich, dass es wenig Arbeit mit noch weniger Bezahlung im Kosovo gibt. Kinder, wohnhaft in anderen Ländern, unterstützen regelmäßig ihre im Kosovo weilenden Eltern und Verwandten finanziell, weil entweder Pension oder Verdienst für den Alltag nicht ausreichen.

Während die kollektive Ebene in die Absicherung der individuellen Ebene mieinspielt und vice versa, birgt dieses Zusammenspiel im Kosovo noch enormes Verbesserungspotential. Auch externe Akteure müssen erkennen, dass parallelstaatliche Strukturen abseits von der kollektiven Ebene funktionieren und kein Weg daran vorbeiführt, dass Peacebuildingarbeit in den gesellschaftlichen Verhältnissen wurzeln und verankert sein muss. Ein Kultur sensibler Umgang, der auf die Rechte und Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung eingeht, ist unumgänglich.

Welche Lessons Learned lassen sich aus dem Fallbeispiel Kosovo für internationale Interventionen ableiten?

Für die Beantwortung dieser Frage ist vorweg festzuhalten, dass es keine allgemein gültige Regel für internationale Interventionen gibt und jeder Fall einzeln beurteilt werden muss. Dass Fallbeispiel Kosovo, diese Aussage trifft auch auf andere Situationen zu, zeigt jedoch sehr deutlich wie wichtig und tragend die Einbeziehung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der lokalen Bevölkerung ist. Dazu gehören ebenso die Achtung der Rechte und Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung und die Wertschätzung der kulturellen Charakteristika.

Der neoliberale Zugang zu Peacebuilding Prozessen mag vielleicht wirtschaftlich bessere Zahlen hervorrufen und den Schein funktionierender Institutionen wahren, Wohlbefinden und tägliche Sicherheit lassen sich auf diese Weise aber nicht erreichen. Im Kontext internationaler Interventionen sollte zusätzlich der Grundsatz ‚Qualität vor Quantität' Credo sein, vor allem im Kosovo ist die enorme Vielfalt und Präsenz externer Akteure seit 1999 zu hinterfragen.

Motor und Säule von internaionalen Interventionen sind zweifelsfrei die gesellschaftlichen Verhältnisse. Daran müssen sich internationale Akteure ausrichten.

Blickfeld Österreich

Inwiefern sind aus dem Kosovo emigrierte Frauen in Österreich sicher und können mit der Erfüllung ihrer Erwartungen rechnen?

Die interviewten Frauen selbst bezeichnen ihre Lebenssituation als sicher und sind mit gegenwärtigen Bedingungen und Gegeben zufrieden. Darüber hinaus scheinen sie auch keine Erwartungen zu haben bzw. Anforderungen zu stellen.

Aus der Sicht der Forschenden sind jedoch beschränkte Entfaltungsmöglichkeiten erkennbar. Österreich darf sich nicht der Verantwortung entziehen seinen offiziellen Staatsbürgern diesen *Freedom to live in Dignity*, der im Sinne des Befähigungsansatzes auch eindeutig auf intellektuelle Entfaltungsmöglichkeiten hinweist, zu gewährleisten. Die Berufsmöglichkeiten der Frauen beschränken sich weitgehend auf die Arbeit als Reinigigungskraft, obwohl sie schon mehrere Jahre offizielle österreiche Staatsbürgerinnen sind.

Die feststellbaren unterschiedlichen Lebensrealitäten regen dazu an, dieses Faktum zu hinterfragen und diesem Diskriminierungsgehalt auf den Grund zu gehen. Politikgestaltung in Österreich sollte sich im Sinne der menschlichen Sicherheit dahingehend ausrichten, dass diese fähigen Frauen ebenbürtige und gerechte Chancen haben ihr Potential gesellschaftlich und intellektuell zu verwirklichen.

Aussichten

Obwohl in seiner Definition umstritten, bietet das Konzept menschliche Sicherheit ausreichend Vorschläge und Anregungen für einen Paradigmenwechsel im Umgang mit fragilen Situationen, von innen wie von außen. Es bleibt zu hoffen, dass die Vorschläge auch EntscheidungsträgerInnen erreichen, um Theorie in die Praxis umzusetzen.

6 Literatur

A/RES/60/1 (2005): http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/60/1 [Zugriff: 22.01.2014]

A/RES/66/290 (2012): http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/66/290 [Zugriff: 22.01.2014]

ACO (2013): NATO's ROLE IN KOSOVO. http://www.aco.nato.int/kfor/about-us/natos-role-in-kosovo.aspx [Zugriff: 22.01.2014]

ADA (2013): Kosovo. Länderinformation. http://www.entwicklung.at/uploads/media/LI_Kosovo_Aug2013_01.pdf [Zugriff: 22.01.2014]

Andersen, Louise R. (2012): The liberal dilemmas of a people-centred approach to state-building. In: Conflict, Security & Development, 12/2, 103-121.

Annan, Kofi (2000): 'We the peoples'. The Role of the United Nations in the 21st century. https://www.un.org/en/events/pastevents/pdfs/We_The_Peoples.pdf [Zugriff: 22.01.2014]

Annan, Kofi (2005): in larger freedom. Towards Development, Security and Human Rights for All. New York: United Nations.

Baliqi, Bekim (2008): „Externes State- Building durch die Vereinten Nationen: Am Fallbeispiel des Kosovo". Dissertation, Universität Wien.

Barlovac, Bojana (2013): Kosovo and Serbia Reach Historic Deal in Brussels. Belgrade and Pristina finally agreed on the future of Serb-run North Kosovo in the tenth round of EU-led talks on Friday. http://www.balkaninsight.com/en/article/kosovo-and-serbia-may-seal-eu-deal [Zugriff: 22.01.2014]

Benedek, Wolfgang (2008): Human security and human rights interaction. In: International Social Science Journal, 59, 7-17.

Benedek, Wolfgang (2009): Menschenrechte verstehen. Handbuch zur Menschenrechtsbildung. Wien, Graz: NWV.

Benedek, Wolfgang; Kettemann, Matthias; Möstl, Markus (2012): A roadmap towards mainstreaming human security. In: Benedek, Wolfgang; Kettemann, Matthias; Möstl, Markus (Hg.): Mainstreaming Human Security in Peace Operations and Crisis Management. Policies, Problems, Potential. London (u.a.): Routledge, 245-256.

Bieber, Florian (2011): Building Impossible States? State-Building Strategies and EU Membership in the Western Balkans. In: Europe-Asia Studies, 63/10, 1783-1802.

Bliesemann de Guevara, Berit (2008): The State in Times of Statebuilding. In: Civil Wars, 10/4, 348-368.

BMeiA (2012): Dreijahresprogramm 2012-2015. http://www.entwicklung.at/uploads/media/3JP_2013-2015_01.pdf [Zugriff: 22.01.2014]

Boothe, Ivan; Smithey, Lee (2007): Privilege, Empowerment, and Nonviolent Intervention. In: Peace & Change, 32/1, 39-61.

Burgess. J. Peter; Tadjbakhsh, Shahrbanou (2010): The Human Security Tale of Two Europes. In: Global Society, 24/4, 447-465.

Call, Charles T. (2008): Building States to Build Peace? A Critical Analysis. In: Journal of Peacebuilding & Development, 4/2, 60-74.

Chandler, David (2012): Resilience and human security: The post-interventionist paradigm. In: Security Dialogue, 43/3, 213-229.

Civil Society Organisations (2012): Bringing Peace into the Post-2015 Development Framework: A Joint Statement by Civil Society Organisations. In: Journal of Peacebuilding & Development, 7/2, 103-110.

Cocozzelli, Fred (2013): Between Democratisation and Democratic Consolidation: The Long Path to Democracy in Kosovo. In: Perspectives on European Politics and Society, 14/1, 1-19.

Cohn, Carol (2008): Mainstreaming Gender in UN Security Policy: A Path to Political Transformation? In: Rai, Shirin/ Waylen, Georgina (Hgs.): Global Governance. New York: Palgrave Macmillan, 185-206.

Council European Union (2013): EU Council conclusions on EU approach to resilience. http://www.eu-un.europa.eu/articles/en/article_13565_en.htm [Zugriff: 22.01.2014]

Dabić, Mascha (2012): Branka putzt sich nach oben. In: derstandard.at 5.11.2012. http://dastandard.at/1350260360826/Wie-Branka-sich-nach-oben-putzte [Zugriff: 22.01.2014]

daskunst (2013): Wie Branka sich nach oben putzte. http://www.daskunst.at/branka.html [Zugriff: 22.01.2014]

Duden (2007): Das Fremdwörterbuch. Mann, Wien, Zürich: Dudenverlag.

Duden (2013): Sicherheit, die. http://www.duden.de/rechtschreibung/Sicherheit [Zugriff: 22.01.2014]

Dzihic, Vedran (2010): Searching for the "missing link" between international community, government and civil society in Kosovo. In: Feichtinger, Walter; Werther-Pietsch, Ursula; Barnet, Günther (Hg.): Koordiniert, komplementär und kohärent agieren in fragilen Situationen – Die Wiener 3C-Konferenz. Wien: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 142-148.

Ernst, Andreas (2011): Fuzzy Governance: State-Building in Kosovo Since 1999 as Interaction between International and Local Actors. In: Democracy and Security, 7/2, 123-139.

Etzioni, Amitai (2006): Sovereignty as Responsibility. In: Orbis, 50/1, 71-85.

European Union (2013): Political & economic relations. http://eeas.europa.eu/delegations/kosovo/eu_kosovo/political_relations/index_en.htm [Zugriff: 22.01.2014]

Feichtinger, Walter (2006): Konfliktprävention und Krisenmanagement – ein sicherheitspolitisches Paradigma im 21. Jahrhundert. In: Feichtinger, Walter; Jurekovic, Pedrag (Hg.): Internationales Konfliktmanagement im Fokus. Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich. Baden-Baden: Nomos, 13-48.

Feichtinger, Walter; Jurekovic, Pedrag (2006): Internationales Konfliktmanagement im Fokus. Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich. Baden-Baden: Nomos.

Flick, Uwe (2007): Qualitative Sozialforschung: Eine Einführung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Forster, Michael (2005): Nation Building durch die internationale Gemeinschaft. Eine völkerrechtliche Analyse der Verwaltungsmissionen der Vereinten Nationen im Kosovo und in Ost-Timor. Göttingen: Cuvillier.

Furtado, Francis J. (2008): Human Security: Did It Live? Has It Died? Does It Matter? In: International Journal, 63/2, 405-421.

Gärtner, Heinz (2005): Internationale Sicherheit. Definitionen von A – Z. Baden-Baden: Nomos.

Gasper, Des (2007): What is the capability approach?: Its core, rationale, partners and dangers. In: Journal of Socio-Economics, 36/3, 335-359.

Gates, Scott (u.a.) (2012): Development Consequences of Armed Conflict. In: World Development, 40/9, 1713-1722.

Goetze, Catherine; Guzina, Dejan (2008): Peacebuilding, Statebuilding, Nationbuilding – Turtles All the Way Down? In: Civil Wars, 10/4, 319-347.

Haider, Huma (2012): Statebuilding and Peacebuilding in Situations of Conflict and Fragility. http://www.gsdrc.org/docs/open/CON87.pdf [Zugriff: 22.01.2014]

Howard-Hassmann, Rhoda E. (2012): Human Security: Undermining Human Rights? In: Human Rights Quarterly, 34/1, 88-112.

ICG (2009): Serb Integration in Kosovo: Taking the Plunge. Europe Report N°200 – 12 May 2009. 12.05.2009 http://www.crisisgroup.org/~/media/Files/europe/200_serb_integration_in_kosovo___taking_the_plunge.pdf [Zugriff: 22.01.2014]

ICO (2012): Ending of supervised independence 10 September 2012. http://www.ico-kos.org/?id=61 [Zugriff: 09.09.2013]

Ivanji, Andrej (2013): Serben nehmen an kosovarischen Lokalwahlen teil. Weiterer Meilenstein in der Abrundung der Unabhängigkeit des Kosovo. In: derstandard.at 5.9.2013 http://derstandard.at/1378248218986/Serben-nehmen-an-kosovarischen-Lokalwahlen-teil [Zugriff: 22.01.2014]

Kaçinari Rina, Popržan Jelena (2013): Catch-Pop String-Strong. http://www.catchpopstringstrong.com/ [Zugriff: 22.01.2014]

Kaldor, Mary (2007): Human Security. Reflections on Globalization and Intervention. Cambridge (u.a.): Polity Press.

Kostovicova, Denisa (2008): Legitimacy and International Administration: The Ahtisaari Settlement for Kosovo from a Human Security Perspective. In: International Peacekeeping, 15/5, 631-647.

Kostovicova, Denisa; Martin, Mary; Bojicic-Dzelilovic, Vesna (2012): The missing link in human security research: Dialogue and insecurity in Kosovo. In: Security Dialogue, 43/6, 569-585.

Krais, Beate (2008): Zur Funktionsweise von Herrschaft in der Moderne. Soziale Ordnungen, symbolische Gewalt, gesellschaftliche Kontrolle. In: Schmidt, Robert; Woltersdorff, Volker (Hg.): Symbolische Gewalt. Herrschaftsanalyse nach Pierre Bourdieu. Konstanz: UVK, 45-58.

Kruse, Jan (2009, Oktober): Reader „Einführung in die Qualitative Interviewforschung". Freiburg. Bezug: http://www.soziologie.uni-freiburg.de/kruse. [Zugriff: 22.01.2014]

Lemay-Hébert, Nicolas (2011): The Bifurcation of the Two Worlds: assessing the gap between internationals and locals in state-building processes. In: Third World Quarterly, 32/10, 1823-1841.

Lemay-Hébert, Nicolas (2012): Coerced transitions in Timor-Leste and Kosovo: managing competing objectives of institution-building and local empowerment. In: Democratization, 19/3, 465-485.

Longman (2002): Language Activator. Helps you write and speak natural English. Harlow: Pearson Education Limited.

Luf, Gerhard (2004): Souveränität bei Rousseau und Kant. In: Hammer, Stefan (u.a.) (Hg.): Demokratie und sozialer Rechtsstaat in Europa. Festschrift für Theo Öhlinger. Wien: WUV, 3-20.

Mac Ginty, Roger/ Richmond, Oliver P. (2013): The Local Turn in Peace Building: a critical agenda for peace. In: Third World Quarterly, 34/5, 763-783.

Mac Ginty, Roger (2010): Hybrid Peace: The Interaction Between Top-Down and Bottom-Up Peace. In: Security Dialogue, 41/4, 391-412.

Marquette, Heather/ Beswick, Danielle (2011): State Building, Security and Development: state building as a new development paradigm? In: Third World Quarterly, 32/10, 1703-1714.

Martin, Mary; Owen, Taylor (2010): The second generation of human security: lessons from the UN and EU experience. In: International Affairs, 86/1, 211-224.

Mayring, Philipp (2005): Neuere Entwicklungen in der qualitativen Forschung und der Qualitativen Inhaltsanalyse. In: Mayring, Philipp; Gläser-Zikuda, Michaela (Hrsg.): Die Praxis der Qualitativen Inhaltsanalyse. Weinheim, Basel: Beltz Verlag, 7-19.

McCormack, Tara (2008): Power and agency in the human security framework. In: Cambridge Review of International Affairs, 21/1, 113-128.

McCormack, Tara (2011): Human security and the separation of security and development. In: Conflict Security & Development, 11/02, 235-260.

Millar, Gearoid; Lijn, Jar van der; Verkoren, Willemijn (2013): Peacebuilding Plans and Local Reconfigurations: Frictions between Imported Processes and Indigenous Practices. In: International Peacekeeping, 20/2, 137-143.

Mulaj, Klejda (2011): The problematic legitimacy of international-led statebuilding: challenges of uniting international and local interests in post-conflict Kosovo. In: Contemporary Politics, 17/3, 241-256.

Narten, Jens (2009): Dilemmas of promoting „local ownership". The case of postwar Kosovo. In: Paris, Roland; Sisk, Timothy T. (Hg.): The Dilemmas of Statebuilding. Confronting the contradictions of postwar peace operations. London, New York: Routledge, 252-283.

Newman, Edward (2010): Critical human security studies. In: Review of International Studies, 36/1, 77-94.

Newman, Edward (2011): A Human Security Peace-Building Agenda. In: Third World Quarterly, 32/10, 1737-1756.

Nowak, Manfred (2003): Introduction to the international human rights regime. Einführung in das internationale Menschenrechtssystem. Leiden (u.a.): Nijhoff.

Nussbaum, Martha (2003): Capabiities as fundamental Entitlements: Sen and Social Justice. In: Feminist Economics, 9/2, 33-59.

Obradović-Wochnik, Jelena; Wochnik, Alexander (2012): Europeanising the 'Kosovo Question': Serbia's Policies in the Context of EU Integration. In: West European Politics, 35/5, 1158-1181.

OECD (2005/2008): The Paris Declaration on Aid Effectiveness (2005). Accra Agenda for Action (2008). http://apps.who.int/medicinedocs/documents/s18744en/s18744en.pdf [Zugriff: 22.01.2014]

Ogata, Sadako (2004): The Human Security Commission's strategy. In: Peace Review: A Journal of Social Justice, 16/1, 25-28.

Ogata, Sadako (2010): Development co-operation and human security. In: Conflict, Security & Development, 10/1, 181-188.

Owen, Taylor (2008): The uncertain future of human security in the UN. In: International Social science Journal, 59, 113-127.

Paris, Roland (2001): Human Security: Paradigm Shift or Hot Air? In: International Security, 26/2, 87-102.

Paris, Roland (2010): Saving liberal peacebuilding. In: Review of International Studies, 36, 337-365.

Petritsch, Wolfgang (2012): Unabhängige Akteure – gemeinsame Vision. In: Werther-Pietsch, Ursula; Ritzer, Thomas (Hg.): Failed States – Staatsaufbau als Konfliktprävention. Wien, Genf: NWV, 85-88.

Piiparinen, Touko (2012): Sovereignty-building: three images of positive sovereignty projected through Responsibility to Protect. In: Global Change, Peace & Security: formerly Pacifica Review: Peace, Security & Global Change, 24/3, 405-424.

Preüss, Gavin S. (2003) Dialogical Development: A Kosovo Case Study. In: Journal of Peacebuilding & Development, 1/2, 36-48.

Rathfelder, Erich (2010): Kosovo. Geschichte eines Konflikts. Berlin: Suhrkamp.

Richmond, Oliver P. (2009): The Romanticisation of the Local: Welfare, Culture and Peacebuilding. In: The International Spectator: Italian Journal of International Affairs, 44/1, 149-169.

Richmond, Oliver P. (2010): Between Peacebuilding and Statebuilding, Between Social Engineering and Post-Colonialism. In: Civil Wars, 12/1-2, 167-175.

Richmond, Oliver P.; Björkdahl, Annika; Kappler, Stefanie (2011): The emerging EU peacebuilding framework: confirming or transcending liberal peacebuilding? In: Cambridge Review of International Affairs, 24/3, 449-469.

Richmond, Oliver P. (2012): Beyond Local Ownership in the Architecture of International Peacebuilding. In: Ethnopolitics: Formerly Global Review of Ethnopolitics, 11/4, 354-375.

Ristic, Marija (2013): UN Urges Massive Turnout in Kosovo Elections. The success of the local elections in Kosovo on November 3 pose a crucial test both for Belgrade and Pristina, UN officials said. http://www.balkaninsight.com/en/article/un-kosovo-elections-crucial [Zugriff 22.01.2014]

Roberts, David (2012): Saving Liberal Peacebuilding From Itself. In: Peace Review: A Journal of Social Justice, 24/3, 366-373.

Rocha Menocal, Alina (2009): 'State-building for peace': navigating an arena of contradictions. Donors need to understand the links between peace-building and state-building. ODI briefing paper http://www.odi.org.uk/sites/odi.org.uk/files/odi-assets/publications-opinion-files/4811.pdf [Zugriff: 22.01.2014]

Rocha Menocal, Alina (2011): Statebuilding for Peace: a new paradigm for international engagement in post-conflict fragile states? In: Third World Quarterly, 32/10, 1715-1736.

Rossbacher, Dina (2004): Friedenssicherung – am Beispiel der Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) – Die Zivilverwaltung als neue Form der Friedenssicherung. Hamburg: Dr. Kovac.

S/Res/1244 (1999): http://www.un.org/depts/german/sr/sr_99/sr1244.pdf [Zugriff: 22.01.2014]

S/Res/2086 (2013): http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/2086(2013)&referer=/english/&Lang=E [Zugriff: 20.10.2013]

Schuberth, Richard (2012): Wie Branka sich nacho ben putzte. Eine Tragikomödie. Klagenfurt, Wien: Drava.

Sisk, Timothy D. (2013): Statebuilding. Consolidating Peace after Civil War. Cambridge, Malden: Polity Press.

Stowasser. Lateinisch-deutsches Schulwörterbuch (1997). Wien: öbv&hpt.

Tansey, Oisín (2009): Kosovo: Independence and Tutelage. In: Journal of Democracy, 20/2, 153-166.

Troy, Jodok (2007): Staatszerfall. Ursachen – Charakteristika – Auswirkungen. Wien, Berlin: LIT.

Truger, Arno (2011): Grundsätze von „Peacebuilding". In: Pucher, Johann; Frank, Johann (Hg.): Strategie und Sicherheit 2011. Globale Herausforderungen – globale Antworten. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag, 335-344.

Tzifakis, Nikolaos (2011): Problematizing human security: a general/contextual conceptual approach. In: Southeast European and Black Sea Studies, 11/4, 353-368.

UN (1945): Charta of the United Nations. http://www.un.org/en/documents/charter/ [Zugriff: 22.01.2014]

UN (2011): Secretary-General Appoints Farid Zarif of Afghanistan His Special Representative for Kosovo. http://www.un.org/News/Press/docs/2011/sga1308.doc.htm [Zugriff: 22.01.2014]

UNDP (1994): New Dimensions of Human Security. http://hdr.undp.org/sites/default/files/reports/255/hdr_1994_en_complete_nostats.pdf [Zugriff: 22.01.2014]

UNDP (2005): Human Development Report 2005. International cooperation at a crossroads. Aid, trade and security in an unequal world. http://hdr.undp.org/sites/default/files/reports/266/hdr05_complete.pdf [Zugriff: 22.01.2014]

Uvin, Peter (2002): The Development/Peacebuilding Nexus: A Typology and History of Changing Paradigms. In: Journal of Peacebuilding & Development, 1/1, 5-24.

Uvin, Peter (2007): From the right to development to the rights-based approach: how 'human rights' entered development. In: Development in Practice, 17/4, 597-606.

Visoka, Gzim (2012): Three Levels of Hybridisation Practices in Post-conflict Kosovo. In: Journal of Peacebuilding & Development, 7/2, 23-36.

Visoka, Gezim; Bolton, Grace (2011): The Complex Nature and Implications of International Engagement after Kosovo's Independence. In: Civil Wars, 13/2, 189-214.

Welch, Anthony Cleland (2006): Achieving Human Security after Intra-State Conflict: The Lessons of Kosovo. In: Journal of Contemporary European Studies, 14/2, 221-239.

Werther-Pietsch, Ursula (2008): Entwicklung und Menschenrechte. Kongruenz und Dilemmas. Wien: Verlag Österreich. (Studienreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte Band 14)

Werther-Pietsch, Ursula (2009): Sicherheit und Entwicklung. Zwei Pfeiler eines Systems? Wien, Genf: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie.

Werther-Pietsch, Ursula (2011): Sicherheit und Entwicklung. In: Pucher, Johann; Frank, Johann (Hg.): Strategie und Sicherheit 2011. Globale Herausforderungen – globale Antworten. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag, 395-407.

Werther-Pietsch, Ursula; Ritzer, Thomas (Hg.) (2012): Failed States – Staatsaufbau als Konfliktprävention. Wien, Genf: NWV.

Werther-Pietsch, Ursula (2013): Selbstbestimmung, Gewaltverbot und Friedenssicherung heute. Die Verbindung von Entwicklung, Friede, Sicherheit und Menschenrechten. Wien, Graz: NWV.

Wet, Erika de (2009): The Governance of Kosovo: Security Council Resolution 1244 and the Establishment and Functioning of Eulex. In: The American Journal of International Law, 103/1, 83-86.

Wolfgram, Mark A. (2008): When the Men with Guns Rule: Explaining Human Rights Failures in Kosovo. In: Political Science Quarterly, 123/3, 461-484.

Archiv der Autorin

Transkribtion Interview Rohan 2013

Transkribtion Interview Interviewte_1 2013

Transkribtion Interview Interviewte_2 2013

Transkribtion Interview Interviewte_3 2013

Anhang

Abstract Deutsch

Der vorliegenden Diplomarbeit liegt das Konzept menschliche Sicherheit bzw. *Human Security* zu Grunde. Dieses Konzept wurde vor 20 Jahren von einer Arbeitsgruppe der UNO ins Leben gerufen und sollte den Fokus im Sicherheitsdiskurs wesentlich revolutionieren und den individuellen Menschen ins Blickfeld rücken.

Nach wie vor kreisen jedoch Debatten und Diskussionen um die Frage wie dieses Konzept auszulegen und zu interpretieren sei. Hauptsächlich teilen sich die Denkströme in eine enge Herangehensweise und einen breiteren Zugang. Die enge Interpretation bezieht sich auf *Freedom from Fear*, Sicherheit wird in diesem Zusammenhang mit Freiheit von Furcht definiert und an zwischenstaatlichem Frieden festgemacht. Die breite Herangehensweise greift weiter und bezieht eine *Freedom from Want* mit ein, Sicherheit knüpft in diesem Sinne an die individuelle Situation von Menschen an und erkennt, dass Gefahrenlagen viel öfter innerstaatlich herrühren, als das grenzüberschreitende Bedrohungen Sicherheit gefährden.

Den theoretischen Teil dieser Arbeit einleitend wird die Aktualität des Konzepts menschlicher Sicherheit überprüft und untersucht, inwiefern es Menschen in unsicheren Situationen dienen kann. Unsichere Situationen können auch als fragile Situationen bezeichnet werden, der theoretische Schwerpunkt liegt dementsprechend auf dem Fragilitätsdiskurs. In Verbindung mit Human Security stellt sich die Frage, inwiefern menschliche Sicherheit positiv auf Peacebuilding und Statebuilding Prozesse wirken kann, da internationale Interventionen oft von externen Interessen geprägt sind und man verabsäumt auf die Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort einzugehen.

Zur Anwendung der Theorie in der Praxis wurde für diese Arbeit das Parade-Fallbeispiel für internationale Interventionen gewählt, der Staat Kosovo. Angesichts der Tatsache, dass die internationale Gemeinschaft dort seit über zehn Jahren vor Ort ist, drängt sich die Frage auf, inwiefern Interventionen einem Staat beim Überwinden fragiler Strukturen helfen können. Fest steht, dass gesellschaftliche Verhältnisse und innerstaatliche Konsensfähigkeit als tragende Säulen in friedensbildenden Prozessen erkannt werden müssen und Statebuilding und Peacebuilding Prozesse nicht selten dieser Erkenntnis nachhinken.

Abseits des Fallbeispiels Kosovo interessiert im dritten Teil dieser Arbeit die Umsetzung menschlicher Sicherheit in Österreich. Auch hier begegnen freilich unsichere Situationen. Hierfür wurden drei aus dem Kosovo emigrierte Frauen um ein Interview gebeten. Die

Quintessenz dieser Analyse weist darauf hin, dass ihre „Grundbedürfnisse“ zwar abgedeckt sind, ihnen die Situation in Österreich allerdings weder gesellschaftliche noch intellektuelle Entfaltungsmöglichkeiten gewährleistet, die jedoch ebenso im Sinne von *Freedom from Want* Teil von menschlicher Sicherheit sind.

Abstract English

Human Security has been the centre of ongoing debates and international discussions for almost 20 years now. The concept, originally introduced by a UN working group in 1994, should revolutionise the definition of security by moving the individual human being into view. Opinions and ideas around human security may vary, but two main themes dominate the discussions: Freedom from Fear vs. Freedom from Want.

The traditional Freedom from Fear approach defines "human security" as abstinence from violence and interstate conflict. In contrast, the Freedom from Want perspective suggests that "human security" should be defined as more than only interstate peace. Proponents of the Freedom from Want perspective note that dangers result more often in insecurities arising from everyday life for example, food security, economic security, health security and so on. They also assert that states themselves can be a source of danger to their citizens, as was shown in the cases of Libya and Syria. Traditional conceptions of security are not able to keep up with current changes in security needs. The more expansive definition of security favoured by Freedom from Want perspective better accounts for contemporary security issues than does the narrower definition employed by the Freedom from Fear approach.

This diploma thesis begins by exploring recent trends in human security by focusing on keywords such as "democratisation," "resilience," "empowerment," "human rights," and "legitimation." This thesis then reads these themes in light of peacebuilding and statebuilding theory, focusing on social relations vs. external players in international interventions. As Kosovo has proven to be the best example of international acting in fragile situations, in this thesis it is used as a case study. Specifically, this research focuses on how external players manage to implement the theoretical meaning of human security in their work, as international interventions that are influenced by outside interests have been found to fail to meet the needs of the local population.

The third part of this work bridges understandings of human security in gleaned from the Kosovo case study with the Austrian experience. It does so by focusing on the human security as it is conceptualized in Austria by drawing from the experiences that three women who emigrated from Kosovo to Austria reported in interviews. The purpose of this study was to confirm whether interview subjects‘ needs in the context of human security are met and if Austria can guarantee human security to its citizens. The findings of this analysis indicate that subjects‘ basic needs are met in Austria but that they are guaranteed neither social nor intellectual development opportunities. Opportunities for personal enrichment are consistent

with that imagined by the Freedom from Want perspective, and this finding therefore calls into question Austria's success at ensuring human security.

Curriculum Vitae

Name	**Romana Wochner**
E-Mail	romana.wochner@gmx.at

Ausbildung

Seit Oktober 2008	Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien
Seit Oktober 2008	Studium der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien
2000-2008	Gymnasium Dachsberg, Matura mit ausgezeichnetem Erfolg
Schuljahr 2005/06	Rotary Austauschjahr USA, Chelan High School
1996-2000	Volksschule Hartkirchen

Arbeitserfahrung und ehrenamtliche Tätigkeiten

März – April 2012	Praktikum am Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte, Bereich „Opferschutzeinrichtungen“
September – Dezember 2011	Auslandspraktikum bei Pivotlegal Society www.pivotlegal.org, juristische NGO in Vancouver, Kanada
September 2010	Praktikum bei Rechtsanwalt Dr. Karl Puchmayr, Linz
Juli 2012	Jugendlager – Betreuerin für Kinderfreunde Salzburg
April 2010 – Juni 2011	Jugendzentrum Wien, Sale für Alle
Juli 2009	Praktikum bei WKO Oberösterreich Europa Info Center
September 2006 – Juni 2010	Jungschar Pfarre Hartkirchen

Fremdsprachenkenntnisse

Deutsch	Muttersprache
Englisch	In Wort und Schrift
Französisch	In Wort und Schrift
Spanisch	Maturaniveau
Latein	Maturaniveau